VorAB Texte_Nr. 1_Februar 2021

VorAB

Regionale Verhältnisse

in Zeiten von Corona

Projektteam VorAB

Vorsorgend Handeln – Avantgardistische Brückenansätze für Nachhaltige Regionalentwicklung

GEFÖRDERT VOM

Bundesministerium für Bildung und Forschung

Wuppertal Institut

Naturwald Akademie

STADT LAND PLUS

inter3

diversu

Stadtwald

FONA

Forschung für Nachhaltigkeit

Impressum

Herausgeber:

Projektverbund VorAB
www.vorab.online

Naturwald Akademie gGmbH
Alt Lauerhof 1
23568 Lübeck
www.naturwald-akademie.org

Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie gGmbH
Döppersberg 19
42103 Wuppertal
www.wupperinst.org

Diversu – Institut für Diversity, Natur, Gender und Nachhaltigkeit e.V.
Schomakerstraße 60
21339 Lüneburg
www.diversu.org

inter 3 GmbH Institut für Ressourcenmanagement
Otto-Suhr-Allee 55
10623 Berlin
www.inter3.de

Hansestadt Lübeck, Bereich Stadtwald
Alt Lauerhof 1
23568 Lübeck
www.luebeck.de/de/rathaus/verwaltung/stadtwald

Autorinnen und Autoren:

Uta v. Winterfeld (Wuppertal Institut)
Helen Hebing (Wuppertal Institut)

Eva Blaise (Naturwald Akademie)
Torsten Welle (Naturwald Akademie)

Christine Katz (diversu)
Daniela Gottschlich (diversu)

Susanne Schön (inter 3)
Joke Czapla (inter 3)

Unter Mitwirkung von:

Georg Kobiela, Knut Sturm, Constanze Borghoff, Mona Mittelstein, Yvonne Bohr, Isabel Ossadnik

Lübeck, Wuppertal, Lüneburg, Berlin, Februar 2021

ISSN 2703-0563

VorAB Texte sind eine fortlaufende Reihe von Projektveröffentlichungen, die auf der Projektwebsite erscheinen:
https://vorab.online/downloads/publikationen/

Das Vorhaben VorAB wird mit Mitteln der Stadt-Land-Plus Fördermaßnahme des Bundesministeriums für Bildung und Forschung unter dem Förderkennzeichen 033L220 gefördert. Die Verantwortung für den Inhalt liegt bei den Autor*innen.

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis 4
Tabellenverzeichnis 6
1. Einleitung 7
1.1 Was ist eine Region? 7
1.2 Aufstieg und Fall der Region Lübeck? 8
1.3 Zum regionalanalytischen Ansatz des VorAB-Projektes 11
2. Verhältnisse regionaler Zusammenarbeit 13
2.1 Regionalplanungen im Spannungsfeld sich widersprechender Ziel- und Leitvorstellungen 14
2.2 Interkommunale Zusammenarbeit zwischen Anspruch und Wirklichkeit 15
2.3 Regionale Perspektiven und Potenziale 18
3. Akteursrecherche und Beschreibung der drei Transformationsfelder 21
3.1 Einführung 21
3.2 Vorgehen 23
3.2.1 Desktop-Recherche 23
3.2.2 Steckbrieferstellung 26
3.3 Ergebnisse 30
3.3.1 Transformationsfeld Wald 30
3.3.1.1 Umfeld- und Rahmenbedingungen 30
3.3.1.2 Akteur*innen 38
3.3.2 Transformationsfeld Energie 39
3.3.2.1 Umfeld- und Rahmenbedingungen 39
3.3.2.2. Akteur*innen 47
3.3.3 Transformationsfeld Landwirtschaft 48
3.3.3.1 Umfeld- und Rahmenbedingungen 48
3.3.3.2 Akteur*innen 59
3.3.4 Gemeinsamkeiten und Unterschiede: Eine erste Zusammenführung 61
4. Exkurs: Forschen im Lockdown 72
4.1 Wie forschen wir jetzt? 72
4.2 Was passiert im Raum und in „unserer Region“? 73
4.3 Was heißt hier Krise – und wie soll sie „bewältigt“ werden? 75
5. Konstellationsanalyse „Faire und resiliente Region Lübeck“ 77
5.1 Status quo-Konstellation 77
5.2 Strategische Ansatzpunkte 79
5.3 Zielkonstellation 81
6. Ausblick 83
7. Literatur 85
Anhang 1. Leitfaden für Regionalinterviews mit kommunalen Vertreter*innen aus den Regionalplanungs- und Umweltverwaltungen 85
Anhang 2. Prototypische Steckbriefe 95

Abkürzungsverzeichnis

AbL	*Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft*
AG	*Arbeitsgemeinschaft*
ANW	*AG Naturgemäße Waldwirtschaft*
AP	*Arbeitspaket*
av	*avantgardistisch*
BBE	*Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement*
BDEW	*Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft e.V.*
BfN	*Bundesamt für Naturschutz*
BMBF	*Bundesministerium für Bildung und Forschung*
BMEL	*Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft*
BMELV	*Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz*
BMUB	*Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit*
BMWi	*Bundesministerium für Wirtschaft und Energie*
BÖLN	*Bundesprogramm Ökologischer Landbau und andere Formen nachhaltiger Landwirtschaft*
BÖLW	*Bund Ökologische Lebensmittelwirtschaft*
BUND	*Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland*
BVG	*Bundesverfassungsgericht*
BW	*Baden-Württemberg*
BWaldG	*Bundeswaldgesetz*
DEWI	*Deutsche Windenergie Institut*
EE	*Erneuerbare Energien*
EEG	*Erneuerbare-Energien-Gesetz*
EIP	*Europäische Innovationspartnerschaft*
EIP-Agri	*Europäische Innovationspartnerschaft „Landwirtschaftliche Produktivität und Nachhaltigkeit“*
ELER	*Europäischer Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums*
ERL	*Entwicklungskonzept Region Lübeck*
EVU	*Energieversorgungsunternehmen*
EWKG	*Energiewende- und Klimaschutzgesetz*
FNR	*Fachagentur Nachwachsende Rohstoffe e. V.*
FSC	*Forest Stewardship Council*
FVA	*Forstliche Versuchs- und Forschungsanstalt*
GAK	*Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes*
GAP	*Gemeinsame Agrarpolitik*
GWS	*Gesellschaft für Wirtschaftliche Strukturforschung*
HVDC	*Hochspannungs-Gleichstrom-Übertragung*
IBP	*Fraunhofer-Institut für Bauphysik*
ILEK	*Integriertes Ländliches Entwicklungskonzept*
IWES	*Fraunhofer-Institut für Windenergie und Energiesystemtechnik*
ko	*konventionell*
KUP	*Kurzumtriebsplantagen*
LAG	*lokale Aktionsgruppen*
LaWi	*Landwirtschaft*
LEADER	*Verbindung zwischen Aktionen zur Entwicklung der ländlichen Wirtschaft*
LEP	*Landesentwicklungsplan/ Landesraumentwicklungsplan*

LPLR	*Landesprogramm ländlicher Raum*
LUP	*Ludwigslust-Parchim*
LWaldG	*Landeswaldgesetz*
MV	*Mecklenburg-Vorpommern*
NABU	*Naturschutzbund Deutschland*
NKI	*Nationale Klimaschutzinitiative*
NWM	*Nordwestmecklenburg*
OG	*Operationelle Gruppen*
ÖVF	*Ökologische Vorrangfläche*
PEFC	*Programme for the Endorsement of Forest Certification Schemes*
RegiOH	*Regionales Entwicklungskonzept Ostholstein*
REK	*Regionales Entwicklungskonzept*
RP	*Regionalplan*
RREP	*Regionales Raumentwicklungsprogramm*
SDW	*Schutzgemeinschaft Deutscher Wald*
SH	*Schleswig-Holstein*
SINTEG	*Forschungsprogramm Schaufenster intelligente Energie - Digitale Agenda für die Energiewende*
SLB	*Stadt-Land-Beziehungen*
SoLaWi	*Solidarische Landwirtschaft*
UBA	*Umweltbundesamt*
WBGU	*Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen*
WKA	*Windkraftanlage*
WM	*Westmecklenburg*
zit. n.	*zitiert nach*
ZöL	*Zukunftsstrategie ökologischer Landbau*

Abbildungsverzeichnis

ABBILDUNG 1 REGION LÜBECK 2003, QUELLE: AG LÜBECK 2003 9
ABBILDUNG 2 EIGENE DARSTELLUNG DER PROJEKTREGION 13
ABBILDUNG 3 VERTEILUNG DER REGIONALAKTEUR*INNEN 25
ABBILDUNG 4 STATUS QUO-KONSTELLATION „FAIRE UND RESILIENTE STADT-LAND-BEZIEHUNGEN IN DER REGION LÜBECK“ 77
ABBILDUNG 5 STRATEGISCHE ANSATZPUNKTE FÜR FAIRE UND RESILIENTE STADT-LAND-BEZIEHUNGEN IN DER REGION LÜBECK 80
ABBILDUNG 6: ERSTER ENTWURF DER ZIELKONSTELLATION „FAIRE UND RESILIENTE STADT-LAND-BEZIEHUNGEN IN DER REGION LÜBECK“ 81

Tabellenverzeichnis

TABELLE 1 KATEGORISIERUNG DER VIER AKTEURSTYPEN QUELLE: EIGENE ERARBEITUNG 23
TABELLE 2 KLASSIFIZIERUNG DES TRANSFORMATIONSFELDES WALD 26
TABELLE 3 KLASSIFIZIERUNG DES TRANSFORMATIONSFELDES ENERGIE 28
TABELLE 4 KLASSIFIZIERUNG DES TRANSFORMATIONSFELDES LANDWIRTSCHAFT 29

1. Einleitung

Uta v. Winterfeld

1.1 Was ist eine Region?

Das Verständnis bis hin zur Definition hängt sehr davon ab, wer auf welcher räumlichen Ebene und aus welcher Perspektive heraus über „Region" spricht oder schreibt.

Regionen können sehr groß sein. So sind in globaler UN-Perspektive und im Weltmaßstab fünf regionale Gruppen gebildet worden, darunter „Afrika" und „Asien".[1] Eine weitere, etwas kleinräumigere UN-Perspektive unterteilt wiederum Europa in vier verschiedene Regionen: Nordeuropa, Westeuropa, Osteuropa und Südeuropa.[2]

In nationaler Perspektive wird „Region" zum einen als Untereinheit einer föderalen Struktur gefasst. Diese kann eigenständigen Charakter haben, etwa in Italien, wo zwanzig Regionen – wie Südtirol oder die Toskana – die oberste Ebene der Gebietskörperschaften nach dem Staat darstellen. In Deutschland werden mitunter „Bundesländer" auch als Region bezeichnet, etwa die „Region Brandenburg". Zum anderen wird „Region" aber auch zur Bezeichnung einer Zwischenebene der gebietskörperschaftlichen Staatsorganisation verwandt, so in Deutschland zwischen Kommunen und Bundesland (Thibaut 1998, S. 550f.). Diese Zwischenebene ist jedoch in den Bundesländern sehr unterschiedlich geregelt bzw. nicht geregelt. So hat Nordrhein-Westfalen fünf „Regierungsbezirke", in Schleswig-Holstein und in Mecklenburg-Vorpommern gibt es eine solche Einteilung hingegen nicht.

In historisch basierter Perspektive wird der Begriff teils im Kontext industrieller Entwicklung verwandt, wobei auch von „Revier" oder „Gebiet" gesprochen wird, wenn beispielsweise Kohleregionen wie das Rheinische Revier oder das Ruhrgebiet bezeichnet werden. Sie sind oft mit starken regionalen Identitäten verknüpft, die sich etwa in Aussprüchen „Ich bin Bergmann – wer ist mehr?" zeigen. Andere Bezeichnungen leiten sich aus alten Herrschergeschlechtern ab. So ist etwa das Bergische Land nach den Grafen „Berg" benannt und nicht nach den dort durchaus auch vorhandenen – wenn auch eher kleinen – Bergen.

Schließlich werden Regionen in Verbindung mit Forschungsprojekten definiert. Das Forschungsprojekt zur „Region Bergisches Land" hat in den 1980er Jahren als sein „Forschungsgebiet" die drei bergischen Städte (Remscheid, Solingen und Wuppertal) und vier umliegenden Landkreise definiert (von Gleich; Lucas; Schleicher; Ullrich 1992). Dies geschah kaum aus Gründen regionaler Identität (so identifiziert sich der Ennepe-Ruhrkreis eher mit dem Ruhrgebiet und der Kreis Mettmann eher mit Düsseldorf und der Rheinregion), sondern vielmehr der regionalanalytischen Bearbeitbarkeit. Das hat jedoch nur teilweise genutzt, weil sich bei der Analyse der Land- und Forstwirtschaft zeigte, dass die Milchstellenbezirke anders abgegrenzt werden als die Hektarertragsbezirke, während die forstwirtschaftlichen Bezirke wieder noch andere sind. Da kann sich Eine leicht regionalanalytisch im Dickicht des statistischen Dschungels verlieren, ohne zu brauchbaren Ergebnissen zu kommen.

Weitere Definitionen können naturräumlich wie auch von Naturereignissen geprägt sein. So hat der Forschungsverbund „Blockierter Wandel? Denk- und Handlungsansätze nachhaltiger Regionalentwicklung" die „Region Muldemündung" im Kontext eines stark wasserwissenschaftlichen Ansatzes definiert und wurde noch in der Antragsphase mit dem Elbehochwasser von 2002 konfrontiert (Forschungsverbund „Blockierter Wandel?" 2005).

[1] https://de.wikipedia.org/wiki/Regionale_Gruppen_der_UN zuletzt geprüft am 19.01.2021.

[2] https://www.lexas.de/regionen/un_europa.aspx zuletzt geprüft am 19.01.2021.

Eine „Region“ bezeichnet somit einerseits einen mehr oder weniger scharf abgegrenzten geographischen Raum. Dieser stellt unter bestimmten Gesichtspunkten (historisch, kulturell, naturräumlich, wirtschaftlich, politisch, administrativ...) eine Einheit dar oder wird als solche wahrgenommen. Andererseits kommt es vor, dass eine Region für Zwecke der politischen Planung oder der wissenschaftlichen Bearbeitung geschaffen oder erfunden wird. Unsere „Region Lübeck“ kann in dieser Gemengelage als Mischform verortet werden.

1.2 Aufstieg und Fall der Region Lübeck?

Historisch ist die Region von der „Stadt“ und ihrem „Umland“ her gedacht und entwickelt worden. Es gab Zeiten herausragender Bedeutung im Mittelalter – Lübeck als die „Königin der Hanse“ und als der bedeutendste Ostseehafen. Im 19. Jahrhundert hatte die Stadt den Status der völkerrechtlichen Souveränität. Sie endete als Lübeck 1871 ein Gliedstaat des Deutschen Reiches wurde. 1937 verlor die Stadt auch ihre jahrhundertealte territoriale Eigenständigkeit im Zuge des „Groß-Hamburg-Gesetz“. Nach dem zweiten Weltkrieg wurde Lübeck zum Bestandteil des neu gebildeten Bundeslandes Schleswig-Holstein. Der Antrag auf „Eigenstaatlichkeit“ wurde 1956 vom Bundesverfassungsgericht im so genannten „Lübeck-Urteil“ abgelehnt.

Mit der Teilung Deutschlands nach dem zweiten Weltkrieg verlor Lübeck sein „mecklenburgisches Hinterland“[3] und erhielt zum Ausgleich eine „Zonenrandförderung“. Mit der deutsch-deutschen Vereinigung ist die Stadt wieder „Oberzentrum“ für die westlichen und südlichen wie für Teile des östlichen Landkreises Nordwestmecklenburg (NWM) geworden. In die Zeit nach der Vereinigung fällt auch der Ansatz zur Gründung der „Region Lübeck“. Eine Arbeitsgruppe wurde 1993 eingerichtet; bis 2003 ist das „Entwicklungskonzept Region Lübeck“ (ERL) erstellt worden. Die Gesamtleitung und redaktionelle Bearbeitung lag bei der Hansestadt Lübeck, Fachbereich Stadtplanung und dem Kreis Stormarn, Fachdienst Planung.

Die Region erscheint immer noch als von der „Stadt“ mit ihren ca. 220.000 Einwohner*innen und ihrem „Umland“ her gedacht. Der regionale Zuschnitt wird anhand von „Pendlerströmen“ gebildet.

Zur Region mit einer Fläche von etwa 1.900 Quadratkilometern gehören somit 102 Gemeinden und etwa 420.000 in ihnen lebende Menschen, von denen täglich etwa 25.000 bis 30.000 nach Lübeck pendeln. Aus den umliegenden Kreisen Ostholstein, Segeberg, Stormarn und Herzogtum Lauenburg und aus dem Landkreis Nordwestmecklenburg sind nur einige Gemeinden einbezogen und es sind entsprechende „Teilräume“ gebildet worden. So gesehen stellt die Region Lübeck ein regionalanalytisch schwer zu erfassendes politisches Konstrukt dar. Für dieses Konstrukt ist eine Ordnungsstruktur vorgesehen gewesen: Die AG Region (untere Ebene), der Regionalbeirat (mittlere Ebene) und die Regionalkonferenz (obere Ebene und oberste Entscheidungsinstanz). Mittels dieser Ordnungsstruktur sollte die regionale Zusammenarbeit gebündelt und geregelt werden.

[3] So die Formulierung im Entwicklungskonzept Region Lübeck (ERL). Es ist 2003 fertiggestellt worden. https://digital.zlb.de/viewer/rest/image/33656558/6101_erl_2003.pdf/full/max/0/6101_erl_2003.pdf.

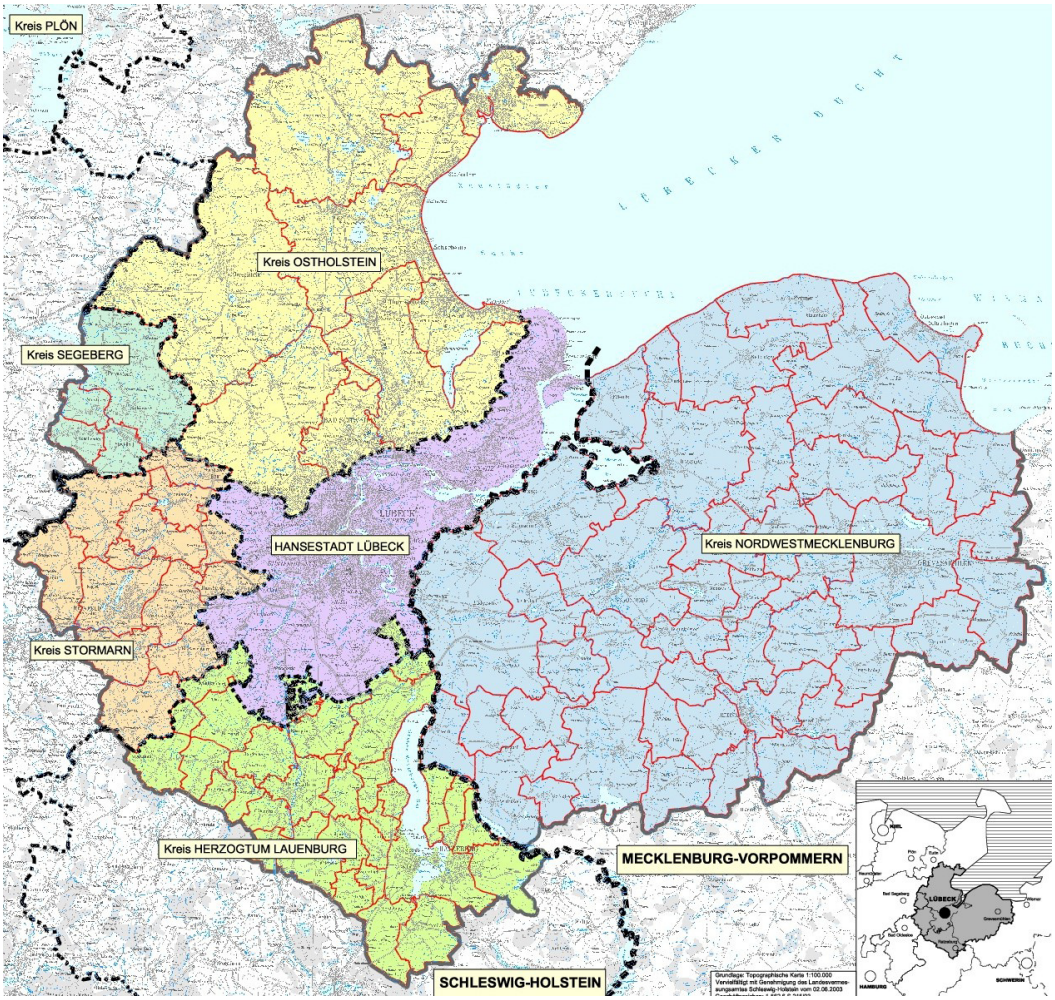

Abbildung 1 Region Lübeck 2003, Quelle: AG Lübeck 2003 zwischen S. 4 und 5

Für das neue institutionelle Arrangement ist eine Art Verfassung in Form von regionalen Leitbildern und Leitsätzen entwickelt worden. Sie ist ambitioniert und anspruchsvoll. Ihre Schwäche liegt darin, dass sehr verschiedene – von klassisch modernistisch wachstumsbasiert über nachhaltig bis hin zu wettbewerbskonform – Leitvorstellungen unter einen Hut gezwängt, in ihrer Widersprüchlichkeit aber kaum reflektiert werden. Dies zeigt sich eindrücklich im „Leitbild nach außen“:

> „Durch nachhaltige Sicherung ihrer natürlichen Lebensgrundlagen, Stärkung ihrer Wirtschaftskraft und Verbesserung der Arbeitsmarktlage sowie Schaffung einer regionalen Identität soll sich die Region Lübeck zu einer wettbewerbsfähigen Region im Ostseeraum entwickeln.“ (ERL 2003, S. 13)

Gleichwohl beeindruckt das Konzept durch seine soziale, ökonomische und ökologische Sensibilität und durch seinen Integrationsanspruch.

Auf der sozialen Ebene ist beispielsweise ein Anliegen, soziale Disparitäten zwischen den östlichen und den westlichen Teilen der Region abzubauen. Es gibt ein Gespür für „historisch bedingte Ungleichheiten“, v. a. im Bereich der Siedlungsentwicklung. Mit Bezug auf das – auch ökologisch anspruchsvolle und stark am öffentlichen Nahverkehr (ÖPNV) orientierte – Verkehrskonzept wird wahrgenommen, dass regionale Kooperation Mobilität erfordert und sich Menschen diese Mobilität leisten können müssen.

Auf der ökonomischen Ebene gibt es bei aller eher traditionell orientierten Wachstums- und Fortschrittsvorstellung auch eine Vorstellung davon, dass die ökonomische Entwicklung in den östlichen

und westlichen Teilen ungleichzeitig verlaufen ist, dass für den Westen Begrenzung und Flächenschonung wichtiger sind und für den Osten Gebiete im Zuge nachholender Entwicklung neu und doch auch nachhaltigen Kriterien folgend erschlossen werden sollten.

In ökologischer Perspektive wird eine „Grüne Region" fokussiert. Ökologisch wertvolle Kultur- und Naturlandschaften sollen aufgrund ihres eigenen Wertes und als Lebensgrundlage für Menschen erhalten und entwickelt werden. Auch „Erhalt und Entwicklung naturnaher Wälder mit ihren besonderen Wohlfahrtswirkungen" werden angestrebt (ERL 2003, S. 14). Somit wird versucht, das naturräumliche Potenzial zu pflegen und zu nutzen. Denn trotz der Verdichtungen insbesondere in der Stadt Lübeck ist die Region insgesamt nicht dicht besiedelt. Sie weist im Jahre 2003 mit etwa 70 % Flächenanteil wertvolle Landschafts- und Naturräume auf. 18 % der Flächen sind von herausragender Bedeutung für Naturhaushalt und Vogelschutz.

Zehn Jahre nach der Fertigstellung, Verabschiedung und Veröffentlichung des regionalen Entwicklungskonzepts ist der Ansatz jedoch gescheitert und die Region wird „aufgelöst". Die Verwirklichung der mit dem Konzept verbundenen Zielsetzungen

- einen Orientierungsrahmen für die Ausweisung für Wohn- und Gewerbeflächen einschließlich Tourismus zu geben,
- als Landesgrenzen überschreitendes räumliches Ordnungsmodell Eingang in die amtlichen Raumordnungspläne zu finden,
- „die Initiative für eine gemeinsame, institutionell abgesicherte, Regionalplanung/ Gebietsentwicklungsplanung im Raum Lübeck zu ergreifen",
- einen Beitrag zur Zusammengehörigkeit der Region zu leisten (ebd., S. 2)

sind bis auf den zweiten Punkt weitgehend gescheitert. Vielmehr habe das Konzept keine Verbindlichkeit entfaltet. Insbesondere Bauleitplanungen waren nicht der Steuerungswirkung des ERL in Bezug auf Siedlungsplanung unterworfen. Dies habe zu erheblichen Irritationen zwischen Lübeck und den „Umlandgemeinden" geführt.[4]

Zugleich haben sich die Rahmenbedingungen verändert, wie in dem Konzept nachfolgenden Ansatz einer „Grundsatzvereinbarung"[5] 2014 festgestellt wird. So ist der Vereinigungsprozess abgeschlossen und eine „nachholende Siedlungsentwicklung im östlichen Umland weitgehend erfolgt". Neue Themen wie der demographische Wandel, der Klimawandel und die Energiewende sind hingegen im Konzept nicht abgebildet. Daher wird nun beschlossen, die Latte deutlich tiefer zu hängen und zunächst eine Grundsatzvereinbarung als Basis für Projekte regionaler Zusammenarbeit zu treffen. Auch wird beabsichtigt, sehr viel konkreter mit und entlang von existierenden regionalen Verflechtungen zu arbeiten.

Doch auch dieses Vorhaben scheint kaum gelebt und die Schwelle hin zur Wirklichkeit übersprungen zu haben.

Das Nichtzustandekommen einer institutionell verankerten, kontinuierlichen regionalen Zusammenarbeit könnte einen noch anderen, als die im Kontext der Grundsatzvereinbarung genannten Gründe haben. Nicht nur die bereits existierenden regionalen Verflechtungen sind zunächst unzureichend be-

[4] So die Formulierung in der Begründung der „Auflösung" der Region, die der neuen „Grundsatzvereinbarung" (siehe Fußnote 5) vorangestellt ist.

[5] https://www.luebeck.de/de/rathaus/politik/pil/bi/vo020.asp?VOLFDNR=1001633 und https://www.luebeck.de/de/rathaus/politik/pil/bi/___tmp/tmp/45081036577648505/577648505/01030321/21-Anlagen/01/Anlage_Grundsatzvereinbarung.pdf, zuletzt geprüft am 19.01.2021.

achtet worden. Vielmehr ist, auch wenn das ERL sozial, ökonomisch und ökologisch anspruchsvoll sowie integrativ angelegt ist, dort kaum von „wirklichen“ Menschen die Rede. Menschen, die mit ihrem „wirklichen“ Handeln die Region prägen.

1.3 Zum regionalanalytischen Ansatz des VorAB-Projektes

Selbst wenn es die „Region Lübeck“ als institutionelles Arrangement noch geben würde, wäre es nicht sinnvoll, regionalanalytisch in die abstrakt-statistischen Tiefen und Untiefen der Einwohner*innen-, Arbeitsplatz- oder auch Hektarertragsentwicklung abzutauchen. Zum einen wären die Daten aufgrund der oben erwähnten „Teilräume“ nur sehr mühsam zu erheben, weil die Region nicht identisch mit den administrativen Kreisgrenzen – und weil die Erhebung auf Gemeindeebene sehr aufwändig ist. Zum anderen würden diese Daten kaum Aufschluss darüber geben, was in der Region „wirklich“ passiert.

Vielversprechend und zugleich Gebot wissenschaftlicher Achtsamkeit ist hingegen, die „Geschichte“ der Region zu beachten und auch mit regionalen Akteur*innen der Kommunalverwaltungen zu reflektieren. Denn Stolpersteine von gestern könnten Kooperationsmöglichkeiten von heute beeinträchtigen; „vergessene“ Goldkörnchen vergangener Regionalentwicklungsansätze könnten das Heute mit zum Glänzen bringen. Diesen Strang greift Uta v. Winterfeld in Kapitel 2 zu Anspruch und Wirklichkeit regionaler Zusammenarbeit auf. Sie präsentiert Ergebnisse aus der Analyse regionaler Raumordnungskonzepte und aus Telefoninterviews mit Expert*innen einiger kommunaler Verwaltungen.

Gleichwohl ist die zentrale Perspektive von VorAB auf die avantgardistischen regionalen Akteur*innen in den Transformationsfeldern Wald, Energie und Landwirtschaft gerichtet und deren Potenzial für eine nachhaltigkeitsorientierte Gestaltung der Region und den Ausbau fairer und resilienter Stadt-Land-Beziehungen (SLB). Christine Katz, Daniela Gottschlich, Eva Blaise und Torsten Welle werfen in Kapitel 3 anhand der Ergebnisse einer Desktop-Recherche einen ausführlichen Blick auf diese Akteur*innen in den drei Transformationsfeldern. Sie stellen vor, wie die untersuchten Akteur*innen „ausgewählt“ wurden, was diese Akteur*innen als avantgardistisch kennzeichnet und wo sie in der Region verortet sind. Des Weiteren werden erste, für die Stadt-Land-Beziehungen relevante Gemeinsamkeiten und Unterschiede dieser Akteur*innen skizziert.

Erste Eindrücke einer gemeinsamen Regionalexkursion haben gezeigt, dass die „Kooperation des Waldes“ einen integrativen und kommunale Grenzen übergreifenden Charakter haben kann. Denn der Stadtwald Lübeck liegt nicht nur in der Stadt, sondern auch in den Landkreisen Ostholstein, Stormarn, Herzogtum Lauenburg und Nordwestmecklenburg. Doch wie sind die Beziehungen dieses starken und formell in der Stadtverwaltung Lübeck verankerten avantgardistischen Akteurs zu anderen Waldakteur*innen?

Bei einem kurzen Besuch auf der Domäne Fredeburg im Kreis Herzogtum Lauenburg ist deutlich geworden, dass ein weit und breit auf weiter Flur allein agierender Pionier der ökologischen Landwirtschaft von Vernetzungen lebt. Es waren von Beginn an Vernetzungen zwischen Produzent*innen und Konsument*innen, welche die Domäne gestützt haben. Und schon Ende der 1980er Jahre wurde die Erzeuger-Verbraucher-Gemeinschaft „Landwege“ zur kooperativen Brücke zwischen der Stadt Lübeck und den ländlichen Gebieten. Zugleich sind die avantgardistischen Akteur*innen im Bereich Landwirtschaft in der Region verstreuter. Es sind keine zusammenhängenden Waldgebiete, sondern diverse Einzelbetriebe. Sind sie untereinander vernetzt und verfolgen gemeinsame regionale Ziele?

Weiter bleibt zu vermuten, dass es gerade mit Blick auf die avantgardistischen Energiewendeakteur*innen und die Stadt-Land-Beziehungen wichtig ist, zugleich die regionale Energieerzeugungs- und Energieversorgungsarchitektur zu ermitteln. Wo und in welchem Umfang wird regionale Energie und

für wen erzeugt? Welche Position und Funktion haben Stadt- und Gemeindewerke bei der Energieversorgung und ihrer dezentralen beteiligungsorientierten Ausrichtung?

Mit Bezug auf die aktuellen Entwicklungen bleibt zu erwähnen, dass wir kurz nach unserem Kick-Off-Treffen von der „Corona-Krise“ eingeholt worden sind. Wir werden vom Ausnahmezustand her regiert. Im Ausnahmezustand aber schlägt die Stunde der Exekutive, nicht die Stunde des basisdemokratischen Fortschritts. Zum Ausnahmezustand gehört, dass nur noch die regionalen Partner*innen in der Untersuchungsregion unterwegs sein können. Und auch das nur eingeschränkt. Oft erfolgt die Betrachtung aus dem Homeoffice und per Computer. Das ist für die konkreten Kontakte zu den konkret handelnden Menschen eher suboptimal. Doch der winzig kleine Virus wirft Fragen auf, auch für uns. Was bedeuten in Corona-Zeiten „faire und resiliente Stadt-Land-Beziehungen“? Werden kleinräumige Versorgungsketten wieder wichtiger? Erfährt das Vorhalten regionaler Pufferkapazitäten eine Aufwertung? Und wie geht und ergeht es „unseren“ regionalen Akteurinnen und Akteuren überhaupt in und mit der Corona-Krise – und danach? Uta v. Winterfeld und Daniela Gottschlich behandeln den Ausnahmezustand in Kapitel 4 als „Ausnahme“ in Form eines Exkurses.

Schließlich enden Susanne Schön und Joke Czapla in Kapitel 5 mit der Beschreibung und Abbildung einer regionalen Status-Quo- und einer Ziel-Konstellation zu fairen und resilienten Stadt-Land-Beziehungen. Beide Konstellationsanalysen werden im Projektverlauf anhand weiterer Ergebnisse modifiziert.

Insgesamt gilt für unseren regional-analytischen Ansatz: Die „Region Lübeck“ ist nicht in Beton gegossen. Region ist für uns eine prozessuale Kategorie und es bleibt zu vermuten, dass unser Regionsverständnis nach fünf Jahren Projektlaufzeit ein anderes sein wird. Daraus ergibt sich weiter, dass der regionalanalytische Ansatz des VorAB-Projektes eher bottom-up als top-down orientiert ist. Zwar wird „Region“ von oben geplant und die entsprechenden Konzepte sind zu beachten – doch die Planungen sind oft eher abstrakt als konkret, eher regionaler Anspruch als regionale Wirklichkeit. Bottom up hingegen sind es die regionalen Akteur*innen, die einen starken Einfluss darauf haben, was in der Region geschieht.

2. Verhältnisse regionaler Zusammenarbeit

Uta v. Winterfeld mit Helen Hebing

Wird die Region Lübeck mit dem Fokus avantgardistischer regionaler Akteur*innen gebildet, so ist sie deutlich größer als im Regionalkonzept von 2003 angelegt. Zum einen werden keine Teilräume gebildet, sondern es werden die gesamten Kreise einbezogen. Zum anderen kommt der südwestlich von Nordwestmecklenburg gelegene Landkreis Ludwigslust-Parchim (LUP) hinzu, da er als stark ländlich geprägter Landkreis sowohl für das Transformationsfeld Landwirtschaft als auch mit Blick auf regionale Holzkreisläufe interessant ist. Der Landkreis umschließt zwar die kreisfreie Landeshauptstadt Schwerin, sie ist jedoch nicht Teil der Region und wird in unserer Regionalanalyse nicht berücksichtigt. In diesem Zuschnitt stellt die Region Lübeck zugleich einen östlichen Teil der Metropolregion Hamburg dar.

Abbildung 2 Eigene Darstellung der Projektregion von Helen Hebing, Wuppertal Institut im September 2020

Die Analyse regionaler Entwicklungspläne und ergänzende Telefoninterviews verweisen auf zwei Spannungsfelder: Auf der konzeptionellen Ebene sind einander widersprechende Ziel- und Leitvorstellungen auszumachen (siehe Kapitel 2.1). Auf der Handlungsebene zeigt sich eine Diskrepanz zwischen dem hohen Anspruch an regionale Zusammenarbeit und der geringen Wirklichkeit regionaler Kooperation (siehe Kapitel 2.2). Daher ist mit Blick auf regionale Potenziale und Perspektiven (in Kapitel 2.3) naheliegend, die „Latte“ einerseits niedrig zu hängen und andererseits über die derzeit vorhandenen regionalen Wirklichkeiten hinaus zu denken.

2.1 Regionalplanungen im Spannungsfeld sich widersprechender Ziel- und Leitvorstellungen

Das oben vorgestellte „Entwicklungskonzept Region Lübeck“ (ERL 2003) hat zwar die Schwelle zur „wirklichen“ regionalen Zusammenarbeit kaum überschritten, ist als Konzept aber in die Landesplanungen von Schleswig-Holstein (SH) und Mecklenburg-Vorpommern (MV) eingeflossen. Ebenso eingeflossen sind die oben skizzierten widersprüchlichen regionalen Leitbilder und Leitsätze. Sie mäandern zwischen traditionellen Wachstums- und Wettbewerbsvorstellungen auf der einen und Ansprüchen von Umweltschonung und Nachhaltigkeit auf der anderen Seite.

So kommt der Begriff „Wachstum“ im Landesentwicklungsplan Schleswig-Holstein 2010 (LEP SH 2010) quantitativ sechsundzwanzigmal vor und hat qualitativ einen hohen Stellenwert, weil zukunftsgerechte Entwicklung mit „wirtschaftsfreundlich, wettbewerbsfähig, wachstumsstark“ beschrieben wird (ebd., S. 13). Das Spannungsfeld zwischen wirtschaftlichem Wachstum und Nachhaltigkeit wird teils durch die Hinzufügung von Adjektiven aufzuheben versucht. So soll der Landesentwicklungsplan mittels einer *qualitativen* Wachstumsstrategie für SH fortgeschrieben werden oder es sollen Potenziale von Regionen und Städten für ein *nachhaltiges* Wirtschaftswachstum genutzt werden (ebd., S. 19).

Der Begriff „Nachhaltigkeit“ wird im LEP SH dreimal angeführt. So werden „Naturschutz“ und Nachhaltigkeit neben steigendem Außenhandel als Beitrag dafür gesehen, dass sich SH weiter zur „Drehscheibe im Norden Europas“ entwickelt (ebd., S. 18). Weiter ist „Nachhaltigkeitsaspekten“ in Verbindung mit einer bedarfsgerechten Flächenausweisung für Gewerbe und Industrie und einer guten Verkehrsanbindung angemessen Rechnung zu tragen (ebd., S. 27). Schließlich ist bei der gewerblichen Entwicklung die Inanspruchnahme neuer Flächen „im Sinne von Nachhaltigkeit“ möglichst gering zu halten (ebd., S. 49).

Somit zeigt sich bei näherer Betrachtung, dass trotz Spannungsfeldern und Widersprüchlichkeit im Grunde eine Hierarchie zwischen wirtschaftlichem Wachstum und Nachhaltigkeit besteht – letztere ist in einer deutlich defensiveren Position.

Im Landesentwicklungsplan für Mecklenburg-Vorpommern von 2016 (LEP MV 2016) ist „Wachstum“ quantitativ fünfzehnmal enthalten. Betont wird, dass das Land Wachstum des verarbeitenden Gewerbes benötigt (ebd., S. 16) und dass die Funktion MVs als Bindeglied zu Russland voraussichtlich zu weiterem Wachstum führen wird. Stärker hervorgehoben wird hier die Bedeutung *regionalen* Wachstums, *vielfältigen* Wachstums und *blauen* Wachstums (v. a. mit Blick auf den Küstentourismus, ebd., S. 24). Eine Belastung wird hingegen im *Verkehrs*wachstum gesehen, weshalb ein „ökologisch nachhaltiges und integriertes Gesamtverkehrssystem“ angestrebt wird (ebd., S. 68).

Der Begriff „Nachhaltigkeit“ wird im LEP MV neunmal angeführt. Insbesondere wird auf die Umsetzung der Nachhaltigkeitsstrategie des Bundes verwiesen, da MV bislang keine eigene Nachhaltigkeitsstrategie hat. Auch hier wird Nachhaltigkeit als zu berücksichtigender Aspekt bei der Flächeninanspruchnahme thematisiert. Offensiver wird Nachhaltigkeit als Prinzip in Verbindung mit einem „integrierten Küstenzonenmanagement“ angesprochen (ebd., S. 96).

Während im LEP SH offensiv und selbstverständlich das Primat des Wachstums aufleuchtet, erscheint MV in der Landesentwicklungsplanung in stärkerem Maße als wachstumsbedürftig. Dies schafft nicht nur ein Spannungsfeld im Hinblick auf Nachhaltigkeit, sondern es schafft möglicherweise auch ein Gerechtigkeitsproblem. Aufgrund des Bevölkerungsrückgangs und des Gebotes eines effizienten Einsatzes öffentlicher Finanzmittel sei es erforderlich, öffentliche Investitionen und Fördermittel in geeigneten Zentren zu bündeln (ebd., S. 24). Zwar wird dies in einer Einfügung „soweit zweckmäßig“ relativiert, doch bleibt, dass diese Strategie mit Blick auf gleichwertige Lebensverhältnisse problematisch erscheint.

Es sei abschießend der gesamte Absatz zitiert. Er ist sehr komplex, enthält viele Themenstränge und verweist u. a. darauf, dass regionale Vernetzung und Zusammenarbeit auch im Kontext knapper Mittel und der Strategie, die Starken zu stärken, als erstrebenswert erscheint:

> „Aufgrund des Gebotes eines effizienten Einsatzes öffentlicher Finanzmittel sowie vor dem Hintergrund des Bevölkerungsrückgangs ist es erforderlich, öffentliche Investitionen und Fördermittel, soweit zweckmäßig, in geeigneten Zentren zu bündeln, um die hieraus resultierenden Synergieeffekte zur vollen Wirksamkeit bringen zu können. Diese Zentren können sich so zu regionalen Wachstumskernen entwickeln, von denen Impulse auf das Umland ausgehen. In den Stadt-Umland-Räumen ist durch weiter verstärkte Kooperation und Abstimmung die gemeinsame Entwicklung zu befördern. Synergieeffekte aus einer verstärkten Zusammenarbeit mit benachbarten Metropolen sind zu nutzen. Dies bezieht sich auch auf die Etablierung der Regiopole Rostock in einem sich im Aufbau befindlichen Regiopolennetzwerk.“ (ebd.)

Im Unterschied zu den Landesplanungen zeigt sich bei den Regionalplänen eine geringere Betonung wirtschaftlichen Wachstums. Auf der regionalen Ebene geht es eher konkret um Flächennutzung, Flächenverbrauch, und um Flächeneinsparung. Entsprechend liegt der Fokus interkommunaler Zusammenarbeit häufig auf der gemeinsamen, sinnvollen Ausweisung von Siedlungs- und Gewerbeflächen.

2.2 Interkommunale Zusammenarbeit zwischen Anspruch und Wirklichkeit

Der Anspruch an regionale und interkommunale Zusammenarbeit und die Hoffnungen, die in sie gesetzt werden, sind hoch. Anspruch und Hoffnungen erstrecken sich auf die drei möglichen Ebenen der

- interkommunalen Zusammenarbeit
- intersektoralen Zusammenarbeit
- Zusammenarbeit mit Bezug auf gemeinsame Ziele.

Wie oben dargelegt ist wirtschaftliche Entwicklung und eine Stärkung und Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der zentrale Fokus auf der Zielebene. So heißt es im LEP SH:

> „Anzustreben sind leistungsfähige Netzwerke, die sich dauerhaft selbst tragen, den Know-how-Transfer zwischen Wissenschaft und Wirtschaft verbessern und so nachhaltig zur Stärkung vorhandener Potenziale wie auch zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit Schleswig-Holsteins beitragen.“ (LEP SH 2010, S. 63)

Wird der Zielfokus auf ländliche Räume und die Sicherung der Daseinsvorsorge gerichtet, ist Wettbewerb hingegen negativ konnotiert:

> „Damit die Daseinsvorsorge in den ländlichen Räumen gesichert werden kann, wird es vor dem Hintergrund sinkender Einwohnerzahlen immer wichtiger, die Siedlungsentwicklung sowie die Versorgungsinfrastruktur auf Schwerpunkte zu konzentrieren, damit Investitionen wirtschaftlich tragfähig bleiben. Flächenausweisungen und die Bereitstellung von Versorgungseinrichtungen sollen verstärkt interkommunal oder regional geplant und abgestimmt werden, damit es nicht zu einem ruinösen Wettbewerb um Einwohnerinnen und Einwohner kommt. Erforderlich ist auch eine stärkere Zusammenarbeit der Zentralen Orte mit Nachbargemeinden und anderen Zentralen Orten.“ (ebd., S. 29)

Darüber hinaus zeigen sich bei den Motiven für regionale Zusammenarbeit sehr unterschiedliche Facetten:

- Standortattraktivität erhöhen, Wachstum fördern, Lebensqualität verbessern
- Kosteneffizienz (knapper werdende öffentliche Finanzmittel) bzw. innovative und kostengünstige Lösungen zur Sicherung der Daseinsvorsorge

- Bessere Bearbeitungsmöglichkeiten von Konflikten, insbesondere bei konkurrierenden Flächennutzungsansprüchen, die durch den Ausbau Erneuerbarer Energien (EE) verstärkt werden
- Herausforderungen der Zukunft (z. B. Sicherung von Lebensgrundlagen und Wohlstand) können gemeinsam besser bewältigt werden:

  „Die Herausforderungen der Zukunft werden die Kommunen in Schleswig-Holstein vor allem dann erfolgreich meistern, wenn sie sich offen zeigen für partnerschaftliche Zusammenarbeit, insbesondere unter dem Motto ‚Stadt und Land – Hand in Hand'. Kooperationen sowie Zusammenarbeit mit Akteuren aus der Wirtschaft und ein starkes Engagement der Bürgerinnen und Bürger vor Ort können helfen, in Zeiten demographischer Veränderungen und knapper öffentlicher Finanzmittel Daseinsvorsorge und Entwicklungsperspektiven für Städte und Gemeinden zu sichern." (ebd., S. 21)

Das Primat von wirtschaftlichem Wachstum und größerer Wettbewerbsfähigkeit spielt als Motiv für interkommunale und regionale Zusammenarbeit in MV eine deutlich geringere Rolle. In Verbindung mit der Verarbeitung regionaler Lebensmittel werden Erzeugergemeinschaften, eine Stärkung und Zusammenarbeit der Veredelungsbetriebe und die verstärkte Vermarktung von Produkten aus umwelt- und tiergerechter Erzeugung angestrebt (LEP MV 2016, S. 60). Auch soll die Herausbildung und Entwicklung von räumlichen oder branchenbezogenen Unternehmensnetzwerken unterstützt werden, weil durch diese Zusammenarbeit nach innen und außen Wachstumsprozesse gefördert werden (ebd., S. 56). Weiter werden Potenziale der Zusammenarbeit im südlichen Ostseeraum im Kontext der Steigerung des Anteils Erneuerbarer Energien genannt. Interessant ist hierbei die sozial-ökologische Verknüpfung:

> „Damit soll 2025 ein Anteil von 6,5 % des deutschen Bruttostromverbrauch mit Energie aus Mecklenburg-Vorpommern gedeckt werden. Hierbei sollen auch die Potenziale der Zusammenarbeit insbesondere im südlichen Ostseeraum erschlossen werden. Die regionale Wertschöpfung wird durch die Schaffung von Wertschöpfungsketten sowie durch die Teilhabe von Bürgerinnen und Bürgern sowie Gemeinden gesteigert. Dadurch wird auch ein Beitrag zur Daseinsvorsorge geleistet." (ebd., S. 22)

Neben bilateraler Zusammenarbeit mit Polen und der Zusammenarbeit in der Metropolregion Hamburg wird auch die Notwendigkeit und die Stärkung von Stadt-Umland-Kooperationen betont:

> „Um den übergeordneten Zielen der Stadt-Umland-Abstimmungsprozesse – Stabilisierung und Entwicklung der Stadt-Umland-Räume als zukunftsfähige Wirtschaftskerne des Landes sowie Sicherung nachhaltiger Siedlungsentwicklungsräume – gerecht zu werden, wird es künftig auf Zusammenarbeit in den Handlungsfeldern ankommen, in denen aufgrund bislang unausgewogener Entwicklungen zwischen den Kernstädten und ausgewählten Umlandgemeinden siedlungsstruktureller Ordnungsbedarf besteht. Die Belange von Naturschutz und Landschaftspflege werden bei allen Kooperationsfeldern berücksichtigt. Zur Umsetzung der Leitlinien, Maßnahmen und Strategien bedarf es einer Intensivierung des kooperativen kommunalen Planungsverhaltens. Dabei ist es den jeweiligen Stadt-Umland-Räumen freigestellt, über die hier festgelegte Kulisse ihres Stadt-Umland-Raums hinausgehend weitere interessierte Nachbargemeinden auf freiwilliger Basis in ihre Stadt-Umland-Abstimmungen einzubeziehen. Die Moderation der Abstimmungen durch die unteren Landesplanungsbehörden hat sich bewährt und soll auch in Zukunft dort verankert werden." (ebd., S. 42)

Schließlich wird auch das Entwicklungskonzept Region Lübeck im Landesraumentwicklungsprogramm Mecklenburg-Vorpommern lobend erwähnt:

> „Um die funktionalen Verflechtungen und Vernetzungen aus der gesamten Planungsregion Westmecklenburg heraus gemeinsam in die Metropolregion Hamburg einbringen zu können, ist die Mitgliedschaft der gesamten Planungsregion in der Metropolregion vorbereitet. In der Bundesländergrenzen überschreitenden Region Lübeck wird seit Jahren eine Zusammenarbeit gepflegt, die im Entwicklungskon-

> zept Region Lübeck (ERL) sowie in dem ‚Interkommunalen Abstimmungsforum für die Einzelhandelsentwicklung in der Wirtschaftsregion Lübeck' ihren Niederschlag gefunden hat. Diese Zusammenarbeit wird nun im Rahmen der Metropolregion Hamburg weiter gepflegt." (ebd., S. 45)

Hier entsteht der Eindruck, als sei das ERL doch Wirklichkeit geworden und würde sich nun im Rahmen der Metropolregion Hamburg entfalten.

Diese Annahme auf der Planungsebene wird von Vertretern der kommunalen Verwaltungsebene eher nicht geteilt, wie aus einigen Telefoninterviews hervorgeht.[6] Zum einen wird die Stadtfixierung des Konzeptes kritisiert, in der mit eher arroganter Perspektive von Lübeck auf das „Umland" geblickt wird. Darin liegt eine Schwäche des Konzepts:

> „Es hat sich um die Frage ungleicher Stadt-Land-Verhältnisse herum gedrückt und hat damit relativ viel versäumt." (Knut Sturm, Stadtwald Lübeck)

Ähnlich formuliert es der Leiter der Abteilung „Natur, Klima und gesundheitlicher Umweltschutz":

> „Ein regionaler Erfolg war das Entwicklungskonzept wohl auch deshalb nicht, weil die Zusammenarbeit von Lübeck und den umliegenden Landkreisen und Kreisen nach meiner Wahrnehmung eher flach gehalten wurde. Dass es gleichwohl ein Entwicklungskonzept gab, könnte vielleicht eher aus der Not geboren sein, weil Entwicklungsplanung innerhalb der kommunalen Grenzen nicht möglich war." (Michael Zeckel, Stadtverwaltung Lübeck)

Der Fachbereichsleiter „Regionalentwicklung Umwelt und Bauen" in der Kreisverwaltung Ratzeburg, Kreis Herzogtum Lauenburg merkt an:

> „Ich glaube nicht, dass es überhaupt keine Auswirkungen hatte. Weil die Zusammenarbeit an sich einen Wert hat. Ich glaube dann eher, dass das ERL deshalb keinen Erfolg hatte, weil die regelmäßige Pflege der Beziehungen unterblieben ist. Denn Kommunikation muss auch Zeiten überstehen, in denen keine großen und öffentlichkeitsrelevanten Themen vorherrschen. Vielmehr wäre es wichtig im Gespräch zu bleiben, wenn Themen abgearbeitet sind. Kontinuität und Verlässlichkeit sind extrem wichtig." (Manfred Kuhmann, Kreisverwaltung Ratzeburg)

Übereinstimmend äußern alle drei Interviewpartner, dass sich die regionale Zusammenarbeit in den letzten beiden Jahren verbessert hat, weil der neue Bürgermeister von Lübeck stärker auf die Kreise und Landkreise zugeht. Gleichwohl:

> „Wenn ich das so überlege, ist der Begriff nicht so geläufig. Lübeck wird als Hansestadt Lübeck wahrgenommen und nimmt sich selber auch so wahr. Vielleicht wird es nicht so gelebt. ‚Region Lübeck' ist kein starker Begriff und sehr ausbaufähig. Auch wegen der beiden Bundesländer, in denen sie liegt. Das macht es schwieriger und dringender." (Manfred Kuhmann)

Einig sind sich die drei Experten auch darin, dass die aktuelle interkommunale und regionale Zusammenarbeit nur vereinzelt und nur über Projekte erfolgt. So etwa die gemeinsame Planung von Radwegen oder Projekte im Bereich Naturschutz. Diese laufen oft auch deshalb gut, weil „Dritte im Boot sind, z. B. Umweltverbände. Sie haben eine Schnittstellenfunktion." (Knut Sturm)

Manchmal sind Kooperationen notwendig, wenn z. B. eine Gemeinde wie Krummesse von Kreisgrenzen durchschnitten wird. Doch hier gibt es ein Ungleichgewicht:

> „Lübeck sieht Krummesse als Randgebiet, für die Gemeinde ist die Kooperation essentiell."
> (Manfred Kuhmann)

Doch insgesamt sind die Kooperationen schwach:

[6] Der Interviewleitfaden findet sich in Anhang 1.

> „Die Stadt-Umlandkooperationen gibt es, aber ich habe nicht den Eindruck, dass da viel Power drinsteckt. Es gibt das ‚Einzelhandelsforum', aber auch das ist wieder etwas abgeschwächt. Thema ist Konkurrenz für den Einzelhandel. IKEA sollte angesiedelt werden, daher gab es ein hohes Interesse und Lübeck wollte die Zustimmung der Gemeinden. Als IKEA angesiedelt wurde, ist das Forum wieder schwächer geworden und es war keine Bürgermeisterin und kein Baudezernent mehr da." (Manfred Kuhmann)

Übereinstimmend äußern die Interviewpartner schließlich, dass interkommunale und regionale Kooperationen auch deshalb schwach ausgeprägt sind, weil es keine Strukturen dafür gibt:

> „Nach meiner Wahrnehmung gibt es für den Bereich, den ich überblicken kann, kaum interkommunale Kooperationen, denn es gibt nur wenig Strukturen dazu. Die Qualität einzuschätzen ist schwierig. Denn die Kooperationen sind sehr selten. Spontan fällt mir kein Beispiel ein. Man tauscht sich mal aus, was man gegenseitig macht. Es gibt keine gemeinsame Bearbeitung von Themen, Projekten, Planungen. Das ist aus meiner Sicht ein Mangel, der aus fehlenden Strukturen resultiert. Wir würden es aber auch personell – also Regionalmanagement – nicht leisten können." (Michael Zeckel)

Daher sind die meisten Kooperationen auf der informellen, nicht auf der formellen Ebene angesiedelt. Das Fehlen von Strukturen und Institutionen führt mit dazu, dass es keine Kontinuität gibt, die über einen Zeitraum von fünf bis zehn Jahren gehalten werden kann und „die großen Kooperationen sind immer in Gefahr, dass sie nicht dauerhaft und mit gleicher Intensität betrieben werden können." (Manfred Kuhmann)

Schließlich finden Manfred Kuhmann und Uta v. Winterfeld im Interview gemeinsam heraus, dass es nicht einfach ist, der instrumentellen Perspektive, in der die „Stadt" auf das „Umland" blickt, zu entkommen. Der Geschäftsführer der Metropole Hamburg hatte auf einem im Rahmen des Forschungsprogramms Stadt-Land-Plus organisierten Governance-Workshop die Sprache problematisiert: „Umland" sei so gar nicht geeignet, um zu fassen, was auf dem Land und im Land passiert. Manfred Kuhmann probiert es dann anders – das mit einer anderen Sprache sei nicht einfach – er versucht es mit „Drumherum" – und findet aber, dass dies nun auch nicht besser sei.

2.3 Regionale Perspektiven und Potenziale

Perspektiven regionaler Zusammenarbeit werden in den Landesentwicklungs- und Raumordnungsplänen primär in der Perspektive „strategischer Kooperation" formuliert: Gemeinsam kann die Attraktivität des (Wirtschafts-)Standorts besser gesteigert werden; gemeinsam können die Herausforderungen der Zukunft besser gemeistert werden. Eine virulente Herausforderung ist der Flächenverbrauch und das Problem, dass die Städte, insbesondere die Oberzentren in SH, über die ihnen zur Verfügung stehenden Flächen hinauswachsen. Daher ist die Praxis interkommunaler Zusammenarbeit schon jetzt, wie oben erwähnt, häufig auf die gemeinsame, sinnvolle Ausweisung von Siedlungs- und Gewerbeflächen gerichtet.

In diesem Zusammenhang wird oft von Kompensation gesprochen und geschrieben. Hierzu äußert sich auch Michael Zeckel:

> „Die wachsende Stadt Lübeck hat einen Flächenbedarf, den sie innerhalb des Stadtgebiets nicht mehr decken kann.
>
> Wir haben Öko-Konten, z. B. in Ostholstein. Das haben wir mit der Wirtschaftsförderung entwickelt. Das war ein gutes Projekt, es fand aber eher *auf* den Flächen der Kommunen statt und fand nicht *mit* den Kommunen statt. Es handelt sich um Kompensation. Wir haben verfügbare Flächen dort gekauft und für den Naturschutz entwickelt, über Ausgleichsmaßnahmen. Wir haben dort auch ein Moor, das an der

> Grenze liegt. Zusammen mit der Nachbargemeinde und der Stiftung Naturschutz haben wir das entwickelt, haben das Moor renaturiert und wieder vernässt.“ (Michael Zeckel, Stadtverwaltung Lübeck)

Auch wenn diese Maßnahmen in naturschutzfachlicher Sicht sinnvoll erscheinen, bleibt das Vorgehen der „Kompensation“ zu hinterfragen. Denn es bietet einer Stadt oder einem anderen Flächenvielverbraucher die Möglichkeit, das Gebot der Flächensuffizienz bzw. der nicht weiteren Flächeninanspruchnahme zu umgehen.

Regionale Perspektiven und mögliche regionale Zukünfte der Region Lübeck werden über strategische Kooperationen hinaus auch grundlegender formuliert: Eine themenübergreifende und flexible Kooperation sei notwendig. Sie müsse eine Verbindlichkeit haben, kontinuierlich und für mindestens zehn Jahre verlässlich sein, so Manfred Kuhmann. Dazu bedarf es auch einer veränderten Haltung:

> „Und dass dann vielleicht die stolze Hansestadt Lübeck mit genau solcher Überzeugung auch von ‚Region Lübeck‘ sprechen kann. Und umgekehrt, dass die Kreise die Region als etwas Positives betrachten und Lübeck nicht nur als großen Bruder, der einen nicht wahr-nimmt und einem was weg-nimmt. Es ist wichtig, dass der zentrale Ort gestärkt wird. Und dass es Regionsgedanken auf beiden Seiten gibt und dass dies dauerhaft ist.“ (Manfred Kuhmann, Kreisverwaltung Ratzeburg)

Ähnlich äußert sich Knut Sturm:

> „Ich glaube, regionale Kooperation muss mit allen Kreisen und Landkreisen angedacht werden. Nicht nur als Wirtschaftsstandort Lübeck, sondern sich mit allen Kreisen und Landkreisen aus der Historie heraus unterhalten.
>
> Mit Bezug auf Energie weigert sich Lübeck beispielsweise immer noch standhaft, Windräder in der Stadt aufzustellen und die Photovoltaik weiter auszubauen. Das kann man aber nicht einfach den Kreisen überlassen.
>
> Ähnlich ist es bei der Landwirtschaft und der Unterstützung von deren Versorgungsleistung.
>
> Oder mit Blick auf die Holzwirtschaft. Die regionale Holzindustrie ist zusammengebrochen. Es gibt keine Laubholzverarbeitung mehr – bis auf Eisstiele. Da kann man viel machen. Auch und gerade kommunenübergreifend. Da wäre ein großes Laubholzsägewerk möglich, das regional produzieren könnte.“ (Knut Sturm, Stadtwald Lübeck)

Dazu gehört, gängige Praxen zu hinterfragen:

> „Da muss man aber Dinge auf den Prüfstand stellen. Z. B. Förderpolitiken, die gang und gäbe sind. Es gibt Einzelinitiativen und Einzelprojekte. Aber es ginge viel mehr, z. B. mit Blick auf Vermarktungsgemeinschaften.“ (Knut Sturm)

Potenziale regionaler Wertschöpfung und gemeinsamer Vermarktung werden auch von Michael Zeckel als basal für Perspektiven regionaler Zusammenarbeit angesehen:

> „Sehr wichtig ist: Regionale In-Wertsetzung und Vermarktung z. B. landwirtschaftlicher Produkte zu entwickeln. Eine Wertschätzung regionaler Produkte ist sehr sinnvoll – sinnvoller als noch mehr Globalisierung. Für regionale Vermarktung und Stadt-Land-Beziehungen gibt es gute Beispiele in Lübeck.
>
> Z. B. ein Naturschutzverein, der zunächst mit dem Ziel einer nachhaltigen Landschaft angetreten ist. Jetzt gibt es im Süden von Lübeck einen Naturschutzhof. Er hat einen Kindergarten und ist als Bildungsträger für nachhaltige Entwicklung anerkannt und aktiv tätig. Er hat landwirtschaftliche Flächen von der Stadt gepachtet. Und er bezieht die Landwirtschaft in die Arbeit mit Kindern, mit Jugendlichen, mit Erwachsenen ein.

> Dazu kommt: Aus diesem Verein hat sich eine *Genossenschaft (*Lübeck hat eine starke Tradition im Genossenschaftswesen) abgespalten, weil das Wirtschaftliche zu groß wurde: Die ‚Landwege eG'. Die hatten – jetzt wird's wirklich interessant! – sich zum Ziel gesetzt, Landwirt*innen und Verbraucher*innen zusammen zu bringen. Das hat sich sehr gut entwickelt. Es gibt jetzt zwanzig bis dreißig Erzeugerbetriebe und fünf Biosupermärkte in Lübeck. Das ist ein Modell für Wirtschaften in der Region, das nicht von der Stadt betrieben wird." (Michael Zeckel)

Das Beispiel des Naturschutzvereins zeigt zugleich Möglichkeiten der Zusammenarbeit von Stadt (Anschubfinanzierung, Verpachtung von Flächen) und avantgardistischen Akteur*innen.

Die zentrale Perspektive von VorAB, so haben wir einleitend dargelegt, ist auf die avantgardistischen regionalen Akteur*innen in den Transformationsfeldern Wald, Energie und Landwirtschaft gerichtet. Von diesen Transformationsfeldern und der in ihnen tätigen avantgardistischen Akteur*innen handelt das nächste Kapitel.

3. Akteursrecherche und Beschreibung der drei Transformationsfelder

Christine Katz, Daniela Gottschlich, Eva Blaise und Torsten Welle
unter Mitwirkung von Georg Kobiela, Yvonne Bohr und Constanze Borghoff

3.1 Einführung

Im vorigen Kapitel 2 wurde aufgezeigt, dass es mit der interkommunalen Zusammenarbeit in der Region Lübeck nicht so ganz einfach bestellt ist und dabei das wirtschaftliche Wachstum wie auch die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit als zentrale Motive eine wichtige Rolle spielen – wenn auch in den Landkreisen Mecklenburg-Vorpommerns (MV) geringer. Wie sich das bei den Akteur*innen in den drei Transformationsfeldern Wald, Energie und Landwirtschaft darstellt, die im besonderen Fokus von VorAB stehen, ist eine der Untersuchungsfragen im weiteren Verlauf des Projekts. Doch, um welche Akteur*innen handelt es sich dabei, wie sind sie in der Region verteilt und wodurch lassen sie sich kennzeichnen? Eine wachsende Zahl an als Change Agents, Promotor*innen (Ahaus 2019, Witte 1999) oder Pionier*innen (WBGU 2011, S. 256ff., Kristof 2010) bezeichneten Akteur*innen des Wandels entwickeln und praktizieren zu unterschiedlichen Themen alternative Denkmuster und Handlungsstrategien, die etablierte Strukturen und Versorgungsweisen irritieren. Sie erproben darüber transformative Wirtschaftsformen – als aktive Gegenstrategie zu den globalen disruptiven Entwicklungen im Bereich des Ressourcenverbrauchs und der Landnutzung (Engel et al. 2018). Dass solcherart Transformationsakteur*innen als Innovator*innen auf gesellschaftliche Veränderungsprozesse wirken und zumindest konkurrenzfähig zu nicht-nachhaltigen Formen wirtschaften können, gilt inzwischen als unbestritten (Kristof 2017, 2010, Kilper; Christmann 2016). Obwohl zum Verständnis dieser Akteur*innen[7], und ihrer internen Funktionsweisen und Strukturierung, zur Einschätzung ihrer Aktivitäten und ihres transformatorischen Potenzials in den letzten 20 Jahren einiges an Wissen generiert wurde (vgl. Kropp; Stinner 2018), besteht weiterhin erheblicher Bedarf an einer systematischen Strukturierung, Einordnung und wissenschaftlichen Beschreibung der neuen Wirtschaftsformen und in der Bewertung ihrer transformativen Leistungen (Antoni-Komar; Kropp; Paech; Pfriem 2019).

Auch in VorAB befassen wir uns mit solchen Akteur*innen des Wandels – wir nennen sie avantgardistische Akteur*innen (siehe Kapitel 3.2.1 & 3.2.2) – im Bereich Wald-, Energie- und Landwirtschaft[8]. Allerdings mit spezifischen Schwerpunktsetzungen und Eingrenzungen: In vielen Studien wird auf das Transformationspotenzial von Akteur*innen des Wandels in einem spezifischen Handlungsfeld abgehoben und untersucht, inwiefern die generierten neuen Arrangements tatsächlich umfassende und nachhaltig wirksame Veränderungen in den Versorgungspraktiken und strukturellen Verhältnissen des Wirtschaftens einleiten oder ob es sich dabei eher um ein raumzeitlich begrenztes Phänomen auf der Verhaltensebene handelt (Sarmiento 2016).

Im Mittelpunkt unserer Betrachtungen steht jedoch das raum- und landnutzungsgestaltende Potenzial von avantgardistischen Akteur*innen in einem normativen Rahmen. Es geht um das Potenzial dieser

[7] Bei denen es sich um Menschen, Organisationen, Unternehmen, Netzwerkwerke, Betriebe handelt.

[8] Wir nutzen bei der Einordnung der von uns untersuchten Akteur*innen explizit den Begriff Wirtschaft. Denn diese Akteur*innen sind im Bereich Wald-, Land- und Energiewirtschaft berufsmäßig tätig und dort in Wirtschaftszusammenhänge eingebunden. Allerdings gehen wir dabei von einem anderen Wirtschaftsverständnis aus als die konventionelle Ökonomie. Ausgangspunkt ist die Kritik an seiner Wachstums- und kapitalorientierten Gewinnfixierung sowie an der mangelnden Berücksichtigung von Umweltkosten und für den Gesellschaftserhalt zentral wichtigen reproduktiven Arbeiten (Biesecker; Hofmeister 2006, Biesecker 2000). Wir betrachten die Akteur*innen als Vertreter*innen einer grundlegenden Neubesetzung des Wirtschaftsbegriffs und einer offensiven Aneignung als vorsorgend, integrativ und gemeinwohlorientiert.

Akteur*innen, zu einer Gestaltung von fairen und resilienten Stadt-Land-Beziehungen (Prozesse, Strukturen und Interaktionen in ihrem Raumbezug) im Sinne einer nachhaltigen Regionalentwicklung beizutragen. Im Vordergrund stehen die Handlungspraktiken und -arrangements der Akteur*innen. Wir schauen auf ihre Motive und Organisationsverhältnisse, Kompetenzen, Interaktionen (Konflikte und Kooperationen), Entscheidungsstrategien (Machtverhältnisse) und den Bewertungsrahmen für das Handeln (vgl. auch Haxeltine et al. 2016) und auf ihr Potenzial für die Herausbildung fairer und resilienter Stadt-Land-Beziehungen. Unser Zugang ist damit zwar akteurszentriert, umfasst aber analog zum Verständnis von Gillwald (2000, S. 24) die „Kontextfaktoren", d. h. die Umfeld- inklusive der Strukturverhältnisse mit. Denn Handlungsroutinen, Interaktionen und Verhaltenspraktiken können nicht losgelöst von ordnenden Regelungsbedingungen, kulturellen Normen, politischen, infrastrukturellen und ökonomischen Rahmenbedingungen sowie ermöglichenden wie auch verhindernden strukturellen Ressourcen- und Machtverhältnissen verstanden werden (Dualität der Struktur, Giddens 1997, Eckhardt; Kaletka; Pelka 2017). Nach unserem Verständnis handelt es sich beim (transformatorischen) Handeln der betrachteten Akteur*innen nicht „nur" um eine „intentionale Neukonfiguration sozialer Praktiken" (Schatzki; Knorr-Cetina; Savigny 2001, S. 12, vgl. auch Rückert-John; Jaeger-Erben 2018, S. 68). Vielmehr sind solcherart Praktiken als sozial-ökologisch und räumlich kontextualisiert zu begreifen: Sie haben auch „eine Ressourcen- und Nachhaltigkeitsdimension" (Loske 2018, S. 43), sind soziokulturell und gesellschaftspolitisch eingebettet (durch implizite Sinnstrukturen, habitualisierte Kompetenzen und Gewohnheiten, politische Regelungen) und verwoben mit materiellen und technischen Verhältnissen und Praxisarrangements (Brand 2017, S. 118).

Wir konzentrieren uns vorrangig auf berufsbezogene Akteur*innen, d. h. auf solche, die professionell in wirtschaftliche Kreisläufe eingebettet sind – dabei jedoch einen Ökonomiebegriff zugrunde legen, der mit einer ausschließlichen Wachstumsfixierung und Gewinnmaximierungsideologie bricht, gemeinwohlorientiert ist und bei dem Solidarität, Teilhabe und Ressourcenschonung eine größere Rolle spielen.

Die Akteursrecherche verfolgte zwei Ziele: Erstens sollte sie dazu beitragen, Erkenntnisse über die für die Fragestellung in VorAB relevanten Akteur*innen in den drei Transformationsfeldern Wald, Energie und Landwirtschaft in der Untersuchungsregion zu sammeln (Felderschließung). Zweitens dient diese Recherche als Grundlage, um für eine genauere Analyse, die in Arbeitspaket 2 (AP 2) in der nächsten Arbeitsphase durchgeführt werden soll, Akteur*innen auszuwählen. Die Recherche bezog sich daher prioritär auf solche Akteur*innen, die wir in erster Annäherung als avantgardistisch bestimmt bzw. die wir als Befürworter*innen bzw. offen für avantgardistische Ansätze eingeschätzt haben. Es kann jedoch für die Frage nach der Gestaltung fairer und resilienter Stadt-Land-Beziehungen ebenfalls fruchtbar sein, auch Akteur*innen genauer zu betrachten, die als „Verhinderer*innen" oder „Blockierer*innen" für neue avantgardistische Ansätze in Erscheinung treten. Aus jedem Transformationsfeld werden daher potenziell auch solche Akteur*innen mit in die Analyse einbezogen. Welche das sein werden, wird sich jedoch erst aus der weitergehenden Befragung in AP 2 ergeben.

Im folgenden Kapitel (3.2) wird die von uns durchgeführte Akteursrecherche ausführlich beschrieben. Zunächst wird genauer auf die Vorgehensweise bei der Desktop-Recherche (3.2.1) und der Steckbrieferstellung (3.2.2) eingegangen. Dabei wird auch erklärt, was wir unter avantgardistischen Akteur*innen verstehen und wie diese in den drei Transformationsfeldern von uns klassifiziert wurden.

Der Ergebnisteil der Akteursrecherche (Kapitel 3.3) beinhaltet eine Beschreibung der Transformationsfelder, in denen die Akteur*innen tätig sind, sowie eine erste grobe zusammenführende Analyse von Motiven, Organisations- und Wirtschaftsformen und Interaktionen der Akteur*innen mit einem besonderen Blick auf Stadt-Land-Beziehungen.

3.2 Vorgehen

In die Recherche der avantgardistischen Akteur*innen wurden räumlich alle Kreise der im Regionalkonzept von 2003 definierten Region Lübeck einbezogen. Wie in Kapitel 2 bereits erwähnt, wurde zusätzlich der Landkreis Ludwigslust-Parchim mit aufgenommen, da die dort verorteten avantgardistischen Akteur*innen aus allen drei Handlungsfeldern starke wirtschaftliche Bezüge zu den östlichen Landkreisen der Region Lübeck und zur Metropolregion Hamburg haben und umgekehrt es gewachsene Verbindungen von dort mit Akteur*innen dieses Landkreises gibt. Die räumlichen Grenzen der Region bestimmen sich also auch durch die beteiligten Akteur*innen und die Reichweite ihrer Tätigkeiten und Vernetzungen. Blotevogels (1996) bezeichnet solcherart Räume als „Tätigkeitsregion“.

3.2.1 Desktop-Recherche

Zunächst wurden als Grundlage für unsere Suche nach Akteur*innen in den drei Transformationsfeldern vier Akteurstypen festlegt, um relevante Akteur*innen in der Region vor allem mittels einer Internet-Recherche zu identifizieren, kategorisieren und anhand der gesammelten Daten für eine weitere Bearbeitung auszuwählen (siehe Tabelle 1).

Tabelle 1 Kategorisierung der vier Akteurstypen Quelle: eigene Erarbeitung

Akteur*innen, die nach einer Arbeitsdefinition als *avantgardistisch* (av) eingeordnet werden, sind solche, die…
○ eine Vorreiterrolle auf einem Gebiet der Land- und Ressourcennutzung einnehmen und mit kreativen Ideen grundlegende, oft langfristige Änderungen oder wegweisende Entwicklungen anstoßen (wollen), ○ sich mit ihrem Ansatz explizit vom Status quo abgrenzen und ihr Handeln auf dem Gebiet der Land- und Ressourcennutzung als Beitrag zu einer gesellschaftlichen Veränderung in Richtung Zukunftsfähigkeit und Nachhaltigkeit verstehen, ○ i.d.R. Produktion, Konsum und Vertrieb integrativ betreiben (z.B. Prosumerorganisationen), ○ sich kritisch zu rein gewinnmaximierenden Ansätzen positionieren, ○ eine z.T. radikale Ausrichtung an stärker an Nachhaltigkeitsstandards, gemeinwohl-, suffizienz-, beteiligungsorientierten und chancengerechten Ansätzen kennzeichnet, ○ über die ökonomisch-betriebswirtschaftliche Effizienz hinausgehende Ziele mit und in ihrem professionellen Handeln verfolgen (Stichwort „Gutes Leben für alle“), ○ neben ökologischen Gesichtspunkten auch Aspekte der sozialen Gerechtigkeit in ihrem Bewirtschaftungsansatz berücksichtigen, ○ Teilhabe/Mitgestaltung an einer zukunftsrelevanten Land- und Ressourcennutzung eröffnen (wollen).
Akteur*innen der politischen Entscheidung und Umsetzung mit Relevanz für SLB:
○ planungsrelevante Akteur*innen wie Regionalmanager*innen und -planer*innen, Operationalisierende in der kommunalen, Gemeinde- und Kreisverwaltung, ○ regional-/ landes-/ kreis- und kommunalpolitisch relevante Akteur*innen ○ zivilgesellschaftliche Akteur*innen/ Gruppen, Natur-/ Umweltschutzverbände ○ Lobby-Akteur*innen und Wirtschaftsverbände (Wasser-, Land-, Energie-, Forst-, Tourismus-, Gastronomiewirtschaft) ○ Freizeit-/ Sport- und Jagdverbände ○ Naturpark-, Biosphärenreservatsverwaltungen.

Akteur*innen, die *entlang der Wertschöpfungskette* zwischen Produktion, Weiterverarbeitung, Vertrieb und Konsum eine Rolle spielen und die für av Akteur*innen relevant sind:

- Handelsorganisationen
- Akteur*innen der Weiterverarbeitung (z.B. Sägewerke, Schlachtereien, Tischlereien, Lebensmittelverarbeiter*innen)
- Vertrieb und Versorgung (z.B. Stadt-/ Gemeindewerke, Gastronomie, Holzhöfe)
- Akteur*innen der Bereitstellung von Dienstleistungen (z.B. Beratung, Bildung, Kultur, Freizeit und Erholung)
- Dachorganisationen und Netzwerke innerhalb und außerhalb der Region (z.B. Netzwerk Solidarische Landwirtschaft, Netzwerk Regionalinitiativen, Hanse-Energie, Bioenergiedorfverbund, Netzwerk Energiegenossenschaften).

Akteur*innen, die eher *nicht avantgardistisch* einzuschätzen, aber…

- offen sind für Alternativansätze,
- als Kooperationspartner*innen oder Konfliktparteien in Erscheinung treten
- in regionalen Vernetzungszusammenhängen eine Rolle spielen.

Ausgangspunkt unserer Desktop-Recherche[9] nach Akteur*innen waren *erstens* Informationen

- aus Netzwerken (Netzwerk Solidarische Landwirtschaft, Netzwerk Energiegenossenschaften)
- über Betriebe der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL),
- über Demeter- und Naturland zertifizierte Betriebe,
- von VorAB-Praxispartner*innen.

Recherchiert haben wir *zweitens*

- Akteur*innen, die von den VorAB Kooperationspartnerinstitutionen in der Region Lübeck, also vom Stadtwald Lübeck und der Naturwald-Akademie, als offen für Veränderungen, ansatzweise avantgardistisch bzw. als wichtig für das Verständnis regionaler Strukturen genannt wurden,
- Bürgerenergiegenossenschaften, Bioenergiedörfer, Stadt- und Gemeindewerke, Energieversorger in der Region,
- Akteur*innen entlang der Wertschöpfungskette der Land-, Energie- und Waldwirtschaft bis hin zum Konsumbereich (Produktion, Verwertung/ Verarbeitung, Vertrieb und Handel, Konsum),
- Lobbyorganisationen.

Recherchiert haben wir *drittens* weitere Kooperationspartner*innen, Netzwerke, Organisationen, die von den genannten Akteur*innen auf ihrer Website als relevant beschrieben wurden.

Insgesamt wurden 143 Akteur*innen der Landwirtschaft, 155 Akteur*innen der Waldwirtschaft und 77 der Energiewirtschaft auf jeweils eigenen Listen und unter Berücksichtigung der folgenden Aspekte erfasst:[10]

[9] Die verwendeten Quellen/ Internetseiten sind den Steckbriefen zu den jeweiligen Akteur*innen aufgeführt (vgl. Kapitel 3.2.2).

[10] Aufgrund der Heterogenität der Akteur*innen konnten diese Aspekte in den drei Transformationsfeldern nicht immer gleich ausführlich berücksichtigt werden.

- Transformationsfeld
- Zuordnung der Akteur*innen bzw. Anteil an avantgardistischen Merkmalen
- Position in der Wertschöpfungskette bzw. Funktion
- Aktivitäten, Bewirtschaftungsform
- Leitlinien
- Vermarktungskonzept
- Betriebsgröße, Arbeitsverhältnisse
- Standort (Landkreis)
- Kontaktdaten
- Internetpräsenzen
- Besonderheiten und Anmerkungen.

Alle Akteur*innen der drei Listen wurden priorisiert (1 bis 3), um einerseits zu einer reduzierten Grundgesamtheit für die weitergehende Analyse in AP 2 zu kommen, die zugleich andererseits das Spektrum der Akteur*innen und die regionalen Verhältnisse, unter denen die Akteur*innen agieren, spiegelt. Für die Priorisierung 1 war neben dem Anteil an avantgardistischen Merkmalen der Akteur*innen daher sowohl ihre räumliche Verteilung in der Region ausschlaggebend als auch ihre Position in der Wertschöpfungskette. Denn es sollten sowohl alle Landkreise als auch alle Wertschöpfungsstufen repräsentiert sein. Die Daten wurden in ein Geoinformationssystem eingespeist, anhand dessen sich die räumliche Verteilung der Akteur*innen nachvollziehen ließen. Es wurden mehrere detailreiche Karten unter Berücksichtigung verschiedener Inhalte erstellt, von deren Darstellungsweise Abbildung 3 eine Vorstellung vermitteln soll.

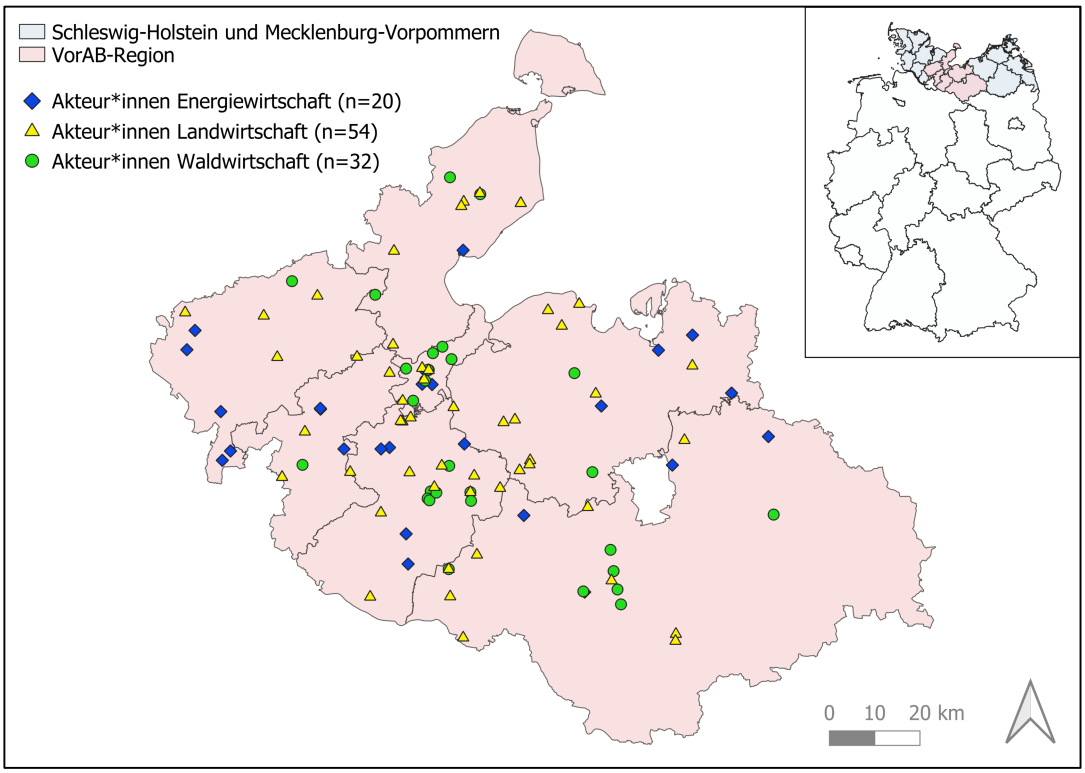

*Abbildung 3 Verteilung der Regionalakteur*innen: Die Karte zeigt die regionale Verteilung einer Auswahl der Praxispartner*innen in den drei Transformationsfeldern, die mit Priorität 1 versehen wurden, weil sie für das Projekt besonders interessant erscheinen und deshalb für eine weitere Untersuchung und persönliche Ansprache zuvorderst ins Auge gefasst werden (Anzahl der dargestellten Akteur*innen: 20 Energiewirtschaft; 54 Landwirtschaft; 32 Waldwirtschaft)*

3.2.2 Steckbrieferstellung

Für die ausgewählten Akteur*innen haben wir Steckbriefe erstellt. Für jedes der drei Transformationsfelder finden Sie im Anhang exemplarisch je einen Prototypen eines Steckbriefs[11].

Diese Steckbriefe bündeln Informationen zu den jeweiligen Akteur*innen und klassifizieren sie nach avantgardistischen Merkmalen:

- als avantgardistische*r Akteur*in mit vielen avantgardistischen Anteilen **(av)**
- als (konventionelle*r) Akteur*in mit einigen avantgardistischen Anteilen **(av/ ko)**
- als konventionelle*r Akteur*in mit höchstens einzelnen avantgardistischen Merkmalen **(ko)**

Für die Klassifizierung wurde das, was wir unter avantgardistisch für Akteur*innen entlang der Wertschöpfungskette in jedem der drei Transformationsfelder verstehen, konkretisiert und qualifiziert. Die Einteilung der Akteur*innen nach ihren avantgardistischen Merkmalen wurde von drei verschiedenen Personen durchgeführt und erfolgte trotz der definitorischen Konkretisierung dieser Merkmale in gewissem Ausmaß subjektiv, da nicht alle Kriterien erfüllt sein mussten, um als avantgardistisch eingestuft zu werden. Strittige Fälle wurden im Team diskursiv validiert. Die Klassifizierungen werden im Folgenden dargestellt.

Tabelle 2 Klassifizierung des Transformationsfeldes Wald

Klassifizierung für das Transformationsfeld Wald	
I Urproduktion	➢ Lübecker Waldmodell (siehe Kap. 3.3.1) findet Anwendung, das beinhaltet: ▪ Orientierung der Zielvorräte an Urwäldern/ Naturwäldern/ natürlichen Waldgesellschaften (wir lernen von der Natur, Natur als Akteurin), ▪ Wertholzproduktion/ Einzelstammentnahme, ▪ Kritik an energetischer Nutzung von Frischholz/ sensibler Umgang mit dem Thema Brennholz/ niedriger Anteil Brennholz/ Ausschluss von Selbstwerbern, ▪ Hohes Alter der Bäume im Wald, ▪ Hoher Totholzanteil im Wald, ▪ Bodenschonende Entnahmepraktiken, ▪ Kritik an den bisherigen Ansätzen der Landesforstverwaltung, ▪ Orientierung an politischen Motiven: Erhalt und Verbesserung von Ökosystemleistungen, ▪ (Re)produktives/ vorsorgendes Ökonomieverständnis (orientiert an den Ansprüchen des Ökosystems Wald, nicht profitorientiert), ▪ Wertschätzung des Rohstoffes Holz (Langlebigkeit von Holzprodukten, Eigenarten von Holz/ nicht nur gerade Stämme), ▪ Regionale Wertschöpfung, ▪ Vermarkungskonzept „business to business“ (Kommunikation, Beziehung, Menge ist überschaubar) oder Direktvermarktung, ▪ Integrativer Produktionsprozess (langfristige Kundenbindung), ▪ Öffnung hin zu zivilgesellschaftlichen Organisationen/ Partizipation, ▪ Zertifiziert über FSC hinaus: Naturland, ▪ Verzicht auf chemische Manipulation (Pestizide, Bodenkalkung etc.), ▪ Zielsetzung Dauerwald, ▪ Standortangepasste Baumarten/ ökosystemare Perspektive, ▪ Unbewirtschaftete Flächen/ Referenzflächen.

[11] Für das Transformationsfeld Landwirtschaft finden sich zwei Steckbriefe, weil in diesem Feld bereits zwei Praxispartner*innen des Projektes feststehen.

II Bearbeitung (durch Sägewerke)	➢ Verwendung nur von regionalem Holz, ➢ Bereitschaft Starkholz zu verarbeiten, ➢ Holzauswahl nach Zertifizierung (explizit ökologisch), ➢ Wertschätzung/ Stärkung regionaler Lieferketten.
III Weiterverarbeitung	
○ Schreiner*/ Tischler*innen	➢ Kompetenz in der Laubholzverarbeitung, ➢ Verwendung vorwiegend von regionalem Holz, ➢ Auswahl nach Zertifizierung, ➢ Ökologische Be- und Verarbeitung, ➢ Altholzverwendung/ Upcycling/ Erhalt alter Bausubstanz zur Ressourcenschonung, ➢ Nutzung und Verarbeitung von eigenwilligem Holz, ➢ Inklusionsorientiert, ➢ Ausbildungsbetrieb.
➔ Sonderfall: Mietwerkstatt	➢ Bewusstseinsarbeit, ➢ Heimisches Holz/ Altes Holz, ➢ Beteiligungsmöglichkeit (z.B. Erarbeitungsmöglichkeiten von Guthaben).
○ Nichtholzprodukte (Wildfleisch)	
➔ Vermarktung	➢ Information/ Bewusstseinsbildung.
➔ Bereitstellung (Jäger*innen)	➢ Stressarme Erlegung.
➔ Verarbeitung	➢ Regionales Wildfleisch, ➢ Freies Wildfleisch, kein Gatterwild.
IV Dienstleistungen	
○ Forstdienstleister*/ Holzfäller*innen/ Baumpflege	➢ (Eigene) Mitarbeiter*innen, die den Wald kennen und naturschonende Verfahren einsetzen, ➢ Wertschöpfung durch vertrauensvolle/längerfristige Bindungen mit Arbeiter*innen/ externen Betrieben.
○ Holzrücken	➢ Einsatz von Pferden, bodenschonende Verfahren.
○ Bildung/ Beratung/ Forschung	➢ Transformation in Richtung avantgardistischer Ansatz, ➢ Aufklärerischer/ emanzipatorischer Anspruch von Bildung, ➢ Ökosystemorientierte Wissensvermittlung.
○ Freizeit	➢ Ganzheitlicher Ansatz, aufklärerischer/ emanzipatorischer Anspruch, Standortverhältnisse werden reflektiert.
V Holzhandel	➢ Nur zertifiziertes Holz (mindestens FSC), ➢ Herkunftsnachweise, ➢ Vorwiegend regionales Holz, ➢ Keine Massenware, ➢ Berücksichtigung sozialer Dimension in der Herstellung.

Tabelle 3 Klassifizierung des Transformationsfeldes Energie

Klassifizierung für das Transformationsfeld Energie (Fokus: Bürgerenergien)	
I Erneuerbare Energien (EE) Produzent*innen	➢ Produziert Ökostrom, Ökogas oder Wärme dezentral in der Region und vorwiegend für den Selbstverbrauch oder regionalen Verbrauch, ➢ Produziert für Selbstversorgung, Kommunen oder das öffentliche Netz, ➢ Produziert Wärmeenergie aus Holz ohne Flächenkonkurrenz zur Forst- und Landwirtschaft (vorw. aus Kurzumtriebsplantagen, die ökologisch bewirtschaftet werden) oder aus Resteholz aus ökologisch bewirtschafteten Wäldern oder aus Altholz, ➢ Produziert Biogas ohne Flächenkonkurrenz zur Landwirtschaft, ausschließlich im Rahmen der Kaskadennutzung (Nutzung eines Rohstoffs über mehrere Stufen) oder auf Nicht-Landwirtschaftsflächen und ohne Pestizideinsatz, ➢ Produziert EE als machtvolles Teilhabeprojekt unter Beteiligung der Bevölkerung (vor Ort, aber auch überregional), ➢ Produziert EE in Kooperation (mit Kommune, mit Agrargenossenschaften, mit anderen Bürgerenergiegenossenschaften), ➢ Integriert andere als rein ökonomische Aspekte in das Wirtschaftsgeschehen (z.B. soziales Engagement).
II EE-Verteilung/ Versorgung/ Verkauf	➢ Verteilt EE-Produkte in der Region, für Kommunen, das öffentliche Netz, ➢ Baut Infrastruktur zur dezentralen (Selbst-)Versorgung oder für interkommunale/ regionale Nutzung auf.
III Dienstleistung	
○ Beratung und Vernetzung	➢ Berät mit dem Ziel der konkreten Realisierung von Bürgerenergien/ EE, ➢ Vernetzt, um EE und Bürgerenergien zu realisieren, ➢ Berät beim konkreten Aus- und Aufbau von EE (Wärmenetz, Organisation der Bürgerbeteiligung, Investitionen und Finanzierungsmöglichkeiten), ➢ Berät beim konkreten Um- und Ausbau von LaWi-Betrieben für EE (Photovoltaik, Biogas), ➢ Liefert Entscheidungshilfen für die Realisierung von EE in Bürger*innen-Hand.
○ Aufklärung und Förderung der EE	➢ Realisiert strategische Zusammenarbeit (mit zivilgesellschaftlichen Gruppen, mit Kommunen …) zur Förderung von Klimaschutz und Umsetzung der Energiewende, ➢ Rückt durch die Maßnahmen EE und Energiewende ins öffentliche Bewusstsein, ➢ Macht Bildungsarbeit zur Energiewende und zu EE und regionaler Mitgestaltungsmöglichkeit.
○ Lobbyarbeit und Berufsvertretung	➢ Zielt auf die Sicherung einer nachhaltigen, dezentralen, an regionale Kontexte angepassten, sozial-gerechten Energieversorgung mit positiven Umwelteffekten und regionaler Wertschöpfung und Mitgestaltungsmöglichkeiten ab, ➢ Regionale und/oder überregionale Vernetzung zur Unterstützung des Aufbaus von Bürgerenergie, ➢ Aufbau von Selbstqualifizierungsmöglichkeiten (Beratungsnetzwerke) und Schulungen für die eigene Klientel im Bereich nachhaltige Energiewende und dezentrale, EE–Erzeugung, ➢ Entwicklung von Qualitätsstandards für EE/ Bürgerenergie, die sozial-ökologische Dimension beinhalten, ➢ Öffentlichkeitsarbeit zu EE und Bürgerenergien (Publikationen, Messestände, Konferenzen, Partnerschaften regional, überregional, international), ➢ Fachliche Begleitung von Gesetzgebungsprozessen im Bereich Energiewirtschaft/ EE, Politikberatung für EE und Bürgerenergie und zur Förderung der Energiewende in dezentralen regionalen Kontexten.

[12]

[12] Für das Transformationsfeld Energiewirtschaft wurde ausschließlich auf Energiegenossenschaftliche Unternehmungen (Bürgerenergien) fokussiert. Zudem gelingt eine eindeutige Zuordnung der Akteur*innen zu den Positionen in der Wertschöpfungskette hier schlecht. Denn bei EE in Bürgerhand ist die Wertschöpfung/ Weiterverarbeitung häufig in die EE Produktion integriert. Das Motto ist: „Alles aus einer Hand“!

Tabelle 4 Klassifizierung des Transformationsfeldes Landwirtschaft

Klassifizierung für das Transformationsfeld Landwirtschaft	
I Urproduktion	➢ Biologische Landwirtschaft findet Anwendung und ist gekoppelt an Gemeinwohlorientierung, Mitgestaltungsmöglichkeiten und Förderung der regionalen Wertschöpfung ▪ Standards des Biolandbaus und strenge Tierwohlkriterien werden erfüllt, ▪ Regionales Saatgut, alte Sorten werden mit verwendet, ▪ Beteiligungsmöglichkeiten, Mitgestaltung von Verbraucher*innen, Bürger*innen ist ermöglicht, ▪ Integration von sozialen und ökologischen Ansprüchen (möglicherweise auch inklusive Teilhabeprojekte im Bereich Landwirtschaft), ▪ Diversifizierung (Anbau, Angebote) ist realisiert oder angestrebt; Wertschöpfung ist z.T. in Bewirtschaftungsansatz integriert (Direktvermarktung von Feldfrüchten und Getreide; Weiterbearbeitung und Verkauf in Hofcafe oder -laden; Kultur-/ Bildungsangebote sind integriert), ▪ Arbeitsverhältnisse sind sozial abgesichert und angemessen bezahlt, ▪ Überwiegend Verkauf von Rohprodukten an regionale Händler*innen, Weitebearbeiter*innen oder eigene Verarbeitung, ▪ Möglichst wenig Ernterückstände (Vermarktungskonzept für nicht standardisierte Gemüseformen: „krumme Dinger“), ▪ Kooperative Produktion, die an Existenzsicherung nicht aber an Profitmaximierung ausgerichtet ist.
II Verarbeitung (Gastronomie, Lebensmittelindustrie, Bäckereien, Konditoreien)	➢ Nahezu ausschließlich biologisch und regional produzierte Ware wird verwendet, ➢ Krummes Gemüse wird verwendet.
III Handel und Verkauf (Rohstoffe und Produkte)	➢ Vorwiegend regionale und ökologisch produzierte sowie dementsprechend weiterverarbeitete Ware wird verkauft/ gehandelt, ➢ Krummes Gemüse wird mit vermarktet, ➢ Kooperationsmodelle statt Konkurrenz zwischen einzelnen Höfen, ➢ Preisgestaltung nach echten Kosten ohne Externalisierung, ➢ Stadt-Landvertrieb ist gerecht verteilt, ➢ Direktvermarktung.
IV Dienstleistungen	➢ Ausbildungs- und Lernbetrieb, ➢ Bildungsveranstaltungen reflektieren die Veränderungsnotwendigkeit der Landwirtschaft und schaffen Bewusstsein für Handlungsmöglichkeiten für nachhaltig gestaltete gesellschaftliche Naturverhältnisse, ➢ Soziale Angebote (Waldkindergärten, Therapeutische Ansätze, Pflege und Betreuung von alten Menschen oder/ und mit Einschränkungen) sind integriert in Betrieb (von externen Anbieter*innen, als Teil des Betriebs), ➢ Kulturelle Angebote ermöglichen mehr als einen rein kognitiven Zugang (z.B. Naturerfahrungen mit allen Sinnen), ➢ Ökosystemleistungen werden erbracht als Teil der Urproduktion, ▪ Kulturlandschaft wird erhalten, ▪ Biodiversitäts- und Agrobiodiversitätserhalt (Blühstreifen, Knicks …), ▪ Erhalt der Bodenfruchtbarkeit, ▪ Schutz des Grundwassers.

3.3 Ergebnisse

Die in VorAB recherchierten Akteur*innen in der Region weisen eine große Vielfalt an organisatorischen Formaten, an Angeboten, an Entstehungsgeschichten, an Vermarktungsstrategien, Kooperations- und Vernetzungspraktiken auf. Sie sind in ihren Handlungen in strukturelle und räumliche Verhältnisse eingebunden bzw. interagieren mit diesen, und diese wirken wiederum auf die Praktiken der Akteur*innen zurück. Auf diese Verhältnisse wird im Folgenden eingegangen. Für jedes Transformationsfeld, d. h. für Wald (3.3.1), Energie (3.3.2) und Landwirtschaft (3.3.3), werden die Rahmenbedingungen, mit denen die Akteur*innen in ihrem Tätigsein konfrontiert sind, geschildert (a) und die zum Transformationsfeld zugehörig recherchierten Akteur*innen kurz vorgestellt (b).

Im Kapitel 3.3.4 wird auf die Gemeinsamkeiten und Unterschiede in den Motiven, der ökonomischen Ausrichtung und Vermarktung, den Organisationsformen und Interaktionen sowie auf mögliche Kooperations-, Spannungsverhältnisse und Konfliktlagen der Akteur*innen insgesamt in der Region eingegangen. Dabei werden auch einige Erkenntnisse zu den Akteur*innen mit Blick auf deren Stadt-Land-Bezüge reflektiert.

3.3.1 Transformationsfeld Wald

Eva Blaise, Torsten Welle, Constanze Borghoff

Für das Transformationsfeld Wald werden in Kapitel 3.3.1.1 die vielfältigen Umfeld- und Rahmenbedingungen beschrieben und damit die Strukturen, auf die die Akteur*innen treffen und die ihr Handeln mitprägen. Dies schließt auch die Darstellung von Kooperationen und Konflikten in diesem Transformationsfeld ein[13]. Im später folgenden Kapitel 3.3.1.2 werden die zum Transformationsfeld Wald zugehörig recherchierten Akteur*innen aus der VorAB-Region zusammenfassend vorgestellt.

3.3.1.1 Umfeld- und Rahmenbedingungen

Waldpolitische Ausgangslage:

Waldpolitik muss verschiedene Nutzungsmöglichkeiten und Wohlfahrtsleistungen des Waldes berücksichtigen. Konzepte wie die multifunktionale Waldwirtschaft oder waldbezogene Ökosystemleistungen kategorisieren die ökologischen und sozioökonomischen Leistungen des Waldes und zielen so auf deren Priorisierung und Harmonisierung ab. Es kommt jedoch zwangsläufig zu Zielkonflikten und akteursbezogenen Auseinandersetzungen.

Aktuell zeigt sich ein Anstieg in den Anforderungen an Wald, auf allen drei Ebenen der „Multifunktionalität“ (Nutz-, Schutz- und Erholungsfunktion). So lässt sich regional beispielsweise ein zunehmender Erholungsdruck auf den Wald konstatieren, der einen Ausgleich zu wachsenden zivilisatorischen Belastungen bietet und als Folge von COVID-19 nochmals angestiegen ist (FVA BW 2020). Die Schutzfunktion des Waldes erhält an Brisanz durch wachsende Umweltbedrohungen, wie beispielsweise den Klimawandel oder den Rückgang der Biodiversität. Dabei steht Wald sowohl hinsichtlich seiner umweltschützenden Funktion im Fokus als auch in Bezug auf Schäden, die das Ökosystem angesichts der Umweltprobleme selbst aufweist.

Wachsende Anforderungen an Wald auf dem Gebiet der Nutzfunktion erklären sich zu großen Teilen dadurch, dass Holz als wichtiges Element im Kampf gegen Klimawandel und Umweltverschmutzung

[13] Im Gegensatz zu den folgenden Kapiteln über Energie und Landwirtschaft, finden sich Beschreibungen von Konflikten in der Transformationsfeldbeschreibung Wald nicht in einem eigenen Abschnitt, sondern wurden in die restlichen Beschreibungen eingeflochten.

gehandelt wird: Langlebige Holzprodukte als Kohlenstoffspeicher, bauliche und stoffliche Nutzung zur Substitution klima- und umweltschädlicher Stoffe. In nationalen Programmen wie der „Nationalen Bioökonomiestrategie“ (BMBF 2020) oder der „Charta für Holz 2.0“ (BMEL 2018) wird auch die energetische Nutzung von Holz befürwortet – obwohl die Nachhaltigkeit einer forstbasierten Bioökonomie sowohl innerhalb des deutschen Bioökonomienetzwerks (Giurca; Kleinschmit 2020) als auch auf internationaler Ebene (Beddington et al. 2018) zum Teil kritisch bewertet wird.

Nationale Programme wie die „Waldstrategie 2020“ (BMELV 2011) dokumentieren die vielseitigen Herausforderungen an Wald und den Anspruch, die Waldfunktionen stärker zu harmonisieren. Das scheint angesichts der vielseitigen Herausforderungen überaus ambitioniert. Konkrete waldbauliche Empfehlungen, die aus Sicht der Bundesregierung geeignet scheinen, um Konflikte zwischen den Waldfunktionen abzuschwächen, wie die „Vermeidung instabiler Dichtstände bzw. überhöhter Vorräte im Zuge einer konsequenten Waldpflege“ (ebd., S. 23) sind tatsächlich Bestandteil intensiver Fachkontroversen (Ibisch et al. 2020b). Lösungen, die auf breite Zustimmung waldbezogener Expertisen treffen, finden sich in der Forderung nach einer besseren Effizienz in den Stoffkreisläufen von Holz und einer Erhöhung der Waldfläche. Eine Mehrung des Waldes ist auch für die beiden, die Projektregion betreffenden Bundesländer von Bedeutung: es handelt sich um die deutschen Bundesländer mit dem geringsten Waldanteil - Schleswig-Holstein (SH) mit 10,3 % (LEP SH 2010), Mecklenburg-Vorpommern (MV) mit 24 %[14]. Entsprechende Ziele finden sich auch in den Landesentwicklungskonzepten der Länder: Laut Landesentwicklungsplan Schleswig-Holstein (LEP SH 2010) soll der Waldanteil an der Landesfläche bis zum Jahr 2030 auf 12 % der Landesfläche erhöht werden. Im Landesraumentwicklungsprogramm Mecklenburg-Vorpommern (LEP MV 2016) findet sich Waldmehrung als vages Ziel und Aufgabe für die Regionalentwicklungskonzepte. Eine konkrete Waldmehrungsplanung findet sich im Rahmen des 2002 erstellten „Gutachtliches Waldentwicklungsprogramm Mecklenburg-Vorpommern“, in dem konkrete Bewaldungsziele für kleinräumige Landschaftsausschnitte festgelegt sind.

Generell ist die Waldpolitik Landessache, allerdings findet die tatsächliche Umsetzung auf lokaler bzw. regionaler Ebene statt. Vage Formulierungen, wie „Stabilität, Produktivität, Vielfalt und Naturnähe der Wälder sollen durch den bewährten integrativen Ansatz einer nachhaltigen, multifunktionalen Forstwirtschaft gesteigert werden“ (BMELV 2011, S.9) finden sich vielfach in politischen Papieren. Sie verschieben gleich die gesamte Verantwortung zur Priorisierung zwischen den einzelnen Waldfunktionen auf die Ebene der Forstwirtschaft. Dies bedeutet viele Freiheitsgrade und Gestaltungräume in der waldbaulichen Praxis auf regionaler Ebene, deren Umsetzung von übergeordneter Stelle nicht geprüft wird.

Die deutsche Forstwirtschaft ist jedoch in den letzten Jahren einer wachsenden öffentlichen Kritik ausgesetzt. Naturschutzorganisationen, die Klimabewegung, eine wachsende Zahl an Bürgerinitiativen: sie alle fürchten eine wirtschaftsgetriebene Ausbeutung des Waldes, wie beispielsweise die Proteste um den Hambacher oder Dannenröder Forst zeigen. Auch in der Projektregion finden sich waldbezogene Bürgerinitiativen[15]. Die Frostbranche tritt nach außen häufig mit einer großen Geschlossenheit auf, trotzdem lassen sich auch interne Zerwürfnisse beobachten. Einerseits anhand von einzelnen unkonventionellen forstlichen Handlungsansätzen wie dem „Lübecker Waldmodell“[16], die gängiges forstwirtschaftliches Handeln in Frage stellen[17]. Andererseits als grundlegender Dissens der Branche, bei-

[14] https://www.wald-mv.de/Unser-Wald/, zuletzt geprüft am 19.01.2021.

[15] vgl. Auflistung unter https://www.bundesbuergerinitiative-waldschutz.de, zuletzt geprüft am 19.01.2021.

[16] https://www.luebeck.de/de/rathaus/verwaltung/stadtwald/waldkonzept/index.html, zuletzt geprüft am 19.01.2021.

[17] vgl. https://www.3sat.de/wissen/scobel/eine-seit-25-jahren-unberuehrte-waldflaeche-100.html, zuletzt geprüft am 19.01.2021.

spielsweise anhand einer recht hohen Zahl kritischer Meinungen zum Einsatz moderner Holzerntemaschinen (Wippel et al. 2016). Auch Vertreter*innen wissenschaftlicher Disziplinen üben Kritik: Zwar sind forstliche Handlungskonzepte im Rahmen wachsender Umweltprobleme immer stärker von naturschutzfachlichen Erwägungen geprägt worden. Allerdings bestehen nach wie vor große Wissenslücken hinsichtlich der Veränderungen des Ökosystems Wald im Klimawandel, gezielte Maßnahmen entbehren von daher einer soliden wissenschaftlichen Grundlage. Allgemein steht der Fokus auf einzelne Funktionen des Waldes, wie ihn die multifunktionale Forstwirtschaft pflegt, im Widerspruch zu einer ökosystemaren Betrachtungsweise, wie sie für die Stärkung resilienter Waldstrukturen vor dem Hintergrund des Klimawandels dringend von Nöten wäre (Ibisch et al. 2020b).

Einflussfaktoren bei der Gestaltung regionaler Waldwirtschaft:

Die Gestaltung der regionalen Waldwirtschaft liegt, wie eingangs beschrieben, vielfach im Verantwortungsbereich der traditionellen deutschen Forstwirtschaft und wird von den regionalen Akteur*innen vor Ort umgesetzt.

Die Waldfläche ist in den Kreisen der Projektregion sehr unterschiedlich verteilt und reicht von 9,4 % in Ostholstein, über 12,9 % im Gebiet der Hansestadt Lübeck (RP II SH 2004), 13,4 % in Nordwestmecklenburg (ILEK NWM 2016) bis hin zu 28 % in Ludwigslust-Parchim (ILEK LUP 2016) – für den Schleswig-Holsteiner Planungsraum I, der die in der Projektregion liegenden Kreise Segeberg, Stormarn und Herzogtum Lauenburg umfasst, ist im Regionalplan von 1998 nur der durchschnittliche Waldanteil von 17,2 % angegeben (RP I SH 1998). (Es ist zu beachten, dass all diese Angaben hinsichtlich ihrer Aktualität stark variieren).

Durch vergleichsweise kleine Waldanteile spielt die Forstwirtschaft sowohl in den beiden Landes- als auch in den relevanten Regionalentwicklungsplänen ökonomisch nur eine untergeordnete Rolle. Häufig wird sie in Darstellungen mit der Landwirtschaft zusammengefasst um ihre Geltung (scheinbar) zu erhöhen. Im LEP MV (2016) kommt ihr eine etwas größere Geltung zu als in SH, auch die Bedeutung von Arbeitsplätzen in der Forstbranche wird nur hier explizit angesprochen. Diese unterschiedliche Gewichtung kann als Hinweis auf Unterschiede in der wirtschaftlichen Bedeutsamkeit der Forstwirtschaft in den Ländern interpretiert und durch die Unterschiede in der Waldfläche erklärt werden.

Die Besitzverhältnisse in den Regionen spielen eine große Rolle hinsichtlich der konkreten Gestaltung der lokalen Waldbestände. So sind beispielsweise in SH 49 % öffentlicher Wald (Staatswald Bund 4 %, Landeswald 29 %, Körperschaftswald 19 %) und 51 % befinden sich im Privatbesitz. In MV sind knapp 40 % in privater Hand während 60 % öffentlicher Wald (Staatswald Bund 9 %, Landeswald 41 %, Körperschaftswald 10 %) sind[18].

Der multifunktionale Ansatz der Forstwirtschaft beeinflusst in all diesen Wäldern die Bewirtschaftung, trotzdem gibt es Unterschiede. Kommunale Wälder sind beispielsweise in besonderem Maße durch Erholungsnutzung geprägt. Durch ihre Funktion als Räume zur Naherholung spielt hier die Verkehrssicherung und das Wegenetz häufig eine besondere Rolle.

In Deutschland sind die Besitzverhältnisse nahezu gleich verteilt, 52 % der Waldfläche sind öffentliche Wälder und 48 % ist in privater Hand. Wobei hier auch die Eigentumsgröße eine bedeutende Rolle einnimmt, da bspw. 50 % der Waldbesitzenden eine Waldfläche von nur 20 ha besitzen und damit eine Bewirtschaftung keine großen Einnahmen garantiert (BMEL 2014). Private Waldbesitzende mit einer Flächengröße von über 500 ha sind im Vergleich zu öffentlichen Besitzformen in der Regel primär auf finanzielle Einnahmen durch ihre Wälder fokussiert. Neben dem Holzeinschlag prägen demnach auch

[18] www.bwi.info, zuletzt geprüft am 13.11.2020

Fördermöglichkeiten den Umgang mit den Wäldern vor Ort, durch die Vergütung konkreter Bewirtschaftungsweisen, bestimmter Produkte, neuer Waldflächen oder Waldnaturschutz (siehe unten).

Die Nähe der Projektregion zur Metropole Hamburg wirkt sich auf Wald vor allem hinsichtlich verstärkter Belastungen aus: Wegen „der großen Bevölkerungs- und Wirtschaftskonzentration in Hamburg und dem stark verstädterten Umland“ und der damit zusammenhängenden gesteigerten Besucherfrequenz und Luftverschmutzung kann von einer besonderen „Schutzbedürftigkeit der Wälder“ ausgegangen werden (RP I SH 1998, S. 42). Ein großes Interesse der Bevölkerung am Wald lässt sich anhand von existierenden Wald-Bürgerinitiativen für den Kreis Stormarn belegen, der zwischen Hamburg und Lübeck angesiedelt ist. In Bezug auf Forst- und Holzwirtschaft spielt die Nähe zu Hamburg hingegen nur eine untergeordnete Rolle, sie haben eine stärkere Relevanz im ländlichen Raum. Ein Teil der deutschen Holzernte wird am internationalen Markt verkauft. Inwiefern und welche Holzmengen in der Region vermarktet werden und inwieweit es dort ein Potenzial für eine verstärkte Weiterverarbeitung gibt, ist im Laufe von VorAB zu eruieren.

Die Raumordnung in Form von Landesentwicklungs- und Regionalplänen spielt ebenfalls eine Rolle für die Gestaltung der regionalen Wälder, indem dort Landnutzungsprioritäten festgelegt und Tabuflächen für Wirtschaftstätigkeiten ausgewiesen werden.

Für die Mehrung der Waldfläche, die in beiden, die Projektregion betreffenden LEPs als Ziel benannt wird, finden sich weitere Konkretisierungen: Laut LEP SH (2010) soll dies besonders in waldarmen Regionen geschehen und in Regionen mit ökologischer Relevanz. Im RP für den Planungsraum I in SH (RP I SH, 1998) werden Waldschutz und -mehrung als ausdrückliche Ziele aufgegriffen – trotz des im Landesvergleich überdurchschnittlichen Waldanteils und der größten zusammenhängenden Waldgebiete des Landes. Im RP für den Planungsraum II wird sogar ein konkretes Ziel von 4.000 ha Neuwaldbildung festgelegt und die „nahezu waldfreie Gemeinde Stockelsdorf“ als einer der Orte hierfür benannt (RP II SH, S. 31). Da die Regionalpläne derzeit überarbeitet werden, sind die für den Wald dort eventuellen raumplanerischen Neuorientierungen genauer zu beobachten.

Für MV, das laut „Gutachtlichem Waldentwicklungsprogramm“ von Natur aus fast gänzlich von Buchenwäldern bedeckt wäre, gibt es ein feingliedriges Waldmehrungskonzept, durch das die Vergrößerung des Waldanteiles in Westmecklenburg (WM) zunächst auf 25 % und langfristig auf ca. 30 % angestrebt wird (Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Fischerei Mecklenburg-Vorpommern 2002). Die Verteilung richtet sich dabei unter anderem nach der Konkurrenz mit landwirtschaftlicher Nutzung hinsichtlich der Bodeneignung, weshalb für Nordwestmecklenburg, mit seinen für landwirtschaftliche Nutzung gut geeigneten Böden, langfristig ein Wert von 25 % und für die südlichen Teilräume der Region, mit geringwertigen Böden, ein Wert von 30-35 % angestrebt wird (RREP WM 2011). Waldmehrung wird dabei als sowohl ökologisch als auch ökonomisch sinnvoll eingeschätzt.

Einer der Gründe, der ökonomisch für eine Waldmehrung spricht, scheint dabei die Eignung des Rohstoffes Holz als Energieträger zu sein (Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Fischerei Mecklenburg-Vorpommern 2002). Die Bedeutung von energetischer Holznutzung spielt in der Projektregion eine Rolle, sie wird auch in beiden LEPs, in der Energiepolitischen Konzeption für MV (Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern 2015) und in der „Nachhaltigkeitsstrategie Zukunftsfähiges Schleswig-Holstein“ (Ministerpräsidentin des Landes Schleswig-Holstein 2004) explizit benannt. Im RP II SH (2004) werden die bereits betriebenen Holzheizkraftwerke in Ratekau und Lübeck erwähnt und die Installation neuer Anlagen zur Biomassenutzung angekündigt. Das ist kritisch zu bewerten: Die Verbrennung von Frischholz aus dem Wald stellt keinen Beitrag zum Klimaschutz dar, da das freiwerdende CO_2 direkt in der Atmosphäre landet. Aus der Energiepolitischen Konzeption für Mecklenburg-Vorpommern (Landesregierung MV 2015) geht hervor, dass bestehende Biomasseheizkraftwerke überwiegend

mit Holz betrieben werden. 100.000 t Waldholz werden so der thermischen Verwertung zugeführt[19]. In der Energiepolitischen Konzeption für MV (Landesregierung MV 2015) wird auch die Option eines Ausbaus von Kurzumtriebsplantagen (KUP) erwähnt – ihre Potenziale werden dabei jedoch in Abhängigkeit von umwelt- und agrarpolitischen Vorgaben der EU sowie dem Preisniveau für Agrarrohstoffe in Frage gestellt. Die Substitution von anderen Energieträgern durch Holz ist für die bundesweite CO_2-Bilanz kein Mehrwert, da Holz ein ineffizienter Energieträger ist (Ibisch et al. 2020a).

Die Streitbarkeit dieser Holznutzungsstrategie lässt sich auch auf Akteursebene in der Region nachvollziehen. Gerade zu Zeiten gravierender Waldschäden ist die energetische Holznutzung eine potenzielle Einnahmequelle für viele Waldbesitzende, die gerne praktiziert wird. Das, obwohl sie bei genauerer Betrachtung durch die Räumungskosten und den meist weit unter Marktwert liegenden Preis für Schadholz kaum kostendeckend ist. Der Stadtwald Lübeck seinerseits argumentiert, basierend auf wissenschaftlichen Erkenntnissen, dass ein weitgehendes Belassen von Schadholz im Wald, zugunsten eines kühleren Mikroklimas sinnvoll ist, da die verbleibende Biomasse Schatten spendet und Wasser bindet (Sturm 1993). Zudem stärkt das Schadholz die Artenvielfalt, wirkt sich günstig auf den Boden aus und bindet langfristig Kohlenstoff, welcher durch eine energetische Holznutzung sofort in der Atmosphäre landen würde.

Dieses Beispiel verweist auf ein grundlegendes Dilemma in der Waldbewirtschaftung, das sich auch in der Region manifestiert. Die konventionelle Forstbranche produziert trotz integrierter Nachhaltigkeitsprinzipien und multifunktionaler Ausrichtung in der Breite primär auf Masse, so dass ausschließlich eine Mengennachhaltigkeit und keine Nachhaltigkeit in Bezug auf ökologische Kriterien garantiert wird (Welle; Sturm; Bohr; Hofmann 2018). Es soll möglichst effizient Holz für die verarbeitende Industrie produziert werden. Dabei werden auch waldbauliche Entscheidungen mit der Vermarktbarkeit begründet: Beispielsweise geben viele Sägewerke aus technischen Gründen einen Maximaldurchmesser für Baumstämme an, nach dem sich Forstleute bei der Holzernte richten. Dies führt dazu, dass die Bäume in Deutschland sehr jung und sehr früh geerntet werden, so dass kaum noch alte, für das Ökosystem bedeutsame, Baumbestände vorhanden sind. Lediglich 4,5 % der naturnahen alten Baumbestände gibt es noch in Deutschland (ebd.).

Gerade angesichts klimatischer Veränderungen und sichtbaren Schäden am Ökosystem Wald gibt es jedoch auch Akteur*innen die umdenken. Es finden sich in der Region Waldbesitzende, waldbezogene Dienstleister*innen und holzverarbeitende Betriebe, die sich von Massenverarbeitung distanzieren und ihren Fokus vor allem auf eine schonende Bewirtschaftung des Waldes und eine Langlebigkeit holzbasierter Produkte legen. Inwiefern unterschiedliche Natur- und Bewertungsvorstellungen hinter diesen konfliktreichen diametral entgegengesetzten waldwirtschaftlichen Ausrichtungen stehen, ist eines der Untersuchungsperspektiven in VorAB.

Einen alternativen Handlungsansatz stellt das „Lübecker Waldmodell“[20] dar, das auf ökologischen Erkenntnissen basiert. Es ist weit über regionale Grenzen hinaus bekannt und wird durch offensive Medienarbeit nach außen präsentiert. In Auseinandersetzungen um den „richtigen“ Umgang mit Wald wird es – beispielsweise von Bürger*innen der Forstbranche gegenüber – oftmals als Vorbild benannt. Entsprechend firmiert der Lübecker Stadtwald als regelrechtes Feindbild für Verfechter*innen der konventionellen waldbaulichen Praxis, was sich potenziell auch in regionalen Akteursbeziehungen niederschlägt.

[19] https://www.regierung-mv.de/Landesregierung/em/Energie/Biomasse/, zuletzt geprüft am 06.11.2020.

[20] https://www.luebeck.de/de/rathaus/verwaltung/stadtwald/waldkonzept/index.html, zuletzt geprüft am 19.01.2021.

Der Ausbau einer regionalen Holzverarbeitung im Sinne dieser alternativen Akteur*innen wird dadurch erschwert, dass es an Infrastruktur fehlt, beispielsweise an einem Sägewerk in der Region das dimensionsstarkes Qualitätslaubholz verarbeiten kann.

Waldpolitisch relevante Regelungen:

Für die Waldpolitik in der VorAB-Region sind verschiedene Regelungsebenen wirksam. Neben dem Bundeswaldgesetz (BWaldG) existieren Regelungen auf Bundeslandesebene und Entwicklungsprogramme auf Regionalebene.

Rechtliche Grundlagen der forstlichen Handlungskonzepte sind durch das BWaldG gerahmt und durch die Landeswaldgesetze (LWaldG SH und LWaldG MV) konkretisiert. Hier sind die Schutz-, Nutz- und Erholungsfunktion als die drei grundlegenden Waldfunktionen festgeschrieben. Regional stehen manchmal jedoch einzelne Waldfunktionen besonders im Vordergrund (wie beispielsweise die Erholungsfunktion in dicht besiedelten Gebieten). Für beide Bundesländer existieren Waldfunktionen-Kartierungen, die unter anderem dazu dienen, Waldbesitzende über die besonderen Funktionen ihrer Wälder zu informieren. Sie haben eine Orientierungsfunktion, jedoch keinen rechtlich bindenden Charakter.

Für die Staatswälder und Körperschaftswälder werden durch die jeweiligen Forstbehörden bzw. Landesforsten sogenannte Forsteinrichtungswerke erarbeitet (in MV aufbauend auf einer forstlichen Rahmenplanung und einem darauf aufbauenden Gutachtlichen Waldentwicklungsprogramm), die die Ziele für die regionale Waldbewirtschaftung auf zehn Jahre vorgeben. Hinsichtlich der Zielerreichung haben die verantwortlichen Forstleute auf der Fläche großen Spielraum.

Die LEPs SH (2010) und MV (2016), sowie die regionalen Entwicklungsprogramme geben hinsichtlich der Waldmehrung konkrete Ziele vor, sonst ist lediglich wiederholt von verschiedenen Wohlfahrtwirkungen der Waldfunktionen die Rede und deren Sicherung durch die ordnungsgemäße Forstwirtschaft. Der Begriff ordnungsgemäß legt nahe, dass mit der konventionellen Forstwirtschaft alles seine Ordnung hat, Qualitätsstandards festgelegt sind. Dass es dazu einen langjährigen und höchst konfliktreichen Diskurs gibt, geht dabei unter. Zertifizierungen für forstliche Betriebe spielen ebenfalls eine Rolle in der Frage von forstlichen Gestaltungsspielräumen. Wichtig sind vor allem zwei Zertifizierungsansätze, das „Programme for the Endorsement of Forest Certification Schemes“ (PEFC) und der „Forest Stewardship Council“ (FSC). Beide sind international tätig – während der FSC in seiner Entstehung auf eine Initiative von Umwelt- und Menschenrechts-NGOs zurückzuführen ist, ging die Gründung des PEFC stärker von forst- und holzwirtschaftlichen Zusammenschlüssen aus und kann als forstwirtschaftliche Antwort auf den naturschutzorientierten FSC gesehen werden. In Deutschland spielt zudem das Naturland-Umweltzeichen eine Rolle, mit dem sich Betriebe zertifizieren lassen können, die eine ökologische Waldnutzung betreiben. Es liegen im aktuellen Stand der Recherche keine Zahlen dazu vor, in welchem Umfang sich zertifizierte Betriebe in der Projektregion finden. In der weiteren Erhebung wird die Frage nach Zertifizierungen jedoch eine wesentliche Rolle spielen.

Im BWaldG findet die besondere Bedeutung des Waldes mit seinen zahlreichen Systemleistungen und seinem wirtschaftlichen Wert Beachtung. Dieses Gesetz fordert unter anderem eine Förderung der Forstwirtschaft (BWaldG). Allerdings wurden im Rahmen des Urteils des Bundesverfassungsgerichts (BVG) vom 31.05.1990[21] die Waldbewirtschaftung und die damit zu verfolgenden Ziele präzisiert. Insbesondere die Bewirtschaftung der öffentlichen Waldfläche (Körperschafts- und Staatswald), die 52 % der gesamten Waldfläche Deutschlands ausmacht, dient vor allem der Umwelt- und Erholungsfunktion

[21] BVerfG, Beschluss vom 31. Mai 1990 – 2 BvL 12/88, 2 BvL 13/88, 2 BvR 1436/87 -, BVerfGR 82, 159-198, Rn 117,118 (juris); auch Rn. 110, 111.

und nicht zur Sicherung von Absatz und Verwertung forstwirtschaftlicher Erzeugnisse. Das heißt die Gleichrangigkeit der Nutz-, Schutz- und Erholungsfunktion, die im BWaldG verankert sind, kann durch das Urteil des BVG für den öffentlichen Wald als neugeordnet angesehen werden. Hier wird explizit die ökologische und soziale Bedeutung des Waldes vor die ökonomischen Ziele gesetzt. Inwiefern dieses Urteil wie in den öffentlichen Wäldern der VorAB-Region ausgelegt wird und sich darüber andere Gestaltungssäume öffnen, wird im Laufe der Verbunduntersuchungen geklärt werden.

Waldpolitisch relevante Förderprogramme:

Förderprogramme für Waldbesitzende sind in Deutschland sehr vielfältig. Sie beinhalten Maßnahmen für forstwirtschaftliche Zusammenschlüsse, wie Waldpflegeverträge oder gemeinschaftliche Bewirtschaftungsmodelle, Förderungen für naturnahe Waldbewirtschaftung, Waldschutzmaßnahmen, Anpassungsstrategien an den Klimawandel oder Steigerungen des Erholungswertes. Die forstliche Förderung ist jedoch von den jeweiligen Bundesländern und deren Landesentwicklungsplänen abhängig und variiert daher sehr stark, auch hinsichtlich ihrer Voraussetzungen[22].

Für die Bundesländer SH und MV ergeben sich einige Fördermaßnahmen, welche von der EU, dem Bund und den Bundesländern angeboten werden. Zu den wichtigsten Programmen zählt zum einen die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK), die für den Förderbereich Forsten sechs Maßnahmengruppen aufgestellt hat, wobei die Gruppe „Naturnahe Waldbewirtschaftung“ 2019 in beiden Ländern den höchsten Förderanteil erhalten hat (BMEL 2020a, BMEL 2020b,[23])

Der „Europäische Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums“ (ELER), hat das Ziel einer Schaffung eines attraktiven, wirtschaftsstarken ländlichen Raums bei gleichzeitiger Verbesserung der Ökosysteme sowie Ressourceneffizienz und Klimaresistenz. Er wird in den Bundesländern unterschiedlich umgesetzt[24]. Das aktuelle Programm in MV gewährt Zuwendungen für den „Laubholzunterbau in kalamitätsgefährdeten [Gefährdung durch schwere Käferschäden, Anm. der Autor*innen] Wäldern“, Maßnahmen zur Waldbrandvorsorge sowie die „Steigerung des Freizeitwertes der Wälder“[25]. Für SH finden sich Teilmaßnahmen wie bspw. „Waldumbau“, „Wiederaufbau nach Naturkatastrophen“, Aus- und Fortbildung, Modernisierung ländlicher Wege sowie ländlicher Tourismus und Naturschutz/ Landschaftspflege (wobei forstwirtschaftliche Akteur*innen für die letztgenannten Maßnahmen nicht explizit als Zielgruppe aufgeführt sind)[26].

2013 wurde zudem der bundesweite Waldklimafonds ins Leben gerufen, der zum Erreichen der Klimaschutzziele beitragen soll. Hierfür werden Projekte gefördert, welche sich zur Aufgabe genommen haben, die Anpassungsfähigkeit des Waldes an den Klimawandel und das Kohlenstoffdioxid-Minderungspotenzial von Wald und Holzprodukten zu steigern (Fachagentur Nachwachsende Rohstoffe e. V. 2019).

MV gehört außerdem zu den wenigen Bundesländern, in dem das Holzrücken mit Pferden – einem sehr bodenschonenden Ernteverfahren im Vergleich zum maschinellen Einsatz mit Vollerntemaschinen – vom Land finanziell gefördert wird (BMWi 2020).

[22] Ansprechpartner*innen für eine Förderberatung sind für Schleswig-Holstein die Landwirtschaftskammer mit ihren Bezirksförstereien und für Mecklenburg-Vorpommern die Forstämter.

[23] https://www.service.m-v.de/foerderfibel/, zuletzt geprüft am 19.01.2021.

[24] https://www.europa-mv.de/foerderinstrumente/fonds_mv/eler/, zuletzt geprüft am 19.01.2021.

[25] http://service.mvnet.de/_php/download.php?datei_id=155917, zuletzt geprüft am 19.01.2021.

[26] https://docplayer.org/112866164-Eler-wie-funktioniert-das-informationsveranstaltung-fuer-die-partner-des-lplr.html, zuletzt geprüft am 19.01.2021.

Waldbesitzer*innen können ebenfalls Einnahmen über ihre Wälder generieren, indem sie ein Ökokonto für ihren Wald anlegen, für den sie dann durch bestimmte ökologisch wertvolle Maßnahmen, deren Art und Wert die Länder individuell festlegen, Ökopunkte erhalten. Bewertet werden Maßnahmen mit Einfluss auf „Boden, Wasser, Klima/ Luft, Biotope und Arten sowie das Landschaftsbild. Die Maßnahmen müssen über die Standards hinausgehen, zu deren Durchführung die Waldbesitzenden nach den geltenden rechtlichen (z. B. forst- oder naturschutzrechtlichen) Bestimmungen ohnehin verpflichtet sind.“ (Naturwald Akademie 2017, S. 10)

Diese können sie dann im Rahmen von Ausgleichsmaßnahmen an Dritte, wie z. B.: Bauherren, verkaufen (ebd.). Die Höhe der Ökopunkte und die Kriterien für ihren Erhalt fallen in den Bundesländern unterschiedlich aus.

Im Rahmen der drei Dürrejahre (2018, 2019, 2020) und den dadurch angefallenen Schadholzmengen von 178 Millionen Kubikmetern und 285.000 ha wieder zu bewaldender Fläche wurden von der Bundesregierung Fördermaßnahmen für Waldbesitzende in Aussicht gestellt (BMEL 2020a) . Eine in diesem Jahr einberufene Agrarminister*innen Konferenz von Bund und Ländern hat eine flächenbezogene Waldprämie abgelehnt. Fehler wie in der Landwirtschaft sollten hier nicht wiederholt werden, d. h. es werden keine Subventionen pro Hektar verteilt, sondern nur für Maßnahmen, die dem Arten- und Klimaschutz dienen. Eine abschließende Regelung wurde bis dato noch nicht verabschiedet.

Waldpolitisch relevante Kooperationen und Vernetzungen:

Anhand der verschiedenen Waldfunktionen lassen sich ganz unterschiedliche, forstpolitisch relevante Vernetzungen identifizieren. Viele sind auf Bundesebene tätig, haben aber Landes- oder gar Ortsverbände. Zu verschiedenen Themen werden durch politische Träger*innen auch immer wieder Expert*innenrunden veranstaltet.

Zur Erholungsnutzung, für die keine spezifisch waldbezogene Interessensvertretung existiert, wurde beispielsweise 2017 die Bundesplattform „Wald – Sport, Erholung, Gesundheit“ gegründet. Hier verhandeln Sport- und Freizeitverbände mit anderen Interessensvertreter*innen, dem Deutschen Städte- und Gemeindebund, dem Deutschen Tourismusverband, dem Verband Deutscher Naturparke sowie Vertreter*innen von Politik und Wissenschaft über erholungsbezogene Regelungen und Bedürfnisse.

Auf Ebene der Nutzfunktion finden sich Interessensvertretungen von Forstwirtschaft (z. B. Deutscher Forstwirtschaftsrat) und Waldbesitzenden (z. B. Arbeitsgemeinschaft Deutscher Waldbesitzerverbände – die Waldeigentümer) sowie vielfach regional ausgerichtete Forstbetriebsgemeinschaften und Waldbesitzerstammtische. Auch holzwirtschaftliche Interessensvertretungen können starken Einfluss auf Waldpolitik ausüben.

Für den Waldnaturschutz und eine ökologische Waldbewirtschaftung engagieren sich viele der großen Naturschutzverbände (z. B. NABU, BUND, Greenpeace). Mit der Naturwald Akademie gibt es hierzu eine ausschließlich in der Projektregion vorkommende Institution. Sie forscht nicht nur zu Naturwäldern, sondern vernetzt und berät auch Akteur*innen aus Praxis und Politik zu dem Thema. Das in der Region entwickelte und angewendete „Lübecker Waldmodell“ wiederum ist ein im Forstbereich einmaliges Beispiel für die transdisziplinäre, beteiligungsorientierte Konzeption waldbaulichen Handelns. Während klassische forstliche Akteur*innen Naturschutzinstitutionen oftmals als regelrechte Gegenspieler*innen wahrnehmen, wurde die Zusammenarbeit hier aktiv gesucht. Im Lübecker Waldmodell stehen Gemeinwohlorientierung, ökosystemare Zusammenhänge und Naturdynamik im Fokus, ökonomische Interessen werden zwar verfolgt, aber nur in Vereinbarkeit mit besagten Prinzipien. Anhand einer Lernorientierung durch Referenzflächenerfahrung wird Naturschutz zum konsequenten und integralen Bestandteil der Bewirtschaftung gemacht.

Mit der Schutzgemeinschaft Deutscher Wald (SDW) und der AG Naturgemäße Waldwirtschaft (ANW) finden sich zwei bundesweit agierende Vereine mit Fokus auf Waldnaturschutz. Allerdings stehen für die ANW explizit ökonomische Ziele „im Vordergrund“[27] und auch die SDW solidarisiert sich öffentlich eher mit der Forstwirtschaft als mit Naturschutzzielen.

Jagdverbände und Kreisjägerschaften lassen sich keiner der drei Funktionen eindeutig zuordnen, da die Motive für die Jagd sowohl auf ökologischer als auch waldbaulicher Ebene angesiedelt sein können und Jagd ebenso als Freizeitbeschäftigung dienen kann. Jäger*innen haben jedoch häufig und gerade in ländlichen Räumen eine starke Lobby für ihre Anliegen. Insbesondere für die Frage nach artgerechter Tiernutzung gerät Wildfleisch und ökologische Jagd erneut und anders in den Fokus – auch bei VorAB.

*3.3.1.2 Akteur*innen*

Die von VorAB recherchierten Akteur*innen im Bereich Waldwirtschaft zeigen die große Spannbreite der Branche. Sie stehen für die verschiedenen Positionen und Funktionen innerhalb der Wertschöpfungskette. Es finden sich also Urproduzent*innen des Rohstoffes Holz, Sägewerke, die das Holz bearbeiten, verarbeitende Betriebe von Holz, wie Schreiner*innen, Tischlereien und Kunsthandwerker*innen, oder auch von Wildfleisch. Zudem finden sich Dienstleister*innen in den Bereichen Holzernte, Freizeit oder auch Bildung, Beratung und Forschung. Auch Händler*innen von Holz und dessen Produkten zählen zu den Akteur*innen.

Stärker als in den anderen Transformationsfeldern sind hier auch konventionell wirtschaftende Akteur*innen vertreten. Dies ist dadurch zu begründen, dass diese Akteur*innen

1. in der Projektregion eine wichtige Rolle spielen: Sie sind mit dem Transformationsfeld und den in ihm agierenden Akteur*innen eng verflochten, stehen in intensivem Austausch oder aktiver Beziehung zu ihnen. Bspw. indem sie Dienstleistungen für andere Betriebe ausführen, eine Vorbildfunktion ausüben oder eine Funktion in der Wertschöpfungskette ausfüllen, für die es kein Pendant mit avantgardistischen Zügen gibt (bspw. Sägewerke & Holzhändler*innen)
2. Potenziale für eine Öffnung in Richtung avantgardistischer Handlungsansätze aufweisen.

Insgesamt zeigt sich im Transformationsfeld Wald eine größere Homogenität der Akteur*innen als in der Land- und Energiewirtschaft. Die Vielfalt und Anzahl avantgardistischer Ansätze scheint in diesem Bereich kleiner zu sein. Dieser Umstand kann als Hinweis auf einen starken „Mainstream“ in diesem Transformationsfeld gedeutet werden. Dieser entsteht einerseits durch eine enge, historisch gewachsene Verbindung zwischen Forstwirtschaft, -wissenschaft, -verwaltungen und den entsprechenden Ministerien (Morisse-Schilbach; Werland 2009) und andererseits durch einen engen Schulterschluss zwischen Akteur*innen der Forst- und Holzbranche, der durch den „Cluster Forst und Holz“ wirtschaftlich repräsentiert wird.

[27] https://www.anw-mv.de/index.php?id=55 , zuletzt geprüft am 21.10.2020.

3.3.2 Transformationsfeld Energie

Christine Katz

Für das Transformationsfeld Energie werden in Kapitel 3.3.2.1 die vielfältigen Umfeld- und Rahmenbedingungen beschrieben und damit die Strukturen, auf die die Akteur*innen treffen und die ihr Handeln mitprägen. Dies schließt auch die Darstellung von Kooperationen und Konflikten in diesem Transformationsfeld ein. Im später folgenden Kapitel 3.3.2.2 werden die zum Transformationsfeld Energie zugehörig recherchierten Akteur*innen aus der VorAB-Region zusammenfassend vorgestellt.

3.3.2.1 Umfeld- und Rahmenbedingungen

Die regionale Energiewirtschaft, ihre Ausrichtung und Transformation hin zu einer Orientierung am Leitbild Nachhaltigkeit ist nicht nur abhängig von Regelungs- und gesetzlichen Rahmensetzungen auf der Bundesebene wie dem Klimaschutzabkommen von Paris (2015), dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) sowie den diese Rahmenvereinbarungen bzw. Gesetze operationalisierenden Regelwerken auf Landesebene. Darüber hinaus spielt insbesondere mit Blick auf Erneuerbare Energien (EE) die Raumordnung, d. h. die Landesentwicklungspläne und die sie konkretisierenden Regionalpläne, eine zentrale Rolle. Denn hier werden die Gestaltungsspielräume festgelegt. Bspw. werden dort Flächen für EE ausgewiesen bzw. Tabugebiete bestimmt, Umweltwirkungen von Maßnahmen abgeschätzt und die Möglichkeiten bürgerlicher Mitgestaltung definiert. Auch über die Förderpolitik findet ein Einfluss auf die Ausgestaltung regionaler Energiewirtschaft statt. Denn welche thematischen Schwerpunkte in der Region gesetzt werden, was gefördert wird, welche Modellprojekte initiiert werden, die gezielt auf die regionale Energiepolitik und Entwicklung einer EE-Wirtschaft setzen, hängt nicht unmaßgeblich auch davon ab, welche Förderprogramme aufgelegt und von den zuständigen Organen auf der regionalen und lokalen Ebene aktiv ausgeführt werden. Dies wiederum ist unter anderem auch abhängig von gewachsenen und gelebten Kooperationen und Vernetzungen und räumlichen Gegebenheiten. Dahinter steht bedingt eine gemeinsame (system)politische Geschichte und deren stete Anpassung und Weiterentwicklung in einer zunehmenden europäischen Zusammenarbeit und Regulierung.

Im Projekt VorAB wird im Transformationsfeld Energie auf Bürgerenergien fokussiert, weil sie für einen demokratischen Mitgestaltungsanspruch stehen, der auf die Veränderung von Stadt-Land-Beziehungen und deren gegenseitige Bewertung einwirkt. Es ist daher besonders interessant, wodurch Bürgerenergien gefördert bzw. blockiert werden, welche Gestaltungsspielräume in der Region und den darauf zielenden Regelwerken dafür bestehen.

Im Folgenden wird kurz auf die energiepolitische Ausgangslage, die Regelungsebene sowie Förderprogramme und Kooperationen, die in diesem Transformationsfeld relevant sind, eingegangen.

Ausgangslage im Transformationsfeld Energie

Wirtschaftliche Verhältnisse:

Die Energiewirtschaft in Deutschland hat sich im Spannungsverhältnis einer nationalen Ordnungsstruktur und regionaler Monopole einerseits und der Ebene der kommunalen Energieversorgungsunternehmer (EVU, Stadtwerke), die verantwortlich sind für die Daseinsvorsorge andererseits, entwickelt. Während in der DDR die Ebene der kommunalen Versorgungsstrukturen im Grunde obsolet war, weil die landesweite Energieversorgung mehr oder weniger zentralistisch geplant wurde, behielt die Bundesrepublik die zweigeteilte Struktur im Wesentlichen bei. In den 1990er Jahren wurde in den neu hinzugekommenen Bundesländern die kommunale Versorgungsstruktur wiederhergestellt (Tegethoff 2000).

Mit der schrittweisen Liberalisierung des Energiemarktes und im Zuge der Energiewende ist die wirtschaftliche Bedeutung von EE in den letzten 20 Jahren kontinuierlich gewachsen. 2017 trugen sie 33 % zur Bruttostromerzeugung in Deutschland bei. Auch die Landesregierungen von Schleswig-Holstein (SH) und Mecklenburg-Vorpommern (MV), wo die VorAB-Region liegt, räumen den EE einen deutlichen Vorrang ein. Denn zum einen sehen sie in ihnen ein großes ökonomisches Potenzial, zum anderen geht es darum, die Vorgabe des Bundes, bis 2050 80 % des benötigten Stroms aus EE zu gewinnen und den Ausstoß von Treibhausgasen um 80 % bis 95 % zu verringern, zu erfüllen. Allerdings bestehen Zweifel darüber, inwiefern die bisherigen EE-Ausbauziele aufgrund des absehbar stark steigenden Strombedarfs ausreichen und inwiefern die aktuelle Politik überhaupt konsistent ist, mit einer Einhaltung der Vorgabe „deutlich unter 2°C“ (vgl. die beiden Studien Okt. 2020, „CO_2-Neutralität bis 2035“ und „Klimaneutrales Deutschland“[28]). Besondere Bedeutung wird dabei der Wind- und Bioenergie zugesprochen[29] (vgl. auch Landesverband Erneuerbare Energien Mecklenburg-Vorpommern e.V. [LEE-MV] 2018). Insbesondere letztere ist jedoch nicht unumstritten. Hauptstreitpunkt ist der Verbrauch von Ackerfläche (und damit Fläche für die Produktion von Nahrungsmitteln) für Energiepflanzen[30]. Die Landesregierung sieht große Vorteile der Bioenergie im Vergleich zu den meisten anderen EE in der Grundlastfähigkeit, der Speicherbarkeit und der flexiblen Nutzbarkeit (Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern 2015, S. 29).

Die geographische Lage der VorAB-Untersuchungsregion in SH und MV mit Anteilen an der Ostseeküste, weiträumigen Landwirtschaftsflächen und einer vergleichsweise niedrigen Bevölkerungsdichte bietet hervorragende Voraussetzungen für den Einsatz von Windenergieanlagen; auch die mit wesentlich größerer Vorsicht einzusetzende Biomasseerzeugung ist hier in Maßen möglich (Kuhlmann; Putt 2018).

MV konnte als erstes Bundesland seinen Stromverbrauch komplett über EE decken, der Anteil der Erneuerbaren am gesamten Primärenergieverbrauch liegt bei 37 Prozent (2014)[31]. Sein Strommix ist charakterisiert durch einen 61%-igen Anteil EE an der Stromerzeugung im Land (60% davon aus Windenergie). Dieser Anteil soll bis 2040 auf > 500% (50 Mrd. kWh) steigen, im Wärmebereich bis 2020 auf über 20% und bis 2040 schrittweise auf 100% durch Erd- u. Umweltwärme, Bioenergie, Solarthermie und Strom (power to gas, power to heat) erhöht werden[32].

[28]https://wupperinst.org/p/wi/p/s/pd/924/ und https://www.agora-energiewende.de/veroeffentlichungen/klimaneutrales-deutschland-zusammenfassung, zuletzt geprüft am 11.11.2020.

[29] Der Landesverband Erneuerbare Energien Mecklenburg-Vorpommern e. V. (LEE MV) fordert eine 100 Prozent-Umstellung auf EE in allen Bereichen in MV bis 2040. Zur optimalen Ausnutzung aller erneuerbaren Potenziale im Land hat die Arbeitsgruppe Bioenergie des LEE MV ein Konzept „Zukunft der Bioenergie in MV“ erarbeitet. Die Bioenergie ist mit 25 % der bedeutsamste erneuerbare Primärenergieträger in MV und der drittwichtigste Energieträger der Stromerzeugung nach Wind und Kohle sowie der wichtigste erneuerbare Energieträger in der Wärmeerzeugung und der Mobilität (https://lee-mv.de/wp/2018/10/22/ohne-bioenergie-keine-energiewende-in-mv/ zuletzt geprüft am 20.11.2020). Die Arbeitsgruppe sieht Chancen auf eine Verdopplung des Bioenergieanteils bis 2040 um das Ziel 100% EE in allen Verbrauchssektoren in MV.

[30] Vgl. z. B. https://www.umweltbundesamt.de/themen/klima-energie/erneuerbare-energien/bioenergie#bioenergie-ein-weites-und-komplexes-feld, zuletzt geprüft am 30.10.2020.

[31] https://www.regierung-mv.de/Landesregierung/em/Energie/, zuletzt geprüft am 05.09.2020. https://www.foederal-erneuerbar.de/landesinfo/bundesland/MV/kategorie/top%2010/auswahl/289-anteil_erneuerbarer_/#goto_289, zuletzt geprüft am 20.02.2021.

[32] Statistisches Bundesamt; Bereich Energie; Stand: 20. Oktober 2013, zit. in Landesverband Erneuerbare Energien Mecklenburg-Vorpommern e.V. (LEE-MV) (2018)

In SH macht der EE Anteil am Primärenergieverbrauch 31.1% aus, 69% des Stromverbrauchs wird über EE gedeckt[33]. In einem Bundesländervergleich der Gesamtanstrengungen im Bereich EE nimmt SH den Spitzenplatz und MV den fünften Platz ein (Diekmann et al. 2019).

MV nimmt in Deutschland einen Spitzenplatz bei der Nutzung der Windenergie ein. Nach Erhebungen des Deutschen Windenergie Instituts (DEWI) und der Deutschen WindGuard GmbH wurden im Jahr 2019 in MV 40 neue Windkraftanlagen (WKA) mit einer Leistung von 126 MW gebaut. Insgesamt stehen dort nun 1.942 Anlagen mit einer kumulierten Leistung von 3.473 MW[34].

Derzeit werden im Rahmen von gesonderten Teilkonzepten weitere Windenergieeignungsgebiete ausgewiesen. Im Kreis Nordwestmecklenburg (NWM) stehen 133 WKA (Produktionsleistung: 209 MW), im Landkreis Ludwigslust-Parchim (LUP) 273 WKA (490 MW). Auch in SH machen EE bereits einen überdurchschnittlichen Anteil an der Energieversorgung aus. Windkraft leistet dabei den höchsten und kosteneffizientesten Beitrag. Im Juni 2020 waren fast 3000 genehmigungspflichtigen Onshore WKA installiert. Weitere rund 177 Anlagen befinden sich kurz vor Inbetriebnahme[35]. Sowohl an Land als auch auf dem Meer ist der Ausbau zuletzt allerdings stark eingebrochen und liegt weiter unter dem für Klimaneutralität 2050 oder gar schon 2035 notwendigen Zahlen. Klimawandelbedingt dürfte es hier in den kommenden Jahren zu intensiven Diskussionen um einen beschleunigten Ausbau kommen.

Mit insgesamt 201 Petajoule Primärenergieverbrauch (2019) ist MV der zweitkleinste Primärenergieverbraucher unter den Bundesländern. (SH: 425 Petajoule) (BDEW Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft e.V., 2020). Zugleich ist sein Anteil von 37 % EE (SH: 24,4 %) der höchste unter den Ländern. Auch bzgl. des EE-Anteils an Fernwärme liegt MV in der Spitzengruppe.[36] 2018 produzierte auch SH Strom zu rund 150 % aus EE und nimmt mit diesem Überschuss einen Spitzenplatz beim Ausbau der Stromerzeugung aus EE ein.[37]

In der VorAB-Region liegen für nahezu jeden Landkreis Verbrauchsdaten für alle Energieformen auf Gemeindeebene vor, jedoch wenige zum Anteil der EE. Eine Zusammenstellung vorhandener Zahlen zur Frage, welcher Anteil der in der Untersuchungsregion produzierten EE (und welche) in den Landkreisen konkret verbraucht und wie viel davon von Bürgerenergien (Energiegenossenschaften) produziert wird, steht noch aus. Des Weiteren fehlt eine Abschätzung der in den Branchen der EE beschäftigten Menschen auf Landkreisebene. In ganz SH waren 2015 rund 18.400 Menschen in diesem Sektor beschäftigt, wie eine Studie der Gesellschaft für Wirtschaftliche Strukturforschung (GWS) und der Agentur für Erneuerbare Energien zeigt[38]. 9.700 Arbeitsplätze davon im Wind Onshore, 2.500 im Wind Offshore-Bereich, 5.100 im Bereich Biomasse und 700 im Bereich Photovoltaik, die verbleibenden 400 verteilt auf Solar- und Geothermie. Erheblicher Nachholbedarf besteht beim Einsatz von EE im Wärme- (und im Mobilitäts-)bereich.

MV profitiert zwar in besonderem Maße vom Ausbau der EE-Branche, die Anzahl der Beschäftigten ist allerdings rückläufig (14.740 in 2013/ 14.050 im Jahr 2015). Ein erneuter Zuwachs von mind. 10.000 auf über 25.000 Arbeitsplätze wird jedoch bis 2025 erwartet (vgl. Laschewski et al. 2015). In MV findet

[33] https://www.kn-online.de/Nachrichten/Schleswig-Holstein/Strom-im-Norden-69-Prozent-erneuerbare-Energien, zuletzt geprüft am 05.09.2020. https://www.foederal-erneuerbar.de/startseite, zuletzt geprüft am 20.02.2021.

[34] https://www.wind-energie.de/themen/zahlen-und-fakten/bundeslaender/, zuletzt geprüft am 28.10.2020.

[35] https://www.schleswig-holstein.de/DE/Landesregierung/Themen/Energie/Windenergie/windenergie.html, zuletzt geprüft am 26.08.2020.

[36] vgl. auch www.lee-mv.de, zuletzt geprüft am 20.11.2020

[37] https://www.schleswig-holstein.de/DE/Landesregierung/V/Presse/PI/2018/1118/181109_Strom2017.html, zuletzt geprüft am 10.10.2020.

[38] Die Studien sind zitiert unter https://www.schleswig-holstein.de/DE/Landesregierung/Themen/Energie/ErneuerbareEnergien/erneuerbareenergien.html, zuletzt geprüft am 28.08.2020.

die Energieerzeugung vorrangig dezentral statt. Insgesamt 70 % der Energieversorgung wird über die Kommunen bereitgestellt – bundesweit der höchste Wert (Landesverband Erneuerbare Energien Mecklenburg-Vorpommern e.V. 2018, S. 17).

Energiepolitische Ziele:

MV hält an den Zielen der „Energiepolitischen Konzeption der Landesregierung" (Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern 2015) fest, in der der verstärkte Ausbau aller EE und der vorhandenen Umwelt-und Energietechnologien sowie die besondere Förderung von Pilotprojekten zur Sektorenkopplung, Speicherung und Netzstabilität festgelegt wurde. Die Landesregierung von MV strebt einen ausgewogenen Energiemix an, mit einem Schwerpunkt auf der Windenergie. Durch EE, durch Energieeinsparung insbesondere im Wärme-und Verkehrsbereich sowie durch umfassende Klimaschutzmaßnahmen sollen laut der Energiepolitischen Konzeption der Landesregierung (ebd., S. 63) die CO_2-Emmissionen bis 2020 gegenüber 1990 um mehr als 40 % (40PLUS) reduziert werden. Der Landesverband für Erneuerbare Energien in MV e.V. fordert bis 2050 CO_2–Neutralität und möchte den Energieverbrauch um ca. 50 % bis 2040 reduzieren. Größte Einsparpotenziale werden im Wärmebereich gesehen – 60 % Einsparung bis 2040 sind anvisiert (Landesverband Erneuerbare Energien Mecklenburg-Vorpommern e.V.)[39]. Über den Ausbau der EE soll jedoch auch die Stellung MVs als Energieexportland ausgebaut werden (will bis 2025 ca. 6.5 % des zukünftigen Strombedarfs in Deutschland bereitstellen). Damit dies gelingt müssen die Wertschöpfungsketten im Land vertieft und verbreitert werden, müssen EE-Zu- und Netzausbau synchronisiert werden und muss es v. a. gelingen, Bürger*innen an der Energiewende teilhaben zu lassen. MV hat außerdem den Aufbau eines Windenergieclusters als Plattform für Markterschließung und Ansiedlung weiterer Unternehmen, insbesondere auch Zulieferfirmen für die Windenergiebranche beschlossen (Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern 2015).

Auch SH verfolgt ehrgeizige energiepolitische Ziele. Bis 2020 sollen die Treibhausgas-Emissionen um 40 % gegenüber 1990 gesenkt, die Energieproduktivität in den Landesliegenschaften gegenüber 1990 verdoppelt, der Anteil der EE am Endenergieverbrauch auf über 50 % (80-95 % bis 2050) gesteigert, mindestens 37 TWh Strom aus EE im Jahr 2025 und mindestens 22 % Anteil Wärme aus EE am Endenergieverbrauch Wärme bis 2025 erreicht werden[40]. Zur weiteren Förderung der EE wurden in der Teilfortschreibung der Regionalpläne neue Eignungsflächen für die Windenergie ausgewiesen, die aktuell bei ca. 1,7 % der Landesfläche stehen. Ein besonderer Fokus galt und gilt weiterhin der Stärkung der kommunalen und regionalen Energieversorgung – u. a. um zur Entwicklung und Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Wirtschaft beizutragen. Es geht um den Aus- und Neubau dezentraler, regional beziehungsweise überörtlich bedeutsamer Erzeugungsanlagen (Ministerium für Inneres, ländliche Räume, Integration und Gleichstellung des Landes Schleswig-Holstein o.J.).

Die Windkraft soll in SH und MV also weiter ausgebaut werden – durch die Ausweisung neuer, die Erweiterung vorhandener Windeignungsgebiete sowie das Repowering von Altanlagen[41]. Was das genau für die VorAB-Untersuchungsregion bedeutet, z. B. welche Vorrangflächen in welchen Landkreisen mit welchen Chancen und Problemen für Bürgerenergiegenossenschaften behaftet sind, ist im weiteren Projektverlauf zu klären. Derzeit sind in MV insgesamt ca. 100 Eignungsgebiete mit einer Fläche

[39] www.lee-MV.de, zuletzt geprüft am 20.10.2020.

[40] https://www.schleswig-holstein.de/DE/Fachinhalte/K/klimaschutz/energiewendeKlimaschutzgesetz.html, zuletzt geprüft am 19.01.2021.

[41] Unter Repowering versteht man zumindest in Deutschland den vollständigen Austausch älterer Windkraftanlagen gegen moderne, leistungsfähigere Modelle. Es bietet die Chance, bestehende Standorte mit einer geringeren Zahl an technisch optimierten WKAs effizienter zu nutzen und ist damit ressourcenschonender und wohnumfeldfreundlicher.

von rd. 13.000 ha ausgewiesen[42]. Im Rahmen der Neuaufstellung der Regionalen Raumentwicklungsprogramme (RREPs) kommen sicher noch einige mehr hinzu. Im zweiten Entwurf der Teilfortschreibung des RREP Westmecklenburg (WM), Kapitel Energie und Siedlungsfläche von 2013 sind bspw. 47 Eignungsgebiete mit einer Gesamtfläche von ca. 6.000 ha (0,9 % der Regionsfläche) enthalten (RREP WM 2011). Weitere ca. 750 ha (0,1 % der Planungsregion) sollen als sogenannte „bedingte" Eignungsgebiete ausgewiesen werden und können dann genutzt werden, wenn Windenergieanlagen in benachbarten Windparks zurückgebaut werden müssen[43].

In der Fortschreibung der Regionalpläne, die für die VorAB Region ausschlaggebend ist, sind für den neuen Planungsraum III (s.u. Energiepolitisch relevante Regelungen) bisher 162 Vorranggebiete für WKA (Gesamtfläche Vorranggebiete: 15.176 ha, macht 1,87 % des Planungsraums) ausgeschrieben (ebd.). 936 ha entfallen auf Repowering (Gesamt SH hat 334 Vorranggebiete mit einer Gesamtfläche von 32.075 ha (2,03 % der Landesfläche). Die Ausweisung neuer Vorranggebiete dient einerseits der Umsetzung der energiepolitischen Ziele. Andererseits führt sie dazu, dass es auch in bereits stark durch WKA beanspruchten Räumen zu einer weiteren Belastung des Landschaftsbildes und der Ortslagen kommen wird.

Konflikte:

Windenergie ist eine extensive Flächennutzungsform, die im näheren Umfeld nur schwer mit anderen Siedlungsnutzungen vereinbar ist. Zunehmend regt sich Widerstand gegen WKAs, weil Nachteile für das unmittelbare Wohnumfeld, eine damit einhergehende Entwertung von Grundstücken, durch die Infrastruktur ein Verlust an Landschaftsqualität und Biodiversität, Lebensqualitätsverlust, bis hin zu gesundheitlichen Beeinträchtigungen befürchtet werden. Ähnliches gilt für Solarparks und Biomasseenergien. In den aktuellen Fortschreibungen der Regionalpläne in SH und MV erfolgte deshalb die Festlegung der Vorranggebiete für die Windenergienutzung in Räumen mit möglichst geringem Konfliktpotenzial außerhalb der Siedlungsachsen und besonderen Siedlungsräume (LEP SH 2010, LEP MV 2016, S. 19). Zur Konfliktrisikoeinstufung wurde zudem eine generalisierte Bewertungsmatrix entwickelt (Ministerium für Inneres, ländliche Räume, Integration und Gleichstellung des Landes Schleswig-Holstein o.J., S. 88). Festgelegt wurde weiterhin, die unmittelbar benachbarten Bereiche sowie Naturparke und die regionalen Grünzüge möglichst freizuhalten und im Interesse der Schonung dieser Außenbereiche möglichst interkommunal zusammenzuarbeiten. Ein zusätzliches Konfliktpotenzial liegt im unterschiedlichen Flächenbesitz von Kommunen und Gemeinden bzw. erschwerten Möglichkeiten z. B. für Bürgergenossenschaften, an solche Flächen heranzukommen[44]. Zur Umsetzung der energiepolitischen Ziele bedarf es aber der intensiven Einbeziehung von Bürger*innen. Darüber versprechen sich die Landesregierungen mehr Akzeptanz für ihre energierelevanten Maßnahmen. Bürgerbeteiligung fördert darüber hinaus zusätzlich die Demokratieentwicklung (Walk; Müller; Rucht 2015, S. 45, Kahla; Holstenkamp; Müller; Degenhart 2017). Bereits in den 1980er Jahren forderten zivilgesellschaftliche Organisationen mit dem Ausstieg aus der Atomkraft und dem Einstieg in eine „grüne Energiewirtschaft" eine breitere gesellschaftliche Beteiligung. Mittlerweile haben Bürger*innen deutschlandweit 1,5 Mrd. Euro in rund 900 Energiegenossenschaften investiert. Das entspricht in etwa 50 % der in Deutschland erfolgten Investitionen in regenerative Energieerzeugung. Einzeleigentümer*innen und

[42] https://www.regierung-mv.de/Landesregierung/em/Energie/, zuletzt geprüft am 19.01.2021.

[43] https://www.region-westmecklenburg.de/Regionalplanung/Teilfortschreibung-RREP-WM-2011-Kap-Energie, zuletzt geprüft am 19.01.2021.

[44] Bürgerenergiegenossenschaften sind entweder auf die Verpachtung öffentlicher Flächen oder den Erwerb günstiger eher kleiner Flächen angewiesen. Verkäufer*innen privater Flächen hingegen streben den maximalen Gewinn ihrer Flächen an Investor*innen an, statt eines Verkaufs einer kleinen Parzelle.

Bürgerenergiegesellschaften haben sich damit als entscheidende Treiber*innen der Energiewende erwiesen. Eine ziemlich umstrittene Energieform ist die Bioenergie – zumindest dort, wo sie nicht im Rahmen der Kaskadennutzung[45] zum Einsatz kommt, sondern dafür extra Ressourcen in Konkurrenz zu landwirtschaftlichen Nutzflächen angebaut werden (Stichwort: Vermaisung der Landschaft oder Plantagenholz).

Energiepolitisch relevante Regelungen:

In der VorAB-Region sind verschiedene Regelungsebenen energiepolitisch wirksam. Zum einen die Landesebene der beiden Bundesländer, zwischen denen sich das Untersuchungsgebiet aufspannt. Da wären zu nennen die Landesnachhaltigkeitsstrategie (Ministerpräsidentin des Landes Schleswig-Holstein 2004) die es allerdings nur in SH gibt. MV hat dafür frühzeitig ein sog. Klimaschutzkonzept 1997 aufgelegt. Zur Umsetzung der darin vorgesehenen Aufgaben wurde zeitgleich die Förderrichtlinie Klimaschutz eingerichtet, die bis heute als maßgebliches und erfolgreiches Instrument des Landes in Sachen Klimaschutz dient. Auf sie zurück geht der Aktionsplan Klimaschutz, der inzwischen weit über 130 Klimaschutz-Projekte initiiert hat, die vom Land, von Kommunen und privatwirtschaftlichen Initiatoren entwickelt wurden und die regelmäßig ergänzt und evaluiert werden. Aktuell setzt die „Energiepolitische Konzeption“ der Landesregierung aus dem Jahr 2015 den energiepolitischen Regelungsrahmen in MV (Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern 2015).

In SH setzt die Nachhaltigkeitsstrategie (Ministerpräsidentin des Landes Schleswig-Holstein 2004) konkrete Zielvorgaben für vorher aufgestellte Leitbilder. Eines davon verweist auf die „notwendige Steigerung der Ressourceneffizienz (gleiche Wertschöpfung mit weniger Material- und Energieverbrauch)“ (S. 20) und auf eine „effiziente und ressourcenschonende Energiebedarfsdeckung“ (S. 24). Als Ziele für den Bereich Energie werden u. a. genannt, die Stärkung der kommunalen Kompetenzen zur Erleichterung der Festsetzung effizienter Wärmeversorgungssysteme (Biomasse, Kraft-Wärme-Kopplung) und Maßnahmen zur Einführung von Energiemanagement (insbesondere in den Kommunen) zur Ausschöpfung von Energiesparpotenziale (S. 61f. und S. 66.). Des Weiteren spielen der Aktionsplan Klimaschutz und Klimaschutzbericht 2009 sowie das im März 2017 in Kraft getretene Energiewende- und Klimaschutzgesetz (EWKG) und die für 2020 geplante Strategie für den konsequenten Ausbau der EE in SH eine Rolle. Im EWKG wurden Ziele zur Minderung der Treibhausgasemissionen bis 2050 sowie die Ziele für den Ausbau der EE bis 2025 verbindlich festgeschrieben (LT-Drs. 18/4388 vom 06.07.2016 [46]).

Die raumordnerische Steuerung der energiepolitischen Maßnahmen, wie z. B. Wind- oder Bioenergieanlagen, erfolgt über die Landesraumordnungspläne (LEP SH 2010 und LEP MV 2016) und deren Konkretisierung in den Regionalplänen. In SH werden in den nächsten Jahren alle Regionalpläne fortgeschrieben. Statt bislang fünf wird es entsprechend der neuen Planungsräume zukünftig nur noch drei Regionalpläne geben (Planungsräume I-III).

Die VorAB-Untersuchungsregion liegt somit auf schleswig-holsteinischem Gebiet im Planungsraum III (bis 2013: Planungsräume I und II). Aktuell gibt es für diesen Planungsraum III, der im Übrigen mit rund 800.000 ha der größte ist und die Hälfte der Potenzialflächen aufweist, eine erste Teilaufstellung des Regionalplans für das Sachthema Windenergie an Land. Sie findet beteiligungsorientiert statt und ordnet die Ziele und räumliche Festlegung der Windenergienutzung neu.[47]

[45] Kaskadennutzung meint die Nutzung eines Rohstoffs über mehrere Stufen, um Rohstoffe oder daraus entstandene Produkte möglichst lange im Wirtschaftskreislauf zu halten.

[46] http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/4300/drucksache-18-4388.pdf, zuletzt geprüft am 25.02.2021

[47] https://www.schleswig-holstein.de/DE/Themen/W/windenergie_raeuml_steuerung.html, zuletzt geprüft am 19.01.2021.

Die Abwägung von Vorrangflächen für die Windkraftnutzung ist damit für jedes einzelne Gebiet in der Region abgeschlossen, was den Planungsspielraum der Gemeinden nicht unerheblich einschränkt.

Bürgerwindanlagen sind durch diesen neuen Ordnungsrahmen besonders betroffen. Denn viele von ihnen unterschreiten die (neuen) Abstandsregelungen zur Wohnbebauung. Zudem wird befürchtet, dass sie nicht in Repowering-Vorranggebiete „umziehen“ können.

In MV sieht es ähnlich aus. Bspw. wurde von der Landesregierung (Kooperationsvereinbarung 2016-2021) ein Windenergieerlass verabschiedet, der allen Genehmigungsbehörden eine einheitliche Entscheidungsgrundlage für die notwendige Ausweisung neuer Windeignungsflächen und der Genehmigung der Anlagen liefert. Und die Teilfortschreibung seit 2013 des Regionalen Raumentwicklungsprogramm (RREP) Westmecklenburg von 2011 (Regionalplan), das für die Kreise der Vor-AB-Region gilt, liefert das Kapitel Energie und Siedlungsflächen konkrete Angaben zu Vorrang- und Eignungsflächen für Windkraft (Regionaler Planungsverband Westmecklenburg 2018) Letztlich müssen Flächen für WKA an Land und See bereitgestellt werden, um bis 2025 den anvisierten Anteil von 6,5% des deutschen Bruttostromverbrauchs mit Energie aus Mecklenburg-Vorpommern decken zu können. Betont wird hier auch die Beteiligungsmöglichkeit Teilhabe von Bürger*innen und Gemeinden (RREP-MV 2011, S. 24, Regionaler Planungsverband Westmecklenburg 2018). Dies erleichtert das im Mai 2016 in Kraft getretene Bürger- und Gemeindebeteiligungsgesetz, das für neu zu errichtende Windenergieanlagen (und Repowering) an Land die Pflicht für ein Angebot zur wirtschaftlichen Beteiligung an die „Nachbar*innen“ und die „Sitzgemeinden“ von mindestens 20 % an der Projektgesellschaft vorsieht. Alternative Möglichkeiten zur wirtschaftlichen Teilhabe beispielsweise ein verbilligter lokaler Stromtarif oder eine Ausgleichsabgabe der Gemeinde sind ebenso zulässig. Welche Bedeutung dieses Gesetz für Bürgerenergiegenossenschaften oder für die Kooperation mit Kommunen hat, bleibt genauer zu untersuchen.

Förderprogramme:

Voraussetzung für viele Projekte und eine weitergehende Förderung aus EU, Bundes- und Landesmitteln ist das Vorhandensein eines regionalen Entwicklungskonzepts (REK) oder eines Integrierten Ländlichen Entwicklungskonzeptes (ILEK) auf Landkreisebene. Diese regionalen Konzepte stellen als informelle Planwerke die „Handlungsanweisung“ für die umsetzungs- und projektorientierte Regionalentwicklung dar. In der VorAB-Untersuchungsregion Voraussetzung für viele Projekte und eine weitergehende Förderung aus EU, Bundes- und Landesmitteln ist das Vorhandensein eines REKs oder eines ILEKs auf Landkreisebene. Diese regionalen Konzepte stellen als informelle Planwerke die „Handlungsanweisung“ für die umsetzungs- und projektorientierte Regionalentwicklung dar. In der VorAB-Untersuchungsregion liegen aktuell drei solcher Konzepte vor. Keines davon bezieht sich explizit und ausschließlich auf den Schwerpunkt Energie. Jedoch sind zumindest in einem dieser Konzepte (REK A7 Süd 2013 [48]) energiewirtschaftliche Aspekte mit integriert. Das ILEK NWM (2016) und ILEK LUP (2016) fokussiert vorrangig auf den landwirtschaftlichen und touristischen Bereich. Beide Landkreise sind auch vorrangig landwirtschaftlich geprägt. Zum Thema Energie gibt es ein eigenes Konzept – das im Rahmen der Nationalen Klimaschutzinitiative (NKI) geförderte „Regionale Energiekonzept Westmecklenburg“. Es bezieht sich auf beide Landkreise, Nordwestmecklenburg und Ludwigslust-Parchim, und repräsentiert ein Integriertes Klimaschutzkonzept mit Teilkonzepten „Erschließung der verfügbaren Erneuerbare-Energien-Potenziale“, „Integrierte Wärmenutzung in Kommunen“ und „Integriertes Klimaschutzkonzept“ (2013) und lieferte der Teilfortschreibung Kapitel

[48] https://www.segeberg.de/media/custom/2211_450_1.PDF?1411462013, zuletzt geprüft am 25.02.2021

6.5 Energie des RREPs WM (2011) eine fachliche Grundlage [49] . Im Nachfolgeprojekt „Klimaschutzmanagement Westmecklenburg“ (2016-2019) hat der Regionale Planungsverband WM – u. a. ebenfalls mit Mitteln der NKI – etwa 40 Maßnahmen aus dem Regionalen Energiekonzept umgesetzt[50].

Das REK A7 Süd (2013)[51], für das der Kreis Segeberg geschäftsführend tätig ist, wurde aus dem Zukunftsprogramm Wirtschaft des Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE) durch das Land SH sowie aus dem „Förderfonds Hamburg/Schleswig-Holstein der Metropolregion Hamburg“ und aus Eigenmitteln der Projektträger finanziert. In der REK-Region liegt ein Schwerpunkt der Windenergienutzung zwischen Bad Bramstedt und Neumünster. Es wurde ein Leitbild zu Klimaschutz und Energie erarbeitet, in dem sich die Region als Region für Klimaschutz und Energieeffizienz in den Kommunen positioniert. Aufgrund der geografischen Voraussetzungen und der teilweisen dichten Besiedlung spielt die landwirtschaftliche Erzeugung regenerativer Energien im Konzept kaum eine Rolle. Stattdessen geht es um die Anwendung und Nutzung (lokaler/ regionaler) regenerativer Energien und deren Beitrag zur Stärkung der regionalen Wirtschaftskreisläufe (REK A7 Süd 2013 [52]).

Energiepolitisch relevante Kooperationen und Vernetzungen:

Es gibt nationale und bundeslandübergreifende Zusammenarbeit in überregionalen Partnerschaften, die vom nördlichen SH bis ins westliche MV reichen und für Fragen einer nachhaltigkeitsorientierten Transformation der Energiewirtschaft bedeutsam sind. In den letzten 20 Jahren hat sich in der Ostseeregion ein engmaschiges Netzwerk selbstbestimmter Zusammenarbeit entwickelt. Davon sind SH und MV und damit auch die VorAB-Region betroffen. Insbesondere geht es dabei darum, die Wettbewerbsfähigkeit der Ostseeregion zu verbessern, ihren territorialen Zusammenhalt zu fördern und eine nachhaltige Entwicklung zu unterstützen. Die Mitwirkung bei der zukünftigen Politikgestaltung in der Ostseeregion und die Weiterentwicklung der strategischen Zusammenarbeit im Rahmen des Projektes „Südwestliche Ostseeregion“ (STRING) haben daher insbesondere für SH eine hohe Priorität. Im Zentrum stehen neben verschiedenen forschungs-, technologie- und wirtschaftspolitischen Themen auch EE und Klimaschutz. Die Ostseeregion soll sich unter Einschluss der beiden Metropolregionen Hamburg und Öresund (Kopenhagen/ Malmö) zu einer starken europäischen Makroregion festigen (LEP SH 2010, S. 18). SH und Hamburg haben sich außerdem für das vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) 2016 gestartete Förderprogramm „Schaufenster intelligente Energie – Digitale Agenda für die Energiewende“ (SINTEG) zu einer Modellregion zusammengeschlossen. Die VorAB-Regionskreise Stormarn, Segeberg und in Ansätzen Herzogtum-Lauenburg und Ludwigslust-Parchim sind darin eingebunden. Ziel des Programms ist es, Musterlösungen für eine sichere, wirtschaftliche und umweltverträgliche Energieversorgung zu entwickeln und modellhaft umzusetzen[53].

Auch in Sachen Netzausbau gibt es überregionale und internationale Zusammenarbeit – wegen der zunehmenden europäischen Integration der Strommärkte. 2010 hat die Landesregierung SH mit den verantwortlichen Netzbetreibern und den betroffenen Kreisen ein gemeinsames Netzausbaukonzept für SH entwickelt, um den gestiegenen Anforderungen durch den Ausbau der Windenergie im Norden

[49] https://www.region-westmecklenburg.de/Themen/Klimaschutz-und-Klimawandel/Regionales-Energiekonzept, zuletzt geprüft am 19.01.2021.

[50] https://www.region-westmecklenburg.de/Themen/Klimaschutz-und-Klimawandel/Klimaschutzmanagement, zuletzt geprüft am 03.10.2020.

[51] https://www.segeberg.de/media/custom/2211_450_1.PDF?1411462013, zuletzt geprüft am 25.02.2021

[52] https://www.segeberg.de/media/custom/2211_450_1.PDF?1411462013, zuletzt geprüft am 25.02.2021

[53] https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Artikel/Energie/sinteg.html, zuletzt geprüft am 10.10.2020.

Rechnung zu tragen. Durch das „Baltic Cable“ (HVDC, 600 MW) nach Trelleborg ist bspw. Lübeck direkt mit dem schwedischen Stromnetz verbunden, fungiert als bidirektionale Transferleitung.

*3.3.2.2. Akteur*innen*

Die recherchierten 20 Energiegenossenschaften im Bereich Erneuerbare Energien (EE) kennzeichnet trotz ähnlicher Zielperspektive – nämlich, zur Energiewende beizutragen – eine gewisse Heterogenität. Vielfältig sind bspw. die Entstehungshintergründe und Motive (eher politisch, eher ökonomisch), auch wenn sie alle bottom-up und Vor-Ort gegründet wurden. Einige sind als Kooperationen z. B. mit Agrargenossenschaften oder Kommunen angelegt, andere als Netzwerke und wiederum andere als eigenständige Organisationen in unterschiedlicher Rechtsform. In der Recherche konnten unterschiedlich intensive Teilhabe-Ansätze, die für die beteiligten Mitglieder mit vermutlich unterschiedlichen Demokratisierungserfahrungen einhergehen, identifiziert werden.

- Demokratisierung durch direkte Mitbestimmung: Bürgerinitiativen, die Energiegenossenschaften zur Eigenbedarfsdeckung gründen; jedes Mitglied ist Unternehmer*in und Konsument*in;
- Demokratisierung durch vermittelte Mitbestimmung: Gemeinden und Bürgerinitiativen, die von Energiegenossenschaftsvertreter*innen mit Umsetzungserfahrung beraten und unterstützt werden; manche Mitglieder sind Unternehmer*innen, Berater*innen und Konsument*innen, andere Mitglieder sind Unternehmer*innen aber nicht zwingend Konsument*innen;
- Indirekte Demokratisierung durch Mitbestimmungsanteile: Genossenschaftliche Organisationen initiieren überregional (und werben für) EE-Projekte, in die man investieren kann, und die dann von diesen Organisationen umgesetzt und gemanagt werden; Mitglieder sind Unternehmer*innen, aber meist nicht Konsument*innen.

D. h. nicht jedes Mitglied vereinigt in sich die Rolle von Eigentümer*in/ Träger*in des Unternehmens, Produzent*in und Konsument*in[54]. Entsprechend können auch nicht alle recherchierten Energiegenossenschaftsakteure als Prosument*innen-Organisationen betrachtet werden.

Wie viele Energiegenossenschaften in der VorAB-Region aktuell tatsächlich existieren ist unklar, in SH waren es 45 im Jahr 2016[55], in MV im gleichen Jahr 18[56].

Von den recherchierten Bürgerenergiegesellschaften ist die Mehrheit in der Energieproduktion tätig. Dort liegt der Schwerpunkt auf der Stromerzeugung über Photovoltaik- und Windenergieanlagen.[57] Der Anteil an Bürgerenergiegenossenschaften, die Energie für den Wärmebedarf erzeugen ist hingegen weiterhin gering. Von vielen der recherchierten Energieakteur*innen werden (Gründungs-)Beratungen angeboten. Suffizienzaspekte und Sektoren-Kopplung spielen allerdings offenbar weniger eine Rolle als die Produktion. Dies deckt sich mit der aktuellen Lage der Energiewende (auch in SH und MV) sowie der Forderung, die Wärmewende auszubauen und Suffizienzziele festzulegen (vgl. auch Engel et al. 2018, Fraunhofer IBP; Fraunhofer IWES 2017).

[54] Klemisch; Boddenberg (2016, S. 164) unterschieden hier den Individualansatzes, den Erzeuger-Verbraucher-Ansatz sowie den Integrations- bzw. Gemeinschaftsansatz.

[55] https://www.foederal-erneuerbar.de/ landesinfo/ bundesland/SH/kategorie/ wirtschaft/auswahl/575-anzahl_neuer_energie/#goto_575, zuletzt geprüft am 30.09.20.

[56] https://www.foederal-erneuerbar.de/landesinfo/ bundesland /MV/kategorie/wirtschaft/auswahl /483-anzahl_energiegenoss/#goto_483, zuletzt geprüft am 30.09.20.

[57] Im Vergleich zur deutlichen Zunahme an Bürgerenergieanlagen im Windenergiebereich an Land, ist in den letzten Jahren der Zubau von Photovoltaikanlagen geschrumpft (Kahla et al. 2017).

3.3.3 Transformationsfeld Landwirtschaft

Daniela Gottschlich

Für das Transformationsfeld Landwirtschaft (LaWi) werden in Kapitel 3.3.3.1 die vielfältigen Umfeld- und Rahmenbedingungen beschrieben und damit die Strukturen, auf die die Akteur*innen treffen und die ihr Handeln mitprägen. Dies schließt auch die Darstellung von Kooperationen und Konflikten in diesem Transformationsfeld ein. Im später folgenden Kapitel 3.3.3.2 werden die recherchierten LaWi-Akteur*innen aus der VorAB-Region kurz vorgestellt.

3.3.3.1 Umfeld- und Rahmenbedingungen

Ausgangslage im Transformationsfeld Landwirtschaft:

Das Transformationsfeld Landwirtschaft ist im besonderen Maße gekennzeichnet von Krisen und Konflikten, die eine „Transformation aus Notwendigkeit“ (Brocchi 2019, S. 253) und damit eine agrarpolitische Wende unabdingbar erscheinen lassen. Die Art, wie die landwirtschaftlichen Flächen genutzt werden, ist von enormer Bedeutung (nicht nur) für eine faire und resiliente Stadt-Land-Entwicklung. Doch die bisherige europäische und nationale Agrarpolitik und das von ihr propagierte Agrarmodell des Wachsens, der Ertragsmaximum- und der Exportorientierung konterkarieren vielfach Umwelt-, Klima- und Artenschutz in der Landwirtschaft und ermöglichen zudem keine auf Dauer gesicherte Existenz für die Landwirt*innen (Stodieck 2020, S. 33). Der Strukturwandel in der Landwirtschaft mit seinen sozial und ökologisch unerwünschten Folgen schreitet weiter voran. Bodenerosion, erhöhte Nitratwerte im Grundwasser, steigender Antibiotikaeinsatz und enormer Verlust von Biodiversität durch jahrzehntelange Intensivlandwirtschaft, sind nur einige Krisenerscheinungen dieses Transformationsfeldes. Auch die Preispolitik der großen Industrie- und Handelsunternehmen setzt Landwirt*innen, kleine Produzent*innen und Erzeugergenossenschaften unter Druck (Rehse 2020). Denn die Marktmacht der großen Player beschränkt die Spielräume der Lieferant*innen in ihrer Auswahl von Primärerzeuger*innen nach Nachhaltigkeitskriterien, wie Ruzana Liburkina und Laura Otto (2020, S. 230) ausführen: „lebensmittelverarbeitende Unternehmen [greifen] häufig auf Produkte aus hochintensivierten Kulturlandschaften zurück, die unter einem hohen Einsatz an chemischen Dünge- und Pflanzenschutzmitteln ganzjährlich hohe Erträge mit geringen Qualitätsabweichungen liefern“ (ebd.). Gleichzeitig steigen die Bodenpreise – nicht zuletzt durch Prozesse des Landgrabbings (vgl. dazu z. B. Brunner 2019).

Doch auf diese mannigfaltigen Krisen in der Landwirtschaft und ihren Lieferketten sowie auf mögliche Schritte zu ihrer Bearbeitung reagieren die beteiligten Akteur*innen unterschiedlich. Als beispielsweise das von der Bundesregierung im September 2019 beschlossene Agrarpaket mit seinen zahlreichen ordnungsrechtlichen Vorgaben[58] vorgestellt wurde, löste dies massive Proteste von Landwirt*innen aus. Als sichtbaren Protest stellten Landwirt*innen beispielsweise grüne Kreuze[59] auf eigenen landwirtschaftlichen Flächen an Weg- und Straßenrändern auf und veranstalteten mit Tausenden von Teilnehmer*innen Treckerdemonstrationen in Städten[60].

[58] Enthalten waren u. a. Punkte wie Tierwohlkennzeichnung, Umschichtung von EU-Direktzahlungen, das „Aktionsprogramm Insektenschutz“ mitsamt seinen Maßnahmen zur Reduzierung von Stickstoffüberschüssen.

[59] Im Oktober 2019 wurde die Anzahl der aufgestellten grünen Kreuze deutschlandweit auf 10.000 geschätzt (Wikipedia 2020: Aktion Grüne Kreuze 2020, o.S., https://de.wikipedia.org/wiki/Aktion_Grüne_Kreuze, zuletzt geprüft am 22.12.2020).

[60] Allein in Berlin waren es 2019 laut Stodieck (2020, S. 33) über 8.000 Traktoren.

Das diese Proteste charakterisierende und erläuternde nachfolgende Zitat von Friedhelm Stodieck thematisiert zugleich vielfältige Gerechtigkeits-, Bewertungs- und Demokratieprobleme in diesem Transformationsfeld, die auch die Akteur*innen in der Region Lübeck betreffen.

> „Sie [Die Landwirt*innen] wollen auf ihre Situation aufmerksam machen, aber auch ihrer Verärgerung über die Tier-, Umwelt- und Naturschützer, die ‚ahnungslosen Städter' und die Agrarpolitik der Bundesregierung (und damit auch ‚ihrer' CDU) lautstark Ausdruck verleihen. Von ‚Bauernbashing' ist da die Rede, von Ärger und Frustration im Berufsstand, von Diskriminierung, Benachteiligung und Mobbing, von miserablen Ernten wegen Dürre und verregneter Sommer, vom Drängen der Gesellschaft nach mehr Klima-, Umwelt- und Tierschutz und der eigenen Unsicherheit im Umgang damit. Sie fordern Respekt und Wertschätzung und dass die Politik und die anderen Akteure ‚mit uns als Basis sprechen', bevor sie Entscheidungen treffen und Maßnahmen beschließen, die sie betreffen." (Stodieck 2020, S. 33)

Das Transformationsfeld Landwirtschaft ist nicht nur geprägt durch diese Konflikte, sondern auch durch unterschiedliche naturräumliche und agrarstrukturelle Bedingungen und durch eine dynamische und umkämpfte Mehrebenen-Governance, die sich im Wechselspiel von europäischer bzw. supranationalen, nationalstaatlicher, regionaler und kommunaler Ebene vollzieht (Hooghe; Marks 2001; Velten 2019). Die Bedeutung der Landwirtschaft als Wirtschaftsfaktor geht im Prozess des Wandels in eine Dienstleistungsgesellschaft in Deutschland und unter Bedingungen eines globalisierten Marktes für landwirtschaftliche Produkte zwar insgesamt zurück. Doch aus einer vorsorgenden, integrierten Perspektive ist die Gestaltung der Landwirtschaft in allen ländlichen Kreisen der VorAB-Region in Richtung Nachhaltigkeit eine zentrale Aufgabe und wird es dauerhaft bleiben.

Wirtschaftliche Verhältnisse

Schleswig-Holstein (SH):

Die Land- und Forstwirtschaft macht in SH 68,7 % der Landesfläche aus (Stand 2018)[61]. Im bundesweiten Vergleich ist SH damit das Bundesland mit den meisten landwirtschaftlich genutzten Flächenanteilen.

Laut dem Statistischen Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein betrug die Bruttowertschöpfung der Land- und Forstwirtschaft, einschließlich Fischerei in SH im Jahr 2017 1095 Mio. Euro. Das entspricht einem Anteil von 1,3 % an der Bruttowertschöpfung des Landes[62]. Im Zeitraum von 2010 bis 2017 nahm die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden in der Landwirtschaft in SH ab (von 62,5 Mio. geleisteten Arbeitsstunden auf 52,2 Mio.), gleichzeitig stieg die Bruttowertschöpfung in jeweiligen Preisen je geleisteter Arbeitsstunde (von 14,49 € in 2010 auf 20,95 € in 2017) (Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein 2018/ 2019, S. 225ff.).

Im Jahr 2016 haben insgesamt 12.700 Betriebe eine landwirtschaftlich genutzte Fläche von gut 988.900 ha bewirtschaftet. Damit sank die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe in SH gegenüber der letzten Agrarstrukturerhebung im Jahr 2013 um knapp 5 %. Während die landwirtschaftlich genutzte Fläche in diesem Zeitraum hingegen annähernd konstant blieb, stieg die durchschnittliche Betriebsgröße von gut 74 ha auf knapp 78 ha je Betrieb (Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein 2017, S. 1).

[61] UBA – Umweltbundesamt (2019): Struktur der Flächennutzung. https://www.umweltbundesamt.de/daten/flaeche-boden-land-oekosysteme/flaeche/struktur-der-flaechennutzung#die-wichtigsten-flachennutzungen, zuletzt geprüft am 22.12.2020.

[62] Im Jahr 2010 betrug die Bruttowertschöpfung der Land- und Forstwirtschaft, einschließlich Fischerei 905 Mio. Euro. Das entspricht einem Anteil von 1,4 % an der Bruttowertschöpfung von Schleswig-Holstein.

Zuvor war auch in SH zu beobachten, dass der Anteil der landwirtschaftlich genutzten Flächen kontinuierlich zurückging, während der Anteil der Siedlungs- und Verkehrsflächen zunahm. Laut Umweltbericht[63] (2010, S. 27) wuchs allein zwischen 2000 und 2005 die Siedlungs- und Verkehrsfläche in SH täglich um 4,5 ha. Die mit der Zunahme der Siedlungs- und Verkehrsfläche einhergehende Versiegelung führt dazu, dass wichtige Lebensräume für Flora und Fauna verloren gehen und Böden degradiert werden.

Angesichts dieser Gefährdung von Tier- und Pflanzenarten kommt u. a. dem ökologischen Landbau eine wichtige Rolle für die Agrarwende zu. In SH lag der Anteil der ökologisch bewirtschafteten Fläche im Jahr 2019 bei ca. 65.000 ha. Das entspricht einem Anteil von 6,6 % (Schürer 2020). Wenngleich der Ökolandbau auch im nördlichsten Bundesland zunimmt und Landwirtschaftsminister Jan Philipp Albrecht ein „Umstellungsinteresse der Landwirte“ konstatiert (zit. n. ebd., o. S.), so liegt SH damit im bundesweiten Vergleich immer noch nur auf einem der hinteren Plätze gegenüber z. B. dem Saarland mit einem Anteil ökologisch bewirtschafteter Fläche von 16 % (ebd.) und einem durchschnittlich bundesweiten Anteil von 9,7 % Ökoanbaufläche (insgesamt 1.613.834 ha) [64].

Allerdings wird der Anteil an Ökolandbau in SH größer, wie die Zahlen aus dem Zeitraum 2013-2016 zeigen: Nicht nur die Flächen von traditionell wirtschaftenden Landwirt*innen wächst, auch ökologisch ausgerichtete Betriebe nehmen an Fläche zu. Im Jahr 2016 ist eine steigende Betriebsgröße von durchschnittlich 83 ha zu verzeichnen. Die ökologisch bewirtschaftete Fläche wuchs damit auf 38 000 ha (plus 13 %) an. Auch die Zahl der Ökolandbaubetriebe schrumpfte trotz Strukturwandels nicht, sondern stieg binnen drei Jahren um gut 7 % auf 460 in SH (Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein 2017).

In den Landkreisen der VorAB-Region, die zu SH gehören, sind wir mit einer heterogenen Situation konfrontiert, was den jeweiligen Anteil der ökologisch bewirtschafteten Fläche angeht: Während der Landkreis Lübeck mit 12,4 % Ökolandbau über dem Bundesdurchschnitt liegt, beträgt der Anteil der ökologisch bewirtschafteten Fläche im Kreis Herzogtum-Lauenburg nur 3,8 %. Im Kreis Ostholstein liegt er mit einem Anteil von 2,6 % sogar noch niedriger. 4,3 % der landwirtschaftlichen Fläche werden im Kreis Stormarn ökologisch bewirtschaftet, 3,2 % sind es im Landkreis Segeberg[65] (Stand 2007).

Mecklenburg-Vorpommern (MV):

MV ist geprägt von einer großstrukturierten Landwirtschaft. Laut Homepage des Ministeriums für Landwirtschaft und Umwelt (2020) werden aktuell 1,34 Mio. ha des Landes landwirtschaftlich genutzt und von rund 4.700 Betrieben mit über 25.000 Beschäftigten bewirtschaftet[66]. Der Anteil der Bruttowertschöpfung der Land- und Forstwirtschaft, einschließlich Fischerei, ist in den letzten Jahren leicht gestiegen: Im Jahr 2010 entsprach er mit 870 Mio. € einem Anteil von 2,7 % an der Bruttowertschöpfung des Landes, im Jahr 2017 betrug der Anteil 2,8 %. Am höchsten war der Wertschöpfungsanteil der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei im Jahr 2017 im Landkreis Ludwigslust-Parchim mit 4,8 %, der damit weit über dem Landesdurchschnitt lag (Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern 2019).

[63] Der Umweltbericht ist integraler Bestandteil der Begründung zum Landesentwicklungsplan SH 2010 (LEP).

[64] UBA – Umweltbundesamt (2020): Ökologischer Landbau. https://www.umweltbundesamt.de/daten/land-forstwirtschaft/oekologischer-landbau#anzahl-und-nutzflache-der-oko-betriebe-in-deutschland, zuletzt geprüft am 22.12.2020.

[65] Die Anteile wurden errechnet auf Grundlage von Daten aus der Regionalstatistik aus dem Jahr 2007 – über eine Desktoprecherche waren keine aktuelleren Zahlen für die Kreise zu bekommen, auch nicht über die Internetseiten der Landkreise.

[66] Im Jahr 2010 bewirtschafteten 4.725 landwirtschaftliche Betriebe eine landwirtschaftlich genutzte Fläche von 1.35 Mio. ha. Die durchschnittliche Betriebsgröße lag bei 286 ha. In diesen Betrieben waren im Jahr 2010 19.266 Arbeitskräfte beschäftigt. Die Daten stammen aus der Energiepolitischen Konzeption 2015 der Landesregierung MV (Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern 2015).

In der multifunktionalen Landwirtschaft in MV liegen die Schwerpunkte „im Pflanzenbau und der Produktion von Getreide und Ölfrüchten, die über 75 % der Anbaufläche einnehmen. Darüber hinaus werden Mais, Kartoffeln, Zuckerrüben und Futterpflanzen angebaut. Die Veredlung landwirtschaftlicher Produkte als Beitrag zur Steigerung der Bruttowertschöpfung bedarf“, laut Ministerium für Landwirtschaft und Umwelt (2020, o. S.), „bei dem bundesweit geringsten Tierbesatz von nur 0,4 Großvieheinheiten je Hektar des weiteren Aufbaus“.

Neben der Obst- und Gemüseproduktion auf über 4.000 ha werden in MV vermehrt nachwachsenden Rohstoffe (für EE) angebaut: So werden jährlich etwa 260.000 t Biodiesel aus Raps (Raps-Methyl-Ester) und 10.000 t Biodiesel aus tierischen Fetten (Fett-Methyl-Ester) sowie 47.000 t Bioethanol aus Zuckerrüben erzeugt. Auf ca. 200.000 ha landwirtschaftlicher Fläche wird Biomasse für die energetische Verwertung angebaut (20 % der Ackerfläche); der Bau und Betrieb von Biogasanlagen bildet für viele landwirtschaftliche Unternehmen ein weiteres Standbein im Rahmen der multifunktionalen Landwirtschaft (ebd.). Laut Ministerium für Landwirtschaft und Umwelt kann die Flächeninanspruchnahme für landwirtschaftliche Energiebiomasse in MV perspektivisch auf bis zu 1/3 der Ackerfläche ausgedehnt werden, ohne die Nahrungs- und Futtermittelproduktion zu gefährden (ebd.).

Der ökologische Landbau erfolgt auf 9,2 % der landwirtschaftlichen Nutzfläche in MV (ebd.). Zusammen mit Bayern, Baden-Württemberg und Brandenburg gehört MV damit zu jenen vier Bundesländern, auf die mehr als die Hälfte der ökologisch bewirtschafteten Fläche in Deutschland entfällt[67].

In der Wirtschaftsstruktur der Landkreise aus MV, die zur VorAB-Region gehören, lassen sich sowohl Übereinstimmungen als auch Unterschiede zu der des Landes identifizieren: Die 475.186 ha Fläche des Landkreises Ludwigslust-Parchim[68] werden zum überwiegenden Teil (fast 60 % der Fläche, Stand 2013) landwirtschaftlich genutzt (ILEK LUP 2016, S. 12). 2013 lag der Anteil der in der Landwirtschaft Beschäftigten hier mit 6,1 % damit rund doppelt so hoch wie der Landesdurchschnitt[69] (ebd., S. 24). Die Relevanz der Landwirtschaft insgesamt zeigt sich auch darin, dass 22 % aller Landwirtschaftsbetriebe in MV ihren Sitz im Landkreis Ludwigslust-Parchim haben. Diese betreiben zu über 80 % Ackerbau[70]. Die Betriebsgrößen liegen mit im Durchschnitt mehr als 250 ha pro Betrieb deutlich über dem Bundesdurchschnitt, aber knapp unter dem Landesdurchschnitt (ebd., S. 25).

Der ökologische Landbau in Ludwigslust-Parchim hat in den letzten Jahren zugenommen: Während es im Jahr 2005 nur 137 Betriebe waren[71], so wirtschafteten im Jahr 2013 bereits 164 Betriebe nach den EU-Bio-Richtlinien (ILEK LUP 2016, S. 25). Der aktuelle Anteil von gut 15% ökologisch bewirtschafteter Fläche liegt in Ludwigslust-Parchim damit sowohl über dem Landes- als auch dem Bundesdurchschnitt. Laut dem Integrierten ländlichen Entwicklungskonzept für den Landkreis Ludwigslust-Parchim war 2011 von den drei Wirtschaftsbereichen (Dienstleistung, produzierendes Gewerbe, Landwirtschaft) die Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen im Bereich Land- und Forstwirtschaft, Fischerei am höchsten.

Auch für die Wirtschaftsstruktur des Landkreises Nordwestmecklenburg lassen sich Abweichungen vom Landesdurchschnitt feststellen. Blickt man mit herkömmlichen ökonomischen Indikatoren auf den Landkreis, fällt auf, dass Nordwestmecklenburg mit 8,2 % den geringsten Anteil am Bruttoinlandsprodukt von allen Landkreisen verzeichnet (Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern 2019). Auch schreitet die „Tertiärisierung“, also der Wandel zur Dienstleistungsgesellschaft, in dieser ländlichen

[67] Thünen Institut (2019): Daten und Fakten. Ökolandbau in Zahlen. https://www.thuenen.de/de/thema/oekologischer-landbau/aktuelle-trends-der-deutschen-oekobranche/oekolandbau-in-zahlen/, zuletzt geprüft am 24.02.2021

[68] Der Landkreis Ludwigslust war ein Landkreis, der im Zuge der Kreisgebietsreform 2011 mit dem Landkreis Parchim zum neuen Landkreis Ludwigslust-Parchim zusammengelegt wurde.

[69] Im Landkreis gab es 1.048 landwirtschaftliche Betriebe mit insgesamt 7.203 beschäftigten Personen (ILEK LUP 2016, S. 25).

[70] 714 sind Betriebe mit Viehhaltung (ILEK LUP 2016, S. 25).

[71] https://www.regionalstatistik.de, zuletzt geprüft am 24.02.2021.

Region langsamer voran (ILEK LUP 2016, S. 21)[72]. Für die VorAB-Analyse ist interessant, dass das produzierende Gewerbe im Landkreis stark durch die Ernährungswirtschaft geprägt ist: Mit den Molkereien in Wismar, Upahl und Dechow gibt es allein drei Standorte von milchverarbeitenden Betrieben mit überregionaler Bedeutung (ebd., S. 21f.).

Die Hektarerträge bei Getreide im Landkreis Nordwestmecklenburg sind die höchsten im Land. Sie liegen mit 84 Dezitonnen pro Hektar deutlich über dem Landesdurchschnitt von 59,5 dt/ ha. Das hat nicht zuletzt mit den im Landesvergleich hier vorherrschenden sehr guten Böden zu tun – „mit Ackerzahlen[73] von teilweise über 60" (ILEK NWM 2016, S. 26). Damit findet insbesondere der sogenannte „Marktfruchtanbau"[74] im Landkreis hervorragende Bedingungen. Dies hat Folgen für den Bodenmarkt: „Im Landkreis Nordwestmecklenburg [werden] mit den großflächig fruchtbarsten Böden des Landes auch die höchsten Preise pro Hektar gezahlt" (ebd.)

Anders als in Ludwigslust-Parchim liegen im Landkreis Nordwestmecklenburg die Betriebsgrößen etwas höher als im Landesdurchschnitt (und deutlich höher als im Bundesdurchschnitt)[75].

Der größte Unterschied zum benachbarten Landkreis ist beim ökologischen Landbau festzustellen: „Mit einem Anteil von nur 2,2 % an der gesamten landwirtschaftlich genutzten Fläche [Stand 2013] bildet der Landkreis Nordwestmecklenburg das Schlusslicht der Landkreise und kreisfreien Städte in Mecklenburg-Vorpommern […]." In diesem Bereich hat es in den letzten Jahren wenig Veränderungen geben, der geringe Anteil an ökologisch bewirtschafteter Fläche hat in Nordwestmecklenburg gegenüber den Jahren 2005 (2,9 %) und 2007 (2,3 %) laut Regionalstatistik sogar leicht abgenommen – gegen den Trend der wachsenden Bio-Branche.

Interessant ist in der VorAB-Region zudem das in Nordwestmecklenburg und Ludwigslust-Parchim gelegene Biosphärenreservat Schaalsee, das über Förderprogramme wie den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER, siehe Abschnitt „Landwirtschaftsrelevante Förderprogramme") Unterstützungsstrukturen für dort wirtschaftende Akteure und damit auch Ansatzpunkte für die Gestaltung von Stadt-Land-Beziehungen bietet.

Landwirtschaftspolitische Ziele:

Übergeordnetes Ziel der Landespolitiken in SH und MV im Transformationsfeld Landwirtschaft ist die gleichzeitige Orientierung auf Wettbewerbsfähigkeit und Nachhaltigkeit (siehe Kapitel 2.1).

In SH gehört die Sicherstellung der Versorgung der Bevölkerung mit hochwertigen, möglichst regionalen und nachhaltig produzierten Lebensmitteln zu den Grundsätzen und Zielen der Raumordnung im Bereich Land- und Forstwirtschaft, Fischerei (LEP SH 2010, S. 96). Die angestrebte Landbewirtschaftung

[72] So lag 2013 beispielsweise „die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im produzierenden Gewerbe mit 24,9 % deutlich über dem Landesdurchschnitt von 14,4 %. Demgegenüber sind nur 61,0 % der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Landkreis im Dienstleistungssektor beschäftigt, gegenüber 74,6 % im Landesdurchschnitt. Die Landwirtschaft ist mit 3,9 % im Landkreis zu 3,1 % im Land leicht überrepräsentiert" (ebd.).

[73] „Als Ackerzahl (AZ), auch Ackerwertzahl oder Bodenpunkte (BP), wird in Deutschland ein Index bezeichnet, der die Qualität einer Ackerfläche bemisst Die Skala möglicher Werte reicht von 1 (sehr schlecht) bis 120 (sehr gut)." (Wikipedia 2019: Ackerzahl, o. S., https://de.wikipedia.org/wiki/Ackerzahl, zuletzt geprüft am 22.12.2020).

[74] Das Thüringer Landesamt für Landwirtschaft und Ländlichen Raum (o. J.) erklärt den Begriff der Marktfrüchte wie folgt: „Marktfrüchte sind landwirtschaftliche Ernteerzeugnisse, die ohne Veredelung im Betrieb dem Markt zugeführt werden, wie z. B. Brotgetreide. […] Sie gelangen innerhalb eines Marktes als Lebensmittel in den Handel. Von einem Marktfruchtbetrieb wird gesprochen, wenn in ihm mehr als 50 % des Betriebseinkommens durch den Verkauf von Marktfrüchten erzielt werden. Der Gegenbegriff sind Futterpflanzen, die im sogenannten Futterbau angebaut werden." (https://tlllr.thueringen.de/landwirtschaft/pflanzenproduktion/marktfruechte, zuletzt geprüft am 19.01.2020)

[75] Mit 23,3 % gehören die meisten Betriebe der Größenklasse von 200-499 ha an.

soll „ressourcenschonend“ und „umwelt-gerecht“ sein (ebd.). Gleichzeitig soll die Leistungsfähigkeit durch die Verbesserung der Wirtschaftlichkeit und Wettbewerbsfähigkeit erhöht werden (ebd.). Dazu sollen sowohl konventionelle als auch ökologische Bewirtschaftungsformen sowie Erwerbsalternativen wie die Direktvermarktung gefördert werden. Neben der klassischen Produktion sollen neue stoffliche und energetische Verwertungsperspektiven für landwirtschaftliche Erzeugnisse erschlossen werden (ebd.).

SH teilt zudem das Ziel der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie, verabschiedet von der deutschen Bundesregierung, bis zum Jahr 2030 den Anteil der ökologisch bewirtschafteten Fläche an der gesamten landwirtschaftlich genutzten Fläche auf 20 % zu erhöhen (Müller 2020, o. S.). In der in einem breit angelegten Prozess in den Jahren 2000 bis 2003 erarbeiteten Nachhaltigkeitsstrategie „Zukunftsfähiges Schleswig-Holstein“ hatte sich das Land bereits für das Leitbild einer „multifunktionalen und nachhaltigen Landwirtschaft“ ausgesprochen und in verschiedenen Arbeitsgruppen die Potenziale dieses „Zukunftsfeldes“ eruiert und Maßnahmen entwickelt (Ministerpräsidentin des Landes Schleswig-Holstein 2004). Ausgangspunkt war dabei

> „die Erkenntnis, dass Landwirtschaft sich immer mehr zu einem Wirtschaftssektor entwickeln muss, der zu verschiedenen gesellschaftlichen Zielen gleichzeitig beitragen kann (zum Beispiel ressourcenschonende Nahrungsmittelerzeugung, nachwachsende Rohstoffe, regenerative Energien, Erhalt und Pflege einer vielgestaltigen Landschaft, Erhalt und Förderung der Artenvielfalt, Schutz der Naturgüter Boden und Wasser)“ (ebd., S. 57).

Mit der Orientierung am Konzept der Multifunktionalität folgt SH dem Leitbild der gemeinsamen europäischen Agrarpolitik, das seit den Agrarreformen von 1992 eingeführt und durch die Agenda 2000 bekräftigt wurde, um Fehlentwicklungen in der Europäischen Agrarpolitik abzubauen.

Auch die Landwirtschaft in MV ist, wie das Ministerium für Landwirtschaft und Umwelt erklärt, „multifunktional aufgestellt“ (Ministerium für Landwirtschaft und Umwelt 2020, o. S.). Das in MV gesteckte Ziel, im Jahr 2021 einen Umfang von 150.000 ha ökologisch bewirtschaftete Fläche zu erreichen, wurde bereits Mitte 2018 umgesetzt. Mit Stand vom 31.05.2019 wurden 169.782 ha ökologisch bewirtschaftet. Der ökologische Landbau ist seit 1998 (Stand 31.12.1998: 83.869 ha) um ca. 85.900 ha gewachsen[76].

Aktuelles Ziel in MV ist es, „am Markt ausgerichtete, wettbewerbsfähige und nachhaltig wirtschaftende landwirtschaftliche Unternehmen zu etablieren“ (ebd.). Gleichzeitig gelten für die Landkreise Ludwigslust-Parchim und Nordwestmecklenburg auch die Leitlinien des Regionalen Raumentwicklungsprogramms Westmecklenburg (RREP WM): Diese sehen vor, die Leistungsfähigkeit landwirtschaftlicher Betriebe zu erhalten und durch den Ausbau der Verarbeitung und Veredlung innerhalb der Region neue Erwerbsmöglichkeiten zu erschließen. „Zur Erhöhung der Wertschöpfung und zum Erhalt von Arbeitsplätzen in den Ländlichen Räumen sollen neue regionale Produktions- und Vermarktungskreisläufe entwickelt werden“ (RREP WM 2011, S. 25).

Konflikte:

Das Transformationsfeld Landwirtschaft ist geprägt von zahlreichen Konflikten: Boden ist eine endliche Ressource und deswegen naturgegeben knapp. Flächennutzungskonkurrenz als Problem wird seit Jahren diskutiert. Die Verringerung landwirtschaftlicher Flächen durch Umwandlung in Siedlungs- und Verkehrsflächen einerseits und durch Nutzungen für die Energieproduktion (z. B. in Form des Anbaus

[76] http://www.klimaschutzaktionen-mv.de/Land-und-Forst/Landnutzung/%C3%96kologischer-Landbau/, zuletzt geprüft am 19.01.2021.

von Energiepflanzen, Aufstellen von Photovoltaikanlagen) andererseits führt zu einem Anstieg der Bodenpreise. 2018 kostete nach Angaben des Statistischen Bundesamtes Ackerland 25.500 Euro je Hektar im Bundesdurchschnitt (zit. n. Deter 2020, o. S.). Diese Problematik adressiert beispielsweise auch das Regionale Energiekonzept Westmecklenburg und fordert, den „Entzug landwirtschaftlicher Nutzflächen durch andere Raumnutzungen sowie für die Energieproduktion soweit als möglich [zu vermeiden]“ (Regionaler Planungsverband Westmecklenburg o.J., S. 7). Steigende Bodenpreise lassen Landwirtschaftsflächen zur Geldanlage werden und verstärken Prozesse des Landgrabbings, bei denen Arten- und Umweltschutz auf der Strecke bleiben. Dieser Konflikt ist Teil des Streits über die Auszahlung der EU-Agrarsubventionen nach Hektar.

Hinzukommt, dass die Erzeugerpreise für landwirtschaftliche Produkte in den letzten Jahren einem immer schnelleren Auf und Ab der Märkte folgen und die wirtschaftliche Ertragslage zunehmend durch Folgen des Klimawandels (Dürren, Stürme) negativ beeinflusst wird[77].

Der Umgang mit diesen Krisen führt - auch in den Bundesländern der VorAB-Region – zu einer Spaltung der Landwirt*innen. Feststellbar ist zum einen eine Radikalisierung des Protests, zum Teil sogar unter Bezugnahme auf völkische Symbole, wie sie der Protest der Landwirt*innen in Oldenswort (SH) aufweist[78] (Maurin 2020, o. S.). Zum anderen zeigt sich in den Reaktionen und Kommentaren auf diese Form des Protestes auch eine Reproduktion und damit das Potenzial zur Verfestigung von Stadt-Land-Stereotypen (ebd.).

Uneinigkeit herrscht im Transformationsfeld Landwirtschaft auch in der Frage, ob und wie das Ziel erreicht werden soll, den Anteil der ökologisch erzeugten Produkte auf 20 % bis 2030 zu steigern. Laut Bundesprogramm Ökologischer Landbau und andere Formen nachhaltiger Landwirtschaft (BÖLN) erhöhte sich der Anteil ökologisch erzeugter Lebensmittel von 1,48 Milliarden Euro im Jahr 1997 auf 11,97 Mrd. Euro im Jahr 2019 und bestätigt die kontinuierlich steigende Nachfrage nach ökologisch erzeugten Produkten[79]. „Die hohe Nachfrage übersteigt derzeit die einheimische Produktion. Deutschland importiert daher Ökoprodukte. Ein Teil dieser Importe könnte auch im eigenen Land produziert werden“ – so das UBA[80]. „Damit würden die negativen Umweltwirkungen des Transports vermieden und der gesteigerten Nachfrage nach regionaler Erzeugung entsprochen werden“ (ebd.). In der Zielvorgabe der Steigerung des Anteils an ökologischem Landbau steckt nicht nur der Konflikt zwischen konventionellen und ökologisch wirtschaftenden Landwirt*innen, sondern auch der zwischen Erzeuger*innen und Produzent*innen sowie zwischen Markt und Gesellschaft: „Warum sollen wir einen Anteil von 20 Prozent Ökolandbau anstreben, wenn der Markt das gar nicht hergibt?“, fragte Anfang 2020 ein junger Landwirt auf einer Ökolandbautagung des Landwirtschaftsministeriums in Osterrönfeld bei Rendsburg in SH. „Den Leuten sind doch gute Klamotten oder ein neues Smartphone mehr Wert als gute Lebensmittel.“ (zit. n. Müller 2020, o. S.). Die Antwort von Gerold Rahmann, Direktor des Thünen-Instituts für Ökologischen Landbau in Trenthorst (Kreis Stormarn) auf diese Frage, verweist auf die politisch relevanten Regelungen und Einflussfaktoren bei der Gestaltung regionaler Landwirtschaft: „Immer wenn wir es mit Marktversagen zu tun haben, dann muss der Staat einspringen“ (ebd.). Bisher fehlt es aber an einer klaren Lenkung seitens der Politik, wie gerade von Landwirt*innen bemängelt wird.

[77] https://www.proplanta.de/agrar-nachrichten/agrarpolitik/agrarbericht-zeugt-von-robustheit-und-wettbewerbsfaehigkeit-der-branche_article1306901410.html, zuletzt geprüft am 19.01.2021.

[78] https://taz.de/Bauernprotest-in-Schleswig-Holstein/!5689633/, zuletzt geprüft am 19.01.2021.

[79] https://www.ble.de/DE/Themen/Landwirtschaft/Oekologischer-Landbau/BOELN/boeln_node.html, zuletzt geprüft am 22.12.2020.

[80] UBA – Umweltbundesamt (2020): Ökologischer Landbau. https://www.umweltbundesamt.de/daten/land-forstwirtschaft/oekologischer-landbau#anzahl-und-nutzflache-der-oko-betriebe-in-deutschland, zuletzt geprüft am 22.12.2020.

Landwirtschaftspolitisch relevante Regelungen und Einflussfaktoren bei der Gestaltung regionaler Landwirtschaft:

Als Reaktion auf die eingangs erwähnten Proteste der Landwirt*innen lud Bundeskanzlerin Angela Merkel Vertreter*innen von rund 40 landwirtschaftlichen oder im ländlichen Raum aktiven Verbänden zum Agrargipfel nach Berlin ein. Sie formulierte nicht nur Verständnis für den Druck, der auf Landwirt*innen laste, sie skizzierte im Gespräch eine dreifache Anforderung an Landwirtschaft. Diese solle „ökonomisch leistungsfähig", „ökologisch" und „regional sein" (zit. n. Stodieck 2020, S. 34). Zudem setzte die Bundesregierung die „Zukunftskommission Landwirtschaft" ein. Diese nahm im September 2020 ihrer Arbeit auf. Ihre 32 Mitglieder kommen aus den Bereichen Landwirtschaft, Wirtschaft und Verbraucher*innen, Wissenschaft, Umwelt- und Tierschutz.

Regionale Landwirtschaft ist jedoch Teil der agrarpolitischen Mehrebenenpolitik. Sie wird ganz maßgeblich geprägt sowohl von den Strategien, Richtlinien und Verordnungen der Gemeinsamen Europäischen Agrarpolitik (GAP) als auch von der Politik der EU zur Entwicklung des ländlichen Raums[81], die im Rahmen der sogenannten „Agenda-2000-Reform" eingeführt wurde. Die zentralen Vorgaben und die damit verbundene Finanzierung von Maßnahmen erfolgen damit auf EU-Ebene. D. h. nicht zuletzt über die Förderpolitik findet ein Einfluss auf die Ausgestaltung der regionalen Landwirtschaft statt. Welche Schwerpunkte dabei gesetzt werden, was gefördert wird, welche Modellprojekte initiiert werden, wirkt sich auf die regionale Landwirtschaft aus (siehe auch Abschnitt „Landwirtschaftsrelevante Förderprogramme").

Ende Oktober 2020 haben sich sowohl das Europäische Parlament als auch der Europäische Rat auf Vorschläge für eine Agrarreform für die kommenden sieben Jahre geeinigt. Herausgekommen ist keine klare Orientierung an einer Agrarwende: Das bisherige System der Agrarsubventionen bleibt bestehen. 60 % der Gelder werden im Rahmen der 1. Säule der GAP weiterhin als Direktzahlungen an die Landwirt*innen je Hektar landwirtschaftlicher Fläche vergeben. Statt ökologisches Engagement zu belohnen und die Umweltauflagen für die Direktzahlungen zu stärken, müssen Landwirt*innen nach wie vor nur 5 % ihrer Äcker als ökologische Vorrangflächen (ÖVF) vorhalten und entsprechend bewirtschaften. Die zweite Säule der GAP, die Förderprogramme für die nachhaltige und umweltschonende Bewirtschaftung und die ländliche Entwicklung umfasst, bleibt auch ab 2021 nachgeordnet.

[81] Die von der EU-Kommission festgelegten drei langfristigen Ziele der Entwicklung des ländlichen Raums für den Zeitraum 2014-2020 sind: „Förderung der Wettbewerbsfähigkeit der Landwirtschaft", „Gewährleistung der nachhaltigen Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen und Klimaschutz" sowie „Erreichung einer ausgewogenen räumlichen Entwicklung der ländlichen Wirtschaft und der ländlichen Gemeinschaften, einschließlich der Schaffung und des Erhalts von Arbeitsplätzen". Diese übergeordneten Ziele kommen in den folgenden sechs Prioritäten der EU für die Politik zur Entwicklung des ländlichen Raums zum Ausdruck:

„1. Förderung von Wissenstransfer in der Land- und Forstwirtschaft und den ländlichen Gebieten;

2. Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit aller Arten von Landwirtschaft und der Rentabilität der landwirtschaftlichen Betriebe;

3. Förderung einer Organisation der Nahrungsmittelkette und Förderung des Risikomanagements in der Landwirtschaft;

4. Wiederherstellung, Erhaltung und Verbesserung von Ökosystemen, die von der Land- und Forstwirtschaft abhängig sind;

5. Förderung der Ressourceneffizienz und Unterstützung der Land- und Forstwirtschaft sowie der Lebensmittelbranche beim Übergang zu einer CO_2-armen und klimaresistenten Wirtschaft;

6. Förderung der sozialen Eingliederung, der Armutsbekämpfung und der wirtschaftlichen Entwicklung in den ländlichen Gebieten."

Es bleibt abzuwarten, ob und wie in Deutschland Bund und Länder die verbleibenden Spielräume nutzen und künftig jene Landwirt*innen mit mehr Subventionen ausstatten werden, die mehr für Klima- oder Gewässerschutz oder Artenvielfalt tun. Die 2017 vom Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft veröffentlichte „Zukunftsstrategie ökologischer Landbau (ZöL)“[82] könnte dazu beitragen, zumindest das 20 %-Ziel der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie bis 2030 zu erreichen.

Neben politischem Willen und Geld gehören zu den weiteren zentralen Einflussfaktoren für die Ausgestaltung regionaler Landwirtschaft Kooperationen und Wissen. Viele agrarökologische Maßnahmen sind noch nicht ausreichend erforscht, es braucht Fachberater*innen und Netzwerke, um das Wissen zu verbreiten (INKOTA 2019, Asendorpf; Grefe 2020, S. 34). Ob und wie die digitale Transformation die Agrarwende unterstützen kann – etwa durch den praktischen Einsatz neuer Technologien zur Prozessautomatisierung und -optimierung – gehört zu den offenen Fragen in diesem Transformationsfeld.

Landwirtschaftsrelevante Förderprogramme:

Die Ebene der Europäischen Union ist auch für die Vergabe von Geldern zur Förderung der Landwirtschaft zentral. Über die GAP werden Mittel sowohl für die einzelnen Landwirt*innen als auch für die ländlichen Regionen in den Mitgliedsstaaten der EU bereitgestellt. Insgesamt standen für die Agrarförderung allein in Deutschland von 2014 bis 2020 jährlich rund 6,2 Milliarden Euro an EU-Mitteln zur Verfügung[83]. Neben den Direktzahlungen der ersten Säule der GAP an die Landwirt*innen im Rahmen der gemeinsamen Marktorganisation[84], die je Hektar landwirtschaftlicher Fläche gewährt werden, waren darin auch die Mittel für Förderprogramme der zweiten Säule der GAP zur Entwicklung des ländlichen Raums enthalten. Maßnahmen der zweiten Säule werden über den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER)[85] finanziert sowie aus regionalen oder nationalen Mitteln kofinanziert.

In Deutschland ist die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK)[86] das wichtigste Förderinstrument zur Unterstützung der Landwirtschaft. Das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft hat einen Förderwegweiser erstellt, um Orientierung in dem nur schwer zu überblickenden „Förder-Dschungel“ des landwirtschaftspolitischen Mehrebenensystem zu bieten. Dieser Wegweiser skizziert die (Ko)Finanzierung über Bundes- und Landesmitteln[87]. Denn während die Europäische Kommission die Programme zur Entwicklung des ländlichen Raums genehmigt und überwacht, ist die Auswahl der Projekte und die Zuteilung von EU-Finanzmitteln Aufgabe der nationalen und regionalen Verwaltungsebenen[88].

---

[82] https://www.bmel.de/DE/themen/landwirtschaft/oekologischer-landbau/zukunftsstrategie-oekologischer-landbau.html, zuletzt geprüft am 19.01.2021.

[83] https://www.bmel.de/DE/themen/landwirtschaft/eu-agrarpolitik-und-foerderung/gap/gap-nationale-umsetzung.html, zuletzt geprüft am 19.01.2021.

[84] Ziele der 1. Säule sind: die Märkte zu stabilisieren, den Landwirt*innen eine angemessene Lebenshaltung zu gewährleisten und die Produktivität in der Landwirtschaft zu erhöhen (https://www.europarl.europa.eu/factsheets/de/sheet/108/die-erste-saule-der-gap-i-die-gemeinsame-marktorganisation-gmo-fur-landwirtschaf, zuletzt geprüft am 19.01.2021).

[85] Der ELER-Haushalt für den Zeitraum 2014–2020 beläuft sich auf rund 100 Milliarden Euro.

[86] https://www.bmel.de/DE/themen/landwirtschaft/eu-agrarpolitik-und-foerderung/gap/gap-nationale-umsetzung.html, zuletzt geprüft am 19.01.2021.

[87] Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (2019): Förderwegweiser. https://www.bmel.de/DE/themen/laendliche-regionen/foerderung-des-laendlichen-raumes/bund-und-laender-foerderung/foerderwegweiser.html, zuletzt geprüft am 22.12.2020.

[88] https://ec.europa.eu/info/food-farming-fisheries/key-policies/common-agricultural-policy/rural-development_de, zuletzt geprüft am 19.01.2021.

Hinzu kommt: Die Entwicklung der ländlichen Räume wird zwar vielfach mit Zukunftsfragen im Bereich Landwirtschaft assoziiert, ist damit aber nicht deckungsgleich (Mölders; Burandt; Szumelda 2017, S. 65ff.). So umfasst dann auch in MV das über ELER finanzierte Landesprogramm (2014-2020) zwei Förderbereiche, die keinen unmittelbaren Bezug zur (nachhaltigen) Landwirtschaft aufweisen[89]. Gleichzeitig fördert das Land MV zum einen im Rahmen des Aktionsplans „Klimaschutz Mecklenburg-Vorpommern“ Maßnahmen in den Bereichen „Nachhaltige Landwirtschaft“ und „Ökologischer Landbau“, um insbesondere eine Humusanreicherung in landwirtschaftlich genutzten Böden und damit eine bessere CO_2-Bindung zu erreichen[90]. Zum anderen gewährt das Land „zur Unterstützung einer wettbewerbsfähigen, nachhaltigen, besonders umweltschonenden, besonders tiergerechten und multifunktionalen Landwirtschaft für investive Maßnahmen in landwirtschaftlichen Unternehmen“ im Rahmen des Agrarinvestitionsförderungsprogramm (AFP) Zuwendungen. Die Verbesserung des Verbraucher*innen-, Tier-, Umwelt- und Klimaschutzes stehen dabei besonders im Fokus[91].

In SH werden im „Landesprogramm ländlicher Raum 2014-2020 (LPLR)“ Fördermittel des europäischen ELER, der GAK und des Landes selbst gebündelt[92]: Z. B. werden zur Stärkung von Innovationen in der Landwirtschaft Beratungsleistungen in nachhaltigkeitsorientierten Feldern (nachhaltige Landwirtschaft, Gewässer-, Klima-, Boden- und Tierschutz) gefördert. Neben der Förderung des lebenslangen Lernens und der beruflichen Bildung in der Land- und Forstwirtschaft liegt in SH ein weiterer Schwerpunkt in der Einführung der ökologischen Bewirtschaftung sowie in der Unterstützung von Landwirten bei deren Beibehaltung/ Fortführung[93]. Auch die regionale Verarbeitung für landwirtschaftliche Produkte wird ausdrücklich gefördert (ebd.).

Zu den für die VorAB-Region relevanten Förderprogrammen zählt – ebenfalls als Bestandteil des ELER – auch LEADER: ein Bottom-up-Ansatz, mit dem seit 1991 durch die EU innovative Aktionen im ländlichen Raum gefördert werden und bei dem Landwirt*innen, Unternehmen im ländlichen Raum, lokale Organisationen, Behörden und Einzelpersonen aus verschiedenen Sektoren in lokalen Aktionsgruppen (LAG) zusammenkommen. Die LAG erarbeiten ihre eigenen lokalen Entwicklungsstrategien und verwalten auf dieser Grundlage ihre eigenen Haushalte. Über LEADER sind z. B. Entwicklungskonzepte von Einzellandkreisen (wie ILEK LUP 2016, ILEK NWM 2016) sowie das Regionale Entwicklungskonzept Ostholstein (RegiOH) entstanden[94]. In den Landkreisen der VorAB-Region sind derzeit mehrere LAGs aktiv[95].

Angehalten sind die Länder der VorAB-Region auch, die Europäischen Innovationspartnerschaft „Landwirtschaftliche Produktivität und Nachhaltigkeit“ (EIP-Agri) umzusetzen. Die Richtlinie EU-Leitlinie EIP-

[89] 1. Förderbereich: Nachhaltige ländliche Entwicklung, hier liegt der Schwerpunkt auf der sozialen und kulturellen Nachhaltigkeitsdimension, sowie 2. Förderbereich: Wiedernutzbarmachung devastierter Flächen sowie Rekultivierung von Siedlungsabfalldeponien, https://www.regierung-mv.de/Landesregierung/em/Bau/L%C3%A4ndliche-Entwicklung-%E2%80%93-ELER/, zuletzt geprüft am 19.01.2021.

[90] Ministerium für Energie, Infrastruktur und Digitalisierung Mecklenburg-Vorpommern (o. J.): Aktionsplan Klimaschutz Mecklenburg-Vorpommern. http://www.klimaschutzaktionen-mv.de/Land-und-Forst/Landnutzung/%C3%96kologischer-Landbau/, zuletzt geprüft am 22.12.2020.

[91] https://www.service.m-v.de/foerderfibel/?sa.fofifoerderung.foerderung_id=24&sa.fofi.kategorie_id=1, zuletzt geprüft am 19.01.2021.

[92] https://www.schleswig-holstein.de/DE/Fachinhalte/F/foerderprogramme/MELUR/LPLR/lplr.html, zuletzt geprüft am 19.01.2021.

[93] https://www.schleswig-holstein.de/DE/Fachinhalte/F/foerderprogramme/MELUR/LPLR/Downloads/lplr10072020.pdf?__blob=publicationFile&v=4, zuletzt geprüft am 19.01.2021.

[94] https://www.schleswig-holstein.de/DE/Fachinhalte/L/landesplanung_raumordnung/raumordnungsplaene/regionalplaene/regionalplan_II.html/, zuletzt geprüft am 19.01.2021.

[95] Vgl. z. B. https://www.regierung-mv.de/Landesregierung/lm/Laendliche-Raeume/Leader/, zuletzt geprüft am 19.01.2021.

Agri ist als Teil der zweiten Säule der GAP beispielsweise im LPLR in SH seit 2015 verankert. Bis 2021 stehen 10 Mio. € für EIP-Projekte zur Verfügung. Mit EIP-Mitteln werden aktuell 29 „Operationelle Gruppen“ (OG) bei der Entwicklung und Erprobung von Innovationen unterstützt. In diesen OG arbeiten Landwirt*innen, Wissenschaftler*innen, Berater*innen, NGOs und Wirtschaftspartner*innen gemeinsam an der Entwicklung und Erprobung einer Innovationsidee mit hoher Praxisrelevanz[96].

In MV wird aktuell über EIP-Agri-Mittel im Rahmen des Entwicklungsprogramms für den ländlichen Raum (EPLR MV 2014 – 2020) die operationelle Gruppe „Wildfrüchte“ gefördert, um das Produktions- und Verwertungspotenzial heimischer Wildobstarten zu optimieren und zu erweitern.

Trotz der Fülle von Förderprogrammen lässt sich konstatieren: Zugänge zu Fördermitteln und inhaltliche Gewichtungen von Programmen sind selbst Teil von Gerechtigkeitsfragen. Die Verteilung von Geldern zeugt von Prioritätensetzungen und Bewertungen in diesem Transformationsfeld, die selbst zum Gegenstand von Aushandlungen werden müssen, soll eine sozial-ökologische Agrarwende gelingen: Beispielsweise machen Forschungsgelder für den Biolandbau derzeit „nur zwei Prozent vom öffentlichen Kuchen“ aus, wie der Direktor des Thünen-Instituts im Kreis Stormarn unlängst kritisierte (zit. n. Müller 2020, o. S.).

Landwirtschaftspolitisch relevante Kooperationen und Vernetzungen:

Im Transformationsfeld Landwirtschaft finden sich zahlreiche Interessensvertretungen, die bundesweit agieren, die aber auch in den beiden Bundesländern der VorAB-Region bzw. in dieser selbst aktiv sind, wie etwa der Deutsche Bauernverband mit seinen Kreisbauernverbänden oder die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL). Zudem sind viele der untersuchten avantgardistischen Akteur*innen Mitglied in Bioverbänden wie Naturland e.V., Demeter e.V., Bioland e.V. oder Biopark e.V.

Die zuvor beschriebenen Förderprogramme wie ELER, LEADER oder EIP-Agri haben nicht zuletzt die Bildung von kooperativen Netzwerken zum Ziel: Über diese Programme sind zahlreiche Kooperationen entlang der Wertschöpfungskette bzw. zwischen Produktion, Bildung, Beratung und Zivilgesellschaft entstanden und werden auch zukünftig potenziell möglich sein, um neue Prozesse, Produkte, Technologien, Methoden und Dienstleistungen zu erproben.

Das Transformationsfeld Landwirtschaft ist entsprechend durch verschiedenste und vielfältige Kooperationen gekennzeichnet, die im Rahmen dieses Papieres nicht vollständig aufgeführt werden können. Es lassen sich allein in den beiden Bundesländern der VorAB-Region zahlreiche tätige Netzwerke identifizieren. Dazu zählen u. a. so bekannte wie etwa

- das „Netzwerk Solidarische Landwirtschaft“, das wiederum mit anderen bundesweit aktiven Netzwerken und Organisationen aus dem Bereich Landwirtschaft kooperiert (wie der Kulturland e.G., der Regionalbewegung, die bereits genannte AbL e.V., sunu e.V. – Software für solidarische Landwirtschaft sowie World Wide Opportunities on Organic Farms – Deutschland) oder
- das „Netzwerk Ökologischer Landbau Mecklenburg-Vorpommern“, dessen Koordinierungsstelle bei der Landesforschungsanstalt für Landwirtschaft und Fischerei MV angesiedelt ist.

[96] Die ausgewählten Vorhaben reichen „vom innovativen Weidemanagement nach irischem Vorbild über Tierwohl-Check für mehr Tierwohl im Kuhstall mit digitalen Hilfsmitteln bis zur betrieblich-digitalen Vernetzung landwirtschaftlicher Technik unterschiedlicher Generationen und Hersteller“ (MELUND – Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung (2020). https://www.schleswig-holstein.de/DE/Fachinhalte/F/foerderprogramme/MELUR/LPLR/Foerderwegweiser/16_1_UmsetzungEIP.html, zuletzt geprüft am 20.12.2020).

Mit der Landesvereinigung „Ökologischer Landbau Schleswig-Holstein und Hamburg e.V." existiert ein ebensolches Netzwerk in SH.

Geförderte Beratung im Ökolandbau, Naturschutz, Moorschutz wird in MV und SH u. a. von ÖKORING angeboten – einer Plattform von (und für) unabhängige(n) Beratungskräfte im Bereich nachhaltiger Landwirtschaft.

Zu den landwirtschaftlichen Kooperationen im Landkreis Ludwigslust-Parchim gehört auch das über LEADER SüdWestMecklenburg geförderte Streuobst-Netzwerk MV, das verschiedene Akteure aus dem Bereich Landwirtschaft, (Agro)Biodiversitätserhalt und Naturschutz zusammenbringt und das überregionale Kooperationen – u. a. zu Streuobstwiesenprojekten in Niedersachsen als auch zum Hanse-Obst-Projekt Lübeck – unterhält.

In der VorAB-Region etabliert das in Nordwestmecklenburg und Ludwigslust-Parchim gelegene Biosphärenreservat Schaalsee sein Netzwerk aus Partner*innen durch die Vergabe und Einwilligung zur Verwendung der Regionalmarke „Biosphärenreservat Schaalsee – Für Leib und Seele"[97].

Seit dem Frühjahr 2019 befindet sich in MV zudem das Netzwerk „LERNORT BAUERNHOF" in Gründung. Es ist ein Zusammenschluss von Landwirt*innen, Gärtner*innen, Schulbauernhöfen, Umweltbildner*innen und verarbeitenden Betrieben. Es versteht sich als Schnittstelle zwischen Produzent*innen und Verbraucher*innen. Vernetzung, Erfahrungs- und Informationsaustausch der vielfältigen Akteur*innen untereinander stehen im Zentrum. Perspektivisch soll das Netzwerk als Ansprechpartner für außerschulische Bildung zur Verfügung stehen[98].

*3.3.3.2 Akteur*innen*

Die von VorAB recherchierten Akteur*innen dokumentieren in ihrer Vielzahl zum einen die große Bandbreite im Bereich Landwirtschaft insgesamt. Zum anderen sind in diesem Transformationsfeld auch die meisten avantgardistischen Akteur*innen zu finden – in allen Positionen und Funktionen innerhalb der Wertschöpfungskette. Doch selbst angesichts der hohen Zahl der identifizierten Akteur*innen erheben wir keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Denn die Desktop-Recherche fußt wesentlich auf der geleisteten Öffentlichkeitsarbeit der Akteur*innen. So wissen wir beispielsweise über die statistischen Vergleichszahlen aus den Landkreisen, dass wir aus der Gruppe der Urproduzent*innen bei weitem weder alle konventionell noch ökologisch wirtschaftenden Betriebe erfasst und hinsichtlich ihrer avantgardistischen Charakteristika analysiert haben.

Gleichwohl bilden die Urproduzent*innen die größte Gruppe: Sie erzeugen Getreide, Gemüse, Obst und Kräuter, betreiben Viehzucht. Manche Höfe betreiben zudem eine eigene Imkerei. Schäfereien und Gärtnereien gehören ebenfalls zu den Urproduzent*innen. Einige der Erzeuger*innen verarbeiten die produzierten Lebensmittel gleich weiter: In angeschlossenen Bäckereien, Hofcafés und Restaurants und/ oder bieten sie in Hofläden an. Andere beliefern Bio-Bäckereien und Bio-Metzgereien. Neben der Direktvermarktung, die sich auch über Liefer- und Abokisten vollzieht, sind Erzeuger-Verbraucher-Genossenschaften wichtige Akteur*innen in der Wertschöpfungskette für die Vermarktung in regionalen Supermärkten. Zusätzlich zur Urproduktion erbringen viele der landwirtschaftlichen Betriebe verschiedenste Dienstleistungen: Von der Landschaftspflege der Schäfer*innen im Biosphärenreservat Schaalsee, über die Vermietung von Ferienwohnungen auf dem Hof, die Bereitstellung von Rezepten auf der eigenen Website bis hin zur Unterhaltung eines Kindergartens oder sozialer Inklusionsprojekte auf dem landwirtschaftlichen Betrieb. Bildungs- und Beratungsarbeit ist ein weiterer Bereich, in dem

[97] https://www.schaalsee.de/inhalte/download/Vergabekriterien-zusammengefasst-low.pdf, zuletzt geprüft am 19.01.2021.
[98] https://lernort-bauernhof-mv.de, zuletzt geprüft am 19.01.2021.

einige der recherchierten Akteur*innen aktiv sind – sowohl dauerhaft als Ausbildungs- und ökologischer Demonstrationsbetriebe, als auch temporär durch das Angebot in Form von Workshops, Tagungen, Exkursionen und Vorträgen.

Entgegen den verbreiteten Stereotypen von traditioneller bis rückständiger Landwirtschaft lässt sich für die Akteur*innen des Transformationsfelds Landwirtschaft feststellen: Ihr Innovationsgrad ist hoch. Gemeinschaften wie die solidarischen Landwirtschaften übernehmen Mitverantwortung für Betriebe und werden zu Mitgestalter*innen der Landwirtschaft. Akteur*innen erproben beteiligungsorientierte Mehrfachstrategien (wie Kuhaktien, Open Source Bread, Rent a Cow-Modelle) und nutzen dabei die gesellschaftlichen Trends auf ungewohnte Art. Auch Verflechtungen zu den anderen beiden Transformationsfeldern lassen sich bei Akteur*innen, die in der Landwirtschaft verortet sind, finden – beispielsweise, wenn Agroforstelemente einfließen oder hofeigene Energieerzeugung stattfindet. Insbesondere von avantgardistischen Netzwerken wird als Ziel formuliert, die Kluft zwischen Stadt und Land, landwirtschaftlichen und urbanen Lebenswelten überbrücken zu wollen.

3.3.4 Gemeinsamkeiten und Unterschiede: Eine erste Zusammenführung

Zu den Motiven und Haltungen der Akteur*innen in den drei Transformationsfeldern Wald, Energie und Landwirtschaft, ihrer ökonomischen Ausrichtung, ihren Organisationsformen, Besitz-, Produktionsverhältnissen und Vermarktungsstrategien sowie Kooperationen und Konflikten kann eine Desktop-Recherche mit ihrer heterogenen und undifferenzierten Datenpräsentation nur erste und grobe Anhaltspunkte liefern. Eine detaillierte Erhebung ist Bestandteil des nächsten Arbeitsschrittes im AP 2. Dennoch, einige Eindrücke zu Gemeinsamkeiten und Unterschieden der Akteur*innen in der VorAB-Region konnten herausgearbeitet werden. Sie werden im Folgenden unter verschiedenen Perspektiven diskutiert und zu Erkenntnissen aus anderen Forschungen ins Verhältnis gesetzt.

Motive, Haltungen und Gründe für die andere (avantgardistische) Art des Wirtschaftens:

Von den recherchierten Akteur*innen aller drei Transformationsfelder, die als „av" kategorisiert wurden, wird der übergeordnete Veränderungswunsch nach einer grundlegenden Neuausrichtung des Wirtschaftens angegeben. Als dahinterstehende Motivation wird der Wunsch nach Nachhaltigkeit, Zukunftsfähigkeit und die Notwendigkeit zur sozial-ökologischen Transformation angeführt. Von Mitgliedern der Bürgerenergiegenossenschaften ist bekannt, dass für ihre Aktivitäten sowohl soziale als auch ökologische und ökonomische Motive leitend sind und sie deren Kombination als eine Win-Win-Situation betrachten (Klemisch; Boddenberg 2016). Als Ziel gilt den recherchierten Akteur*innen, die sich dazu äußern, eine Ökonomie, die dem vorsorgenden Handeln Chancen eröffnet und für mehr Gerechtigkeit und Resilienz sorgen soll. Faire Preise und ein starker Fokus auf die Regionalwirtschaft spielen dabei eine zentrale Rolle (insbesondere SoLaWi, Erzeuger-Verbraucher-Organisationen). In VorAB wäre weiter herauszuarbeiten, welche Regionalisierungsstrategie(n) die Akteur*innen im Einzelnen tatsächlich verfolgen, ob bspw. eine strikte Abkopplung favorisiert wird oder eher eine „Ökonomie der Subsidiarität", die „Vorfahrt für regionale und dezentrale Produktion und nachhaltigkeitsorientierte Regulierung der internationalen Güterströme mit dem Ziel [meint], Wettbewerbsfairness und ‚ökologisch wahre' Preise sicherzustellen." (Loske 2018, S. 51). Oder, ob sie eher im Sinne von Resilienz, zu einer Art „Regionalautonomie" beitragen wollen, d. h. einen höheren Grad an Robustheit durch größere Unabhängigkeit von überregionalen Stoff-, Güter- und Finanzströmen erreichen wollen, sprich „die sukzessive Stärkung und Immunisierung der Region gegenüber zu großer Abhängigkeit von außen" (ebd., S. 54).

Vor allem im Bereich Land- und Energiewirtschaft geht es den recherchierten Akteur*innen um Wirtschaftsformen, die (ökonomische) Teilhabe und gesellschaftliche Mitbestimmung an der Energie- und der Agrarwende (Bürgerenergien und SoLaWis) ermöglichen. Dies verweist auf das große Interesse an mehr demokratischer Mitgestaltung der Landnutzung und des Energiesektors und zeugt von veränderten Wertevorstellungen (Engel et al. 2018, S. 228). Die als „av" kategorisierten Urproduzent*innen im Bereich Waldwirtschaft arbeiten nach dem prozessschutzorientierten Lübecker Waldmodell (Sturm 1993, 2013; siehe auch Tabelle 2, Klassifizierung der Transformationsfelder, S. 26-27) mit einem Ansatz, der unter Beteiligung von Naturschutzverbänden entwickelt wurde – ein bislang einmaliger Vorgang. Denn noch immer hat die Forstverwaltung deutschlandweit eher wenig Erfahrung mit öffentlicher Mitgestaltung. Beteiligungsorientierte Ansätze erleichtern jedoch die gesellschaftliche Öffnung und wirken auf die gegenseitige Akzeptanz von sich gegenüberstehenden Positionen, wie man vom Umgang mit Energiekonflikten weiß (z. B. Klemisch; Boddenberg 2016). Ein solches Vorgehen erscheint daher insbesondere in Zeiten zunehmend heftiger Landnutzungskonflikte durchaus weiterführend.

Ein weiterer Grund für andere Formen des Wirtschaftens, der v. a. von den land- und energiewirtschaftlichen (punktuell auch von waldwirtschaftlichen) Akteur*innen angegeben wird, ist die sog. Prosumer-Perspektive (Toffler 1983). Darunter ist zu verstehen, dass die Mitglieder im Wirtschaftsgeschehen zugleich Erzeuger*, Händler* oder Käufer*innen sind und damit die Rollenstruktur als Konkurrent*innen, die sich in der Wahrnehmung ihrer Interessen am Markt gegenüberstehen, überwunden wird. Von einer solchen Re-Integration von Produktion und Konsum wird sich ein Trend zur Re-Regionalisierung der Produktions- und Konsumtionsstrukturen versprochen – zumindest partiell eine Emanzipation von kapitalistischen Marktstrukturen (vgl. auch Elsen 2014, S. 36, Loske 2016, S. 51, Boddenberg et al. 2017, S. 245ff.). Es gilt außerdem als ressourcenschonender, die erzeugte Energie im Nahbereich bzw. durch die Erzeuger*innen selbst direkt zu verbrauchen ebenso wie die Direktvermarktung von land- und forstwirtschaftlichen Produkten (z. B. Verkauf über ein Hofcafé oder -laden bzw. über den forstbetriebseigenen Holzhof). Prosuming-Aktivitäten sind als Antwort auf Krisen zu verstehen: Denn die Trennung von Produktion und Konsum als Kennzeichen moderner Ökonomie hat zu einer „Entfremdung“ geführt, die sich in globalisierten Zeiten in einer Trennung über Kontinente hinweg äußert und z. B. in einer Arbeitsteilung spiegelt, in der alle Prozesse in Teilzuständigkeiten zergliedert und die Verantwortung nur für den jeweils eigenen „Zuständigkeitsbereich“ übernommen wird. Die Konsument*innen sind abgekoppelt von den Umständen des Produzierens, sie sehen, hören und riechen nichts mehr davon. Prosuming vermag die Wiederaneignung der „systemischen“, „integrativen“ und „prozessorientierten“ Produktion zu initiieren, das Wissen um die Dinge und ihre Wertschätzung zu erhöhen (ebd.). Bürgerenergien führen zu einer gesellschaftlichen „Wiedereinbettung“ der Energieversorgung (siehe BBEn 2020), im Bereich der Landwirtschaft finden sich Erzeuger-Verbraucher-Gemeinschaften, Gemüsekisten-Abonnements, Ökodörfer, SoLaWis, die aktuell jedoch noch ein Nischendasein fristen (siehe zum Beispiel Fördergemeinschaft Ökologischer Landbau Berlin-Brandenburg e. V. 2015).

Gemeinwohlperspektive in der Bewirtschaftung: Gerechtigkeit statt Profitfokus:

Den Bewirtschaftungsansätzen der recherchierten Akteur*innen liegt eine mal mehr, mal weniger explizierte Gemeinwohlorientierung (vgl. dazu Diefenbacher; Douthwaite 1998, Felber 2014) zugrunde. Die Akteur*innen im Bereich der Wald- und Landwirtschaft haben dabei auch die Verbesserung von Ökosystemleistungen wie Bodenfruchtbarkeit, Grundwasserreinigung und Schadstofffilter im Blick, wollen zum Biodiversitäts- und Klimaschutz oder z. T. mit Bildungs-, Kultur- und Freizeit-/ Sportangeboten zur seelischen Erbauung, Erholung und Gesundheit beitragen. Die Gemeinwohlperspektive der Bürgerenergien liegt v. a. in einer anderen Teilhabeperspektive (mehr Gerechtigkeit im Zugang zu Energie, der Gewinn-/ Lastenverteilung), Energiesouveränität/ -autonomie sowie im Klimaschutz und einem reduzierten Ressourcen- und Umweltverbrauch durch die dezentrale und lokale Versorgung.

Avantgardistische Akteur*innen wie SoLaWis aber auch Erzeuger-Verbraucher-Genossenschaften, wie z. B. Landwege, mit festen regionalen Partner*innen, sind aus einer Gerechtigkeitsperspektive unter anderem deswegen interessant, weil sie sich dem gängigen ökonomischen Wachstumsgedanken entgegenstellen. Sie setzen auf gelebte Regionalität, was wiederum die Gerechtigkeitsverhältnisse zwischen Stadt und Land neu konfiguriert, z. B. indem darüber im urbanen Raum die Absatzmöglichkeiten für gemeinwohlwirtschaftlich erzeugte Produkte vergrößert werden können.

Eines der Hauptprobleme zwischen Stadt und Land mit Blick auf Gerechtigkeit im Transformationsfeld Landwirtschaft liegt darin, dass die Stadtbevölkerung gesunde, ressourcen-schonend hergestellte, tiergerechte und regionale Nahrungsmittel möchte, aber nicht unbedingt bereit ist, wesentlich mehr dafür zu zahlen. Zudem fördern die Strukturen der Landwirtschaftsförderung weiterhin die großen (und häufig die eher wenig nachhaltigen) Betriebe, aber eben nicht die „nachhaltigsten“, was diese Wachstums-

und Käufer*innen-Logik weiter unterstützt. Gemeinwohlorientierung bietet bislang noch keinen wirklichen Marktvorteil. Diese können sich bislang vorwiegend besser Verdienende leisten. Aber letztlich sind konventionell erzeugte Lebensmittel billiger, weil die „Umwelt-Kosten" dieser landwirtschaftlichen Praxis nicht im Produktpreis enthalten und vergesellschaftet sowie der nachfolgenden Generation aufgebürdet werden.

Schutz und Nutzung: Wertschätzung von Ökosystemleistungen:

Die avantgardistischen Akteur*innen im Bereich Wald- und Landwirtschaft befürworten den Rechercheergebnissen nach auch extensive Nutzungsweisen und den Blick auf das Ökosystem als Ganzes, anstatt sich starr dem Erhalt der profitablen ressourcenliefernden Merkmale des Systems zu verschreiben. Im betrieblichen Ablauf wird auf die Vereinbarkeit von Schutz und Nutzung, auf vorsorgendes Wirtschaften, gesetzt, wobei der Ansatz „Schutz durch Nutzung“ in der Waldwirtschaft auf eine lange Tradition zurückblickt und eine höchst konfliktreiche Interpretationsbreite aufweist. Es gehört zum Selbstverständnis konventioneller forstlicher Bewirtschaftungsansätze, dass im Rahmen einer ordnungsgemäßen Waldwirtschaft mit gezielten pflegerischen Eingriffen (Fördern und Zurückdrängen) zum Erreichen eines hohen Anteils an holzwirtschaftlich interessanten Produkten die Wohlfahrtswirkungen des Waldes (Naturschutz, Erholungsfunktion) quasi von selbst auftreten (Kielwassertheorie, Rupf 1960). Diesem Ansatz zufolge wird Schutz durch Nutzung also als ein Automatismus begriffen. Im ökologischen, prozessorientierten Ansatz wird etwas diametral anderes darunter verstanden: Hier wird Nutzung nur in einem Umfang und in einer Weise betrieben, welche sich konsequent an Naturdynamik und am Prinzip minimalistischer Eingriffsregelung (bzgl. Verjüngung, Baumalter, Strukturbildung) und an der Entnahme einzelner gereifter Qualitätshölzer orientiert (Sturm 1993, 2013).

Die Wahrnehmung, Wertschätzung und Bewertung der Ökosystem-Leistungen von Wäldern für die Stadt ist (selbst in den meisten Bereichen der Stadtverwaltung) laut Aussage unseres Praxispartners eher gering ausgeprägt und zeigt sich v. a. nicht monetär. Dies gilt auch und v. a. für die verschieden qualitätsvollen Ökosystemleistungen unterschiedlich bewirtschafteter Wälder. Bis heute gibt es im Grunde keine Bewertungsgrundlage für eine stärker gemeinwohlorientierte Waldwirtschaft, in der z. B. der Kommunalwald in der Funktion als Gemeinschaftsgut im Vordergrund steht und nicht als Einnahmequelle aus Holzverkauf für die Kommune[99]. Manche der hier recherchierten land- und waldwirtschaftlichen Akteur*innen sind zertifiziert (Natur-/ Bioland, Demeter, FSC/ PEFC) oder haben eigene Leitlinien entwickelt. Gemeinwohlbilanzierungen[100] hat bislang offenbar keine*r der Akteur*innen durchgeführt.

Bildungs- und Erlebnisangebote im Wald werden stark von Städter*innen genutzt und bieten die Chance, Wald umfassender kennenzulernen. Dies kann zu einer anderen Wahrnehmung und Wertschätzung dieses Naturraums beitragen (z. B. Stoltenberg 2009, Bolay; Reichle 2011). Inwiefern unterschiedliche Bewirtschaftungsformen unterschiedliche Wahrnehmung und Wertschätzung von Waldfunktionen und Leistungen des Waldes erzeugen, ist bisher zumindest mit Blick auf die Stadt- und

[99] Im Rahmen der Diskussionen über die Verteilung finanzieller Hilfen für Waldbesitzende wegen der dürrebedingter Waldschäden wird von Politik und Verbänden derzeit über mögliche Grundlagen einer Bewertung von Waldleistungen debattiert (vgl https://www.nabu.de/modules/presseservice/index.php?popup=true&db=presseservice&show=30072 oder auch https://www.wald-ist-klimaschuetzer.de/, zuletzt geprüft am 19.01.2021).

[100] https://web.ecogood.org/media/filer_public/7e/de/7ede8f5a-269a-4bc7-a4ef-4968df260358/handbuch-gemeinden-v1-0.pdf; zuletzt geprüft am 10.11.2020.

Landbevölkerung u. W. nicht untersucht.[101] Jenal (2019) zeigt bspw., dass naturnah bewirtschaftete Wälder mit einem hohen Totholzanteil von der Gesellschaft noch immer als unordentlich wahrgenommen werden – sie geht dabei jedoch nicht getrennt auf die Stadt- und Landbevölkerung ein. Sicher ist, die Deutschen pflegen ein kompliziertes und symbolbehaftetes Verhältnis zum Wald, das in den letzten Jahren durch Klimawandel und Flächennutzungskonflikte (Braunkohleabbau) zusätzliche Dynamik entfaltete (z. B. Stroh; Megerle 2016, Braun 2000, Lehmann 1999, 2010, Lehmann; Schriewer 2000, Schriewer 2015). Es ist zu vermuten, dass aktuelle Aktivitäten wie Waldbaden oder zum Teil auch Wildnistage eher Befremden bei der Landbevölkerung auslösen und die Abwertung von Städter*innen als naturentfernt, -romantisierend und -verklärend etc. fördern. Genauer zu untersuchen wäre, inwieweit verschiedene Bewirtschaftungsansätze des Waldes, neue Angebote und seine aktuellen ökologischen Entwicklungen die Identifikation mit den Wäldern und der Region Lübeck insgesamt beeinflussen.

Regionale Wertschöpfung: Gerechtigkeit und Resilienz:

Für die recherchierten Akteur*innen aller drei Transformationsfelder ist die regionale Wertschöpfung, d. h. sind regionale Weiterverarbeitungsmöglichkeiten, Regionalvermarktung und Arbeitsplätze in der Region von erheblicher Bedeutung. Arbeitsplätze sind gerade auf dem Land wichtig, weil es dort generell weniger und oft geringer qualifizierte Arbeit als in der Stadt gibt (z. B. Altrock et al. 2005). Dies gilt auch für die VorAB-Region[102]. Eine Waldbewirtschaftung, die attraktive Holzwirtschaftskreisläufe etabliert, könnte hier zu mehr Gerechtigkeit beitragen. Bislang fehlen in der VorAB-Region ausreichend Konsumangebote für regional produziertes, ökologisches Holz bzw. Waldprodukte (z. B. Wildfleisch) für Stadtbewohner*innen. D. h. es mangelt an einer dementsprechenden regionalen Infrastruktur (z. B. regionales Sägewerk) für regional produzierte Qualitätshölzer. Dies könnte jedoch die Ansiedlung einer Weiterverarbeitungsindustrie befördern, mit wiederum Auswirkungen auf die Arbeitssituation der ländlichen Bevölkerung.

Offen ist die Frage, wie viele der Rohstoffe/ hergestellten Produkte (sei es im Bereich Holz, Nahrungsmittel oder Energie) in der Region derzeit verbleiben und von wem wofür weiterverarbeitet werden. Aus der Recherche ist jedoch deutlich erkennbar, dass die Akteur*innen in regionale Vermarktungs- und Vernetzungsstrukturen eingebunden sind, aber auch unabhängig davon eigene Strategien zur Weiterverarbeitung oder Produktvermarktung entwickeln. Sie nutzen laut unserer Recherche ein breites Spektrum an Vermarktungsansätzen – von der Direktvermarktung im Hofcafé oder im eigenen Laden, über den Verkauf am regionalen Markt oder eine vertriebsorientierte Erzeuger-Verbraucherorganisation bis hin zum Beliefern regionaler Händler*innen für die Weiterverarbeitung. Zu untersuchen wäre in diesem Zusammenhang, wie die Prosumer-Perspektive (und auch wenn sie insbesondere als Selbstversorgung verstanden wird) in einen regionalen Markt eingebettet und wie ein auf fairen und resilienten Prinzipien aufgebauter regionaler Markt mit überregionalen Märkten zusammengeführt werden kann.

[101] Die Forstliche Versuchsanstalt Baden-Württemberg führt derzeit eine Studie zur Wahrnehmung unterschiedlicher Waldbilder im städtischen Bereich durch https://www.fva-bw.de/aktuelles/artikel/projekt-urban-forestry-studie-zur-waldwahrnehmung-1542795787, zuletzt geprüft am 20.11.2020).

[102] https://www.region-westmecklenburg.de/PDF/Analyse_Lebenslanges_Lernen_2013_.PDF? ObjSvrID=3263&ObjID=160&ObjLa=1&Ext=PDF&WTR=1&_ts=1566913405; https://www.kreis-lup.de/export/sites/LUP/.galleries/PDF-LUP1/PDF-FD60/ILEK/Hauptdokument_ ILEK-LUP_ 01-2016.pdf; https://www.kreis-lup.de/export/sites/LUP/.galleries/PDF-LUP1/PDF-FD60/LEADER-SWM/Strategie-fuer-lokale-Entwicklung-2014-2020-06-2016.pdf; https://www.statistik-bw.de/Arbeit/Erwerbstaetige/ET_arbeitsplatzdichte.jsp; https://www.tilasto.com/thema/bevoelkerung-und-gesundheit/bevoelkerung/regionalatlas-deutschland-arbeitsplatzdichte/schleswig-holstein, zuletzt geprüft am 19.01.2021.

Von einer regionalen Wertschöpfung wird also ein vielfacher Gewinn für die Region und eine gerechtere Arbeitsverteilung und Wertschätzung zwischen Stadt und Land erwartet. Interessant bleibt die Frage, inwieweit eine erhöhte regionale Wertschöpfung tatsächlich auf die Wertschätzung heimischer Produkte wirkt. Wie wirkt sich z. B. die regionale Nutztierhaltung auf den Fleischkonsum in der Region bei Stadt- und Landbevölkerung und die Akzeptanz von Tierwohlaspekten auf der Erzeuger*innen- und der Verbraucher*innen-Seite aus?

Wirtschafts-/ Produktionsverständnis: Kollaborativ, diversifiziert, integrativ:

Nicht bei allen recherchierten Akteur*innen überlagern sich die verschiedenen Rollen als Erzeuger*in, Vertreiber*in und Konsument*in. Nach Rifkin (2007, S. 151) wird vor allem der Zugang zu diesen neuen Arrangements zusehends bedeutsam, d. h. „ein Abonnent, ein Mitglied oder ein Kunde zu sein, wird dann genauso wichtig wie Eigentum. Zugriffsmöglichkeiten bestimmen den Status."

Die Recherche zeigt eine heterogene Lage bzgl. der Besitzverhältnisse und Organisationsformen der Akteur*innen. Es gibt zahlreiche gemeinschaftlich wirtschaftende Akteur*innen wie Familienbetriebe und Genossenschaften, aber auch Gemeinschaftsbetriebe in privatwirtschaftlicher Form. Und auch innerhalb der Genossenschaften gibt es unterschiedliche Schwerpunktsetzungen und Organisationsformen – vor allem im Bereich der Bürgerenergien. Insbesondere diese Akteur*innen und die aus dem Bereich der Solidarischen Landwirtschaft (SoLaWis) betonen die Vorteile einer beteiligungs- und gemeinschaftsorientierten Organisationsform (oft genossenschaftlich), weil darüber eine solidarische Risiko- und Gewinnverteilung möglich wird. Diese trägt auch zu einer gerechteren Verteilung der Nutzen und Kosten von Landnutzungsansätzen zwischen Stadt- und Land bei.

Die Akteur*innen im Bereich Wald-, Energie- und Landwirtschaft kennzeichnet ein Ökonomie-/ Produktionsverständnis, das einem eher kollaborativen, gemeinschaftsorientierten Wirtschaften (Loske 2016) entspricht (SoLaWis, Energiegenossenschaften), eine erheblich diversifizierte Produktpalette aufweist und soziale, ökologische, ökonomische und kulturelle Ansprüche integriert. Kollaboratives Wirtschaften bedeutet, Wissen zu teilen, gemeinsam zu produzieren, bedeutet Mitwirkung und Zusammenarbeit, „Interkreativität" (Loske 2016, S. 10) zu ermöglichen. Es meint einen Prozess, „bei dem Aktivitäten gemeinsam ausgeführt und Probleme gemeinsam gelöst werden" (Berners-Lee; Fischetti 1999, 246f.). Reinhard Loske (2016) beschreibt das gemeinschaftliche Nutzen und Konsumieren von Ressourcen und Dienstleistungen als kein wirklich neues ökonomisches Phänomen, sondern etwas, das es alle Zeiten hindurch gab. Das Prinzip dabei war stets gleich, nämlich einen gemeinschaftlichen Zugang zu Gütern und Angeboten zu schaffen, der aber nicht über den „Markt" geregelt wird, sondern über soziale Arrangements (S. 44).

Von den landwirtschaftlichen kollaborativ wirtschaftenden Betrieben wird eine Fülle an diversen Feldfrüchten angebaut, viele Energiegenossenschaften bieten Energiemix an, statt sich auf einige wenige Produkte zu fokussieren. Im Waldbau gilt Diversifizierung sowie die Integration der drei Nachhaltigkeitsdimensionen als Selbstverständlichkeit – dennoch hat im konventionellen Forstbetrieb das Erreichen vorher festgelegter Holzproduktionsziele erste Priorität (Katz 2010).

Von vielen der Akteur*innen werden ferner darüberhinausgehende Dienstleistungen offeriert (Hofcafé, Ferienwohnungen, (Heu)Hotels, Freizeit-, Erholungs- und Bildungsangebote, Waldbaden). Manche führen Kulturveranstaltungen durch, bieten Raum für therapeutische Maßnahmen oder ermöglichen die Inklusion von alten, pflegebedürftigen Menschen und Menschen mit Behinderungen. Diese spezifische Mischung der Themen, das Engagement von Mitgliedern und Nichtmitgliedern sowie das Ziel, aus der Gemeinschaft heraus etwas für die Gemeinschaft zu schaffen, verweist auf den auch experimentellen Charakter dieser Akteur*innen (Engel; Klindworth; Knieling 2018) und macht sie v. a.

auch für Menschen aus der Stadt zu interessanten Begegnungsstätten. Sie fungieren als intermediäre Infrastrukturen, weil hier Menschen zusammenkommen, um sich in einem konkreten Raum und Kontext gemeinsam mit innovativen Lösungsansätzen zu befassen. Domanski; Kaletka 2018).
Die Akteur*innen versuchen aber nicht nur, die verschiedenen Nachhaltigkeitsdimensionen in ihrer Wirtschaftsweise zu berücksichtigen, sondern auch eine Re-Integration von Produktion und Konsum. So finden sich unter den recherchierten Akteur*innen Betriebe, in denen verschiedene Wertschöpfungsstufen quasi in den Produktionsbetrieb integriert bzw. Weiterverarbeiter*innen auf dem Produktionsgelände angesiedelt sind, im Sinne einer Produktion in Kooperation, wie z. B. Gemüseanbau in Agrargenossenschaften mit eigener Vermarktungsinfrastruktur oder Energieproduktion mit Agrargenossenschaften oder in und für Gemeinden.

Avantgardistische Akteur*innen präsentieren sich also nicht nur als nachhaltigkeitsorientiert und mit einem erweiterten Wirtschafts-/ Produktionsverständnis, in dem das Ökologische, Soziale und Ökonomische, Politische und Kulturelle in die Arbeitspraxis integriert ist. Sie eröffnen darüber hinaus Räume für gesellschaftliche Auseinandersetzung, Entspannung, Reflexion und Vermittlung. Insbesondere die Betriebe der Landwirtschaft zeigen sich hier als Vorreiter*innen. Denn dass diese verschiedenen Aspekte so selbstverständlich miteinander verbunden werden, findet sich in kaum einer anderen Industrie- oder Dienstleistungsbranche. Allerdings ist die bisherige Datenlage zu den gesellschaftlichen, Markt- und ökologischen Potenzialen sowie für damit einhergehende neue Risiken und nicht-intendierte Nebenfolgen noch ziemlich dünn (Rückert-John; Jaeger-Erben 2016, S. 65).

Räume zur Demokratieentwicklung und Mitgestaltung:

Durch das o. g. erweiterte Wirtschafts-/ Produktionsverständnis werden Akteur*innen zu Bildungs- und Kulturstätten, werden zu Orten, an denen Aushandlung und Mitgestaltung passiert, sich Aufklärungs- und Bildungsansprüche realisieren, wo neue Formen des kollaborativen, integrativen Wirtschaftens ausgehandelt, erprobt und praktiziert werden können. Wenger (1998) nennt solche Orte, an denen sich ein gemeinsames Handlungsrepertoire von den Mitgliedern herausbildet, und für die sich Mitglieder einsetzen und zu denen sie sich zugehörig fühlen „Communities of Practice“ (vgl. auch Bliss et al. 2006). In solchen Communities of Practice finden Demokratisierungsprozesse statt. Landläufig wird politische Selbstbestimmung stärker in städtischen Räumen verortet als auf dem traditionsorientierten Land. Tatsächlich geht mit der „sozialen Urbanisierung“ jedoch eine Zunahme solch selbstbestimmter Politikformen auch in ländlichen Räumen einher (Vogelpohl 2011).

Beispiel Landwirtschaft: Die Landwirtschaft ist ein hochsubventioniertes Feld, in dem direkte Mitbestimmung bis auf Ausnahmen[103] stark eingeschränkt ist. Es gibt bisher kaum institutionalisierte oder anders gelagerte Mitentscheidungsmöglichkeiten von nicht bäuerlichen und nicht ländlichen Bürger*innen an der landwirtschaftlichen Nutzung außer über Kaufentscheidungen und verbraucherpolitisches Engagement. Durch Beteiligung an SoLaWis und Mitmachangeboten (Ackermiete, Cow-Sharing, Miternte, Patenschaften für Bäume und Tiere, Investition in Blühstreifen, Erwerb von Genossenschaftsanteilen und Saatzüchtungsaktien) ändert sich das und ermöglicht auch landwirtschaftsfernen Städter*innen Mitgestaltungsmöglichkeiten.

Gemeinhin wird die Stadt mit ihrer heterogenen Bevölkerung, ihren vielfältigen Perspektiven und Lebensmodellen als DER geeignete Ort für soziale Innovationen betrachtet (für den Ernährungsbereich: Kropp; Stinner 2018). Den Landbewohner*innen hingegen wird aus städtischer Warte eher Behäbig-

[103] z. B. der Niedersächsische Weg, https://www.umwelt.niedersachsen.de/startseite/aktuelles/der-niedersachsische-weg-188651.html, zuletzt geprüft am 10.11.2020.

keit, Konservativität, Engstirnigkeit und Rückständigkeit attestiert (Bätzing 2020) – Ausnahmen bestätigen die Regel, z. B. Kliemannsland oder das Wendland in Niedersachsen –, obwohl das Engagement in ländlichen Räumen wesentlich höher ist als im urbanen Bereich (Schubert 2018) und eine Tendenz zur Selbstresponsibilisierung[104] (Steinführer 2015) und Selbstaktivierung der Landbewohner*innen feststellbar ist (Neu 2014, Paulus 2018). Umgekehrt lässt sich mancherorten eine ähnlich abwertende klischeehafte Charakterisierung des*r Stadtbewohners*in als nicht geerdet, abgehoben, arrogant, verweichlicht, besserwisserisch und zugleich ahnungslos mit Blick auf Naturzusammenhänge beobachten[105]. Die avantgardistischen Akteur*innen, die wir hier fokussieren, sind vermutlich größtenteils in Wechselwirkung mit städtischen Initiativen und Entwicklungen, aber dennoch auf dem Land entstanden. Manche Aktivitäten und SoLaWis, neue Vermarktungsansätze und Bio-Orientierung gingen jedoch auch eindeutig vom Land aus, von Menschen vor Ort, die entweder etwas anders machen wollten, zurück aufs Land gingen oder sich im Zusammenschluss mit anderen neu aufgestellt haben. Laut Christmann (2017, S. 24) bieten „‚Fremde', ‚Neu-Zugezogene' oder ‚Rückkehrer' ein großes Potential für frische Impulse bzw. Ideen, da sie einen neuen Blick mitbringen und so Routinen durchbrechen bzw. ‚Lock-in-Effekten' vorbeugen können".

Beispiel Waldwirtschaft: Gerade städtische Bürger*innen verstehen Naturschutz als ihr Anliegen. Sie brauchen Walderholung als Ausgleich zu den Belastungen der Stadt. Bislang gibt es kaum Beteiligungsmöglichkeiten für Bürger*innen an der Waldwirtschaft. Die zunehmende Anzahl von waldbezogenen Bürgerinitiativen (auch in der VorAB-Region) zeugen jedoch von einem wachsenden Interesse an bürgerschaftlicher Mitbestimmung. Förster*innen behandeln den Wald allerdings noch immer eher als „ihr Gestaltungsobjekt" und Forstwirtschaft als ausschließlich „ihr Geschäft", von dem auch nur sie etwas verstünden und Einmischung „von außen" eher verpönt ist (Closed circle) (z. B. Westermayer 2010). Forstleute verorten sich häufig stärker auf dem Land und empfinden den wachsenden Mit-Entscheidungsanspruch von Städter*innen über lokale Ressourcen auch schon mal als Zumutung[106]. Zudem reagieren Stadt- und Landbevölkerung je nach direkter Betroffenheit unterschiedlich auf Waldschäden und fordern unterschiedliche Umgangsweisen damit ein. Aus der Erfahrung mit schwergeschädigten Beständen durch Käfer (Käferkalamität) im Bayerischen Nationalpark ist bekannt, dass der Ansatz des Nichteingreifens trotz sichtbaren und zerstörerischen Schadinsektenbefalls von der ortsansässigen Bevölkerung als von außen bzw. von oben aufoktroyiert (von landfernen Entscheider*innen und Stadtleuten) empfunden wurde. Die Landbevölkerung vor Ort musste tatenlos zusehen, wie der Wald zerfressen und damit ihre Zukunft und Wirtschaftsgrundlagen verspielt wurden. Auch damals wurde eine stärkere Mitsprache der betroffenen Bevölkerung vor Ort eingefordert (Rentsch 1988, Held

[104] Landbewohner*innen fühlen sich selbst verantwortlich und handeln pro aktiv.

[105] Stadt und Land sind Kategorien, deren Unterscheidbarkeit schwierig geworden ist, weil die beiden Kategorien seit Jahren in Auflösung begriffen sind (Helbrecht 2019, Herrenknecht 2003, Sieverts 1998). Dennoch werden in vielen wissenschaftlichen Arbeiten Unterschiede im Lebensstil von Land- und Stadtbevölkerung beschrieben, bspw. wird der Landbevölkerung teilweise eine stärkere Familien- und Sicherheitsorientierung (Spellerberg 2014), eine höhere Ortsbezogenheit oder auch Landschaftsbindung (Henkel 2012) unterstellt, ländliche Lebensstile werden auch als „natur-, traditions- und handlungsorientiert" (ebd.) bezeichnet. In der Stadt wiederum erkennen manche einen Trend der Natursehnsucht, in deren Rahmen „eine Konstruktion von Land und Ländlichkeit entworfen [wird], die auf einer Idealisierung und auf Nostalgie beruht" (Egnolff 2015). Viele verbreitete Zuschreibungen und Pauschalisierungen von Stadt- bzw. Landbewohner*innen sind vor dem Hintergrund einer „Stadt-Land-Nivellierung" (Kersting; Zimmermann 2015) oder auch „sozialen Urbanisierung" (Vogelpohl 2011) oder der Urbanisierung des Landlebens (Dirksmeier 2009) aber auch den zunehmenden räumlichen Verschmelzungen von urbanen und ländlichen Räumen wissenschaftlich nicht haltbar und scheinen primär Teil gegenseitiger Abgrenzungsprozesse und Vorurteile zu sein. Sowohl in städtischen als auch in ländlichen Räumen ist vielmehr von einer wachsenden Heterogenisierung der Gesellschaft auszugehen (Linke 2016).

[106] Z. B. https://zeitung.faz.net/faz/politik/2018-09-22/13713cbc0b3cf1d05009a20090dc746c/?GEPC=s9, zuletzt geprüft am 30.11.2020.

1998, Sinner 1999). Zapf (1989) betont die Beteiligung von Betroffenen bei innovativen Maßnahmen als „vielversprechenden Weg zur Überwindung des Widerstands gegen den Wandel“ (zit. in Ahaus 2019, S. 54).

Beispiel Energiewirtschaft: Viele Erneuerbare Energie-Unternehmen brechen zwar im Rahmen der Energiewende potenziell mit den vier zentralen Monopolisten der Energiewirtschaft (E.on, RWE, EnBW, Vattenfall) und stellen Energiewirtschaft dezentraler auf. Aber es sind i. d. R. Unternehmen ohne weitergehende Mitbestimmung durch die Bürger*innen. Bürgerenergien schaffen Möglichkeiten der Teilhabe und Mitgestaltung an der Energiewende, schaffen darüber auch Akzeptanz für EE und vermögen die Kluft zwischen Herstellung und Konsum zu verringern. Die Zusammenführung der bisher getrennten Sphären hat positive Auswirkungen auf den Umwelt- und Ressourcenverbrauch. Sie können als Schulen der Demokratie betrachtet werden, da dort Eigenverantwortung und Partizipation gelernt und gelebt werden (Walk 2014). Wie oben erwähnt gilt die Stadtbevölkerung im Vergleich zur Landbevölkerung gemeinhin als deutlich politischer, moderner, veränderungsbereiter und widerständiger. Im Bereich der Bürgerenergien zeigt es sich genau umgekehrt. Zwar gehen auch viele Initiativen von der Stadt aus mit Auswirkungen auf das Land, der Auf- und Ausbau der Energiegenossenschaften findet jedoch überwiegend im ländlichen Raum statt. Und die meisten Bürgerenergiegenossenschaften sind auf dem Land. Demokratische Beteiligung und Teilhabe an der Energiewende ist hier also eine Angelegenheit des Ländlichen und ein Kennzeichen für „neue Fortschrittlichkeit“.

Konflikte: Interessen, Haltung, Wahrnehmung, Nutzung, Wissen:

Aus der Recherche lassen sich eine Reihe an Konflikten und Bewertungsproblematiken für Stadt-Land-Beziehungen ableiten – auch wenn sie nicht in den Internet-Darstellungen der Akteur*innen expliziert sind. Es handelt sich dabei um vorläufige Annahmen, die zwar begründet, jedoch im AP 2 genauer zu prüfen sind.

Es gibt Konflikte, die sich v. a. auf *Flächennutzungskonkurrenzen* zurückführen lassen. So z. B. der Hauptkonflikt mit Blick auf Windkraftanlagen oder Flächen für Biogasgewinnung (Mais). Während EE aus städtischer Perspektive stärker mit Sonne/ Wind/ Wasser assoziiert und begrüßt werden, gibt es von dort v. a. Widerstände gegen die Vermaisung der Landschaft und gegen die Nutzung von Ackerland für die Energiepflanzenproduktion. Auf dem Land erreicht die energetische Verwertung von land-/ forstwirtschaftlichen Nebenprodukten oder Reststoffen hingegen große Zustimmung, weil sie für Energieautonomie ländlicher Gemeinden sowie zusätzliche Gewinnmöglichkeiten für Bäuer*innen sorgt. Windenergieanlagen hingegen erzeugen u. a. aus Gründen der Landschaftsverschandelung und reduzierter Wohnqualität in den betroffenen [ländlichen] Gebieten erhebliche Gegenwehr. Ackerland ist ein stark umkämpftes und beständig sich verringerndes Gut. Entsprechend heftig sind die Widerstände aus dem ländlichen Raum gegen eine Vergrößerung von Waldflächen auf Ackerland – eine Forderung, die angesichts von Klimawandel wiederum von vielen Städter*innen unterstützt wird.

Flächenkonflikte betreffen auch die Frage nach *Flächenverfügbarkeit*: Wer hat Anspruch und Zugang zu Flächen für Energienutzung oder Landwirtschaft? Die Flächenverfügbarkeit ist auf dem Land wesentlich höher als in der Stadt. Das schränkt agrarisches Tätigsein in der Stadt erheblich ein bzw. verunmöglicht es vielen Menschen, Subsistenzanbau im urbanen Bereich zu betreiben. Zugleich gehen jeden Tag landwirtschaftliche Flächen (auf dem Land) verloren, während der Anteil der Fläche für Siedlungen und Verkehr wächst. Landwirtschaftliche (und auch Wald-)Fläche ist kaum mehr frei verfügbar und kann nicht von jeder*m gleichermaßen erworben werden. Insbesondere Menschen aus nicht landwirtschaftlichen Kontexten, die Landwirtschaft betreiben möchten, ist dies quasi verwehrt. Gleichzeitig steigen auch auf dem Land die Bodenpreise, so dass Landwirt*innen es sich kaum mehr leisten

können, Land zuzukaufen. Verkauft wird an die Meistbietenden, mit der Folge, dass außerlandwirtschaftlichen Investoren, die auf der Suche nach Alternativen zu den Niedrigzinsen sind, verstärkt Ackerland erwerben.

Auch die energiewirtschaftlichen Zusammenhänge in der Region erzählen viel über gewachsene und strukturell verfestigte Ungerechtigkeiten in den Stadt-Land-Beziehungen. So sind es die mittleren und großen Städte, die von der Energieproduktion auf dem Lande abhängen, ohne für Infrastrukturen oder Landschaftsverbrauch maßgeblich zu zahlen. Allerdings müssen die von EE betroffenen Gemeinden von den Investoren dieser Anlagen beteiligt werden. Eine Voraussetzung dafür ist jedoch eine anteilige Mitinvestition. Das können kleinere Gemeinden häufig nicht leisten und gehen dann leer aus. Dies erzeugt ggf. ebenfalls Konflikte bei der Ansiedlung von ortsnahen EE-Anlagen.

Mit Blick auf Bürgerenergien ist das Problem noch etwas anders gelagert. Sie benötigen für die Vororterzeugung und -nutzung ortsnahe Flächen. Aber zum einen ist die Verfügbarkeit von Flächen bei den Kommunen und Gemeinden in der Region recht unterschiedlich. Einige Hinweise auf Schwierigkeiten, Flächen zu finden bzw. von der Kommune welche zugeteilt zu bekommen, wurden in der Recherche aufgefunden. Zum anderen haben kleine Kommunen (< 1500 Einwohner) im ländlichen Raum weniger politischen Handlungsspielraum als größere und abhängig davon, wie sie verwaltungsmäßig konzipiert sind (ob als Einheits- oder Verbandsgemeinde oder Verwaltungsgemeinschaft) (Schubert 2018, S. 377). Es ist also möglich, dass im ländlichen Bereich der VorAB-Region die Gemeinden vergleichsweise weniger unabhängig und politisch mächtig sind als in den Städten bzw. müssen sich die kleinen Kommunen im ländlichen Raum anders kooperativ einigen.

Inwieweit der alte, aber derzeit wieder hoch aktuelle Konflikt über die fachliche *Richtigkeit von Nutzungsansätzen* in der Land- aber auch der Waldwirtschaft in der VorAB-Region die Stadt-Land-Beziehung mit strukturiert, ist zum jetzigen Zeitpunkt unklar. Ihm zugrunde liegt eine tiefgreifend unterschiedliche Haltung gegenüber Natur und über die Position des Menschen in der Natur. Sie nährt *Bewertungskonflikte* in der Waldgestaltung und Wahrnehmung von Wald als wilder oder geordneter Natur. Bewertungskonflikte zwischen Stadt- und Landbewohner*innen zeigen sich bspw. darin, dass v. a. Menschen aus der Stadt, für die angesichts von Klimawandel, Biodiversitätsverlust und Absterben großflächiger Waldareale, der Schutz des Waldes im Vordergrund steht, dessen Nutzung erheblich einschränken wollen (Hilbert 2017, Saeftel 2018, BundesBürgerinitiative Waldschutz[107], www.waldkritik.de o.J.). Allerdings ist die Sehnsucht nach der „wahren“, „echten“ Natur, nach Wildnis bei Städtern und der Landbevölkerung offenbar nicht wirklich unterschiedlich ausgeprägt (BMUB; BfN 2014).

Dennoch, im Stadtkontext sind unverplante, sich selbst überlassene Flächen eher selten oder nicht öffentlich zugänglich, aber zusehends gewünscht (Stichwort Urbane Wildnis: Wissel 2016, Diemer 2001). Und Wildnis, Verwilderung wird eher mit der Natur außerhalb von Stadt in Verbindung gebracht, als ein Sehnsuchtsort, der unbedingt schützenswert ist (Kirchhoff et al. 2012, Schama 1996, Spanier 2015, Kirchhoff; Vicenzotti 2017). Auf dem Land hingegen überwiegt die gängige Vorstellung, bereits per se näher an und mit der Natur zu leben. Häufig ist den Menschen auf dem Land jedoch ebenso wie den Städter*innen nicht bewusst, wie geordnet auch die ländlichen Naturräume sind. Waldbewirtschaftung, die unordentlich wirkt, weil Totholz liegen bleibt, Strukturen nicht „durchforstet“ werden und damit z. T. Undurchdringlichkeit entsteht, stößt entsprechend bei weiten Teilen der Bevölkerung auf geringe Akzeptanz, gilt als wenig professionell, wird mit Nichtstun, Inkompetenz und mangelnder Disziplin und Chaos in Verbindung gebracht und schürt Ängste nach Kontrollverslust (Lehmann 1999, Jenal 2019). Die Frage, ob Wald Natur- oder Kulturraum ist und wo die Grenzen verlaufen, wird hier

[107] https://www.bundesbuergerinitiative-waldschutz.de/, zuletzt geprüft am 23.11.2020.

mitverhandelt. Ob Natur als Opfer von menschlichen Eingriffen stilisiert und damit Menschsein als zerstörerisch gesehen wird oder ob der Mensch sich eher als Gestalter begreift, ob er sich abhängig oder unabhängig von Natur konstruiert - es gibt viele komplexe und von Widersprüchen geprägte Beziehungsstränge, die die Menschen mit dem Wald verbinden[108] (Katz 2010, 2016). Inwieweit diese die Stadt-Land-Verhältnisse in der VorAB Region mit strukturieren, bleibt im weiteren Projektverlauf zu untersuchen.

In der Akteur*innen-Recherche finden sich ein paar erste Hinweise auf solcherart Bewertungskonflikte auch mit Blick auf das Tierwohl. Dies betrifft v. a. die Kritik an der (Massen-)Nutztierhaltung, die bei einigen der landwirtschaftlichen Akteur*innen durchklingt. Skepsis gegenüber einem ausreichenden Tierschutz wird aber auch gegenüber avantgardistischen Ansätzen geäußert – so zum Einsatz von Rückepferden bei der eingriffsextensiven ökologischen prozessorientierten Waldbewirtschaftung.

Ähnlich komplex und ambivalent zeigt sich die Situation bei der Holznutzung und ihrer Bewertung. In der Debatte darüber, geht es nicht nur um die Frage der ökologisch besten Nutzungsform von Holz (thermische Verwertung oder Bauholz). Hier verweben sich verschiedene Konfliktstränge – neben der Nutzungsfrage werden auch Fragen der legitimen Nutzungsrechte für Holz mit verhandelt. Bspw. wird auf dem Land Brennholz für den Eigenbedarf genutzt ohne auf klimaschädliche Argumente (meistens aus der Stadt) einzugehen. Alleine die ländliche Verortung legitimiert bereits die Holznutzung. „Das haben wir hier auf dem Land schon immer so gemacht und es ist ja auch nicht schlimm“, sind Aussagen, mit denen man bspw. laut unserer Praxispartner konfrontiert wird.[109] Dahinter steht auch die Vorstellung, dass das Leben auf dem Lande automatisch die richtigen Umgangsweisen mit Natur und Wald bereithält.[110]

Zugleich wird genau diese Unbekümmertheit in der Aneignung von Wald durch Städter*innen als ein instinktloses, „unnatürliches“ Verhalten und „sich bedienen im Wald“ massiv von Seiten der Landbevölkerung kritisiert.

*Relationale Akteur*innen als Teil von kooperativen regionalen Wirtschaftsnetzwerken:*

Zum derzeitigen Zeitpunkt wissen wir noch wenig darüber, wie und mit wem im Einzelnen die von uns recherchierten Akteur*innen interagieren. So wie sie sich im Internet präsentieren, wirken viele von ihnen vernetzt und kooperationsorientiert. Angegeben werden Vertriebskooperationen bzw. Erzeuger-/ Verbrauchergemeinschaften zur Verbesserung der regionalen Sichtbarkeit und zur Erleichterung des Marktzugangs, Flächenkooperationen (bzw. Verpachtungen) für eine effizientere Nutzung von Flächen (etwa zur Energiegewinnung am Ackerrand oder auf Stallgebäuden; Agroforstwirtschaft; für Bioenergie aus landwirtschaftlichen Reststoffen [„Kaskadennutzung“], Windräder im Wald). Es lassen sich funktionelle Kooperationen zur Erhöhung der Effizienz oder mit Vorteilen für alle Partner*innen (z. B. Kooperationen zwischen Kommunen mit Energiegenossenschaften, Maschinenringe) und strategisch-politische Kooperationen zur besseren Positionierung des Handlungsfeldes in der Politik oder in der Region (z. B. mit NGOs, Organisationen zur Förderung des Ökolandbaus) identifizieren. Die Motive für

[108] https://www.nationalpark-schwarzwald.de/fileadmin/fileadmin/Mediendatenbank_Nationalpark /04_Forschen/Sozialwissenschaftlich/Kooperationsprojekt_Waldwelten_2018_final.pdf, zuletzt geprüft am 10.11.2020.

[109] Sturm, persönliche Mitteilung (März 2020).

[110] Auch die thermische Holzverwertung gilt als Teil der Bewältigung der Klimakrise. Dies zeigt sich beispielsweise in den Strategien der Bundesregierung zur energetischen Nutzung von nachwachsenden Rohstoffen, bei denen Holz mit deutlichem Abstand den größten Anteil hat. Vor allem die energetische Nutzung wird beispielsweise durch die Nachhaltigkeitsverordnung zum EEG stark gefördert. Holz ist der mit Abstand wichtigste Bioenergieträger: Etwa 25 % des Holzeinschlags werden gegenwärtig als Brennholz genutzt (Rüter o.J.).

die Vernetzung und intensivierte Zusammenarbeit sind vielfältig und aus der Recherche lediglich ansatzweise und nur bei einigen wenigen deutlich erkennbar. Sie reichen von der Erwartung ökonomischer Vorteile, dem Wunsch nach einer politisch-strategischen Stärkung des gesellschaftlichen Veränderungsanliegens bis hin zum Bedarf an Beratung sowie Interessensvertretung. Mittlerweile belegen etliche Erfahrungen, dass Vertriebskooperationen, Erzeuger-Verbrauchergemeinschaften zwischen Lebensmitteleinzelhandel und Landwirtschaft wie z. B. Landwege die Transparenz der Produktions- und Handelsketten für Verbraucher*innen erhöhen und gemeinwohlorientierten Landwirt*innen einen größeren Bekanntheitsgrad und höhere Absatzmengen ermöglichen (Resch 2020). Bisherige Forschungen zeigen, dass neben den bestehenden Kommunikationskulturen vor Ort u. a. der Zugang zu Akteurs- und anderen Unterstützungsnetzwerken über die Region hinaus wesentliche Kriterien für den Erfolg solcher innovativen Wirtschaftsformen in den ländlichen Räumen darstellen (Schubert 2018, Richter 2016).

Die Vielfalt an kooperationsorientiertem Wirtschaftshandeln der von uns recherchierten Akteur*innen deutet darauf hin, dass diese offenbar kaum als Einzelkämpfer*innen agieren und damit auch eher nicht als unabhängig von ihren kooperativen heterogenen Verbindungen betrachtet werden können. Es handelt sich vielmehr um relationale Akteur*innen (Gottschlich; Katz 2020) bzw. Akteur-Netzwerke (ein Begriff, den neben anderen Latour 1996 eingebracht hat), auf deren Handeln nicht zuletzt auch die Verbindung zu nicht-menschlichen Wesen/ Daseinsformen (Tieren, Vegetationstypen, Pflanzen, Boden) einwirkt.

Fazit:

Bei den Ausführungen zu den Gemeinsamkeiten und Unterschieden der Akteur*innen handelt es sich wie bereits eingangs dargelegt um erste analytische Annäherungen, die einer weitergehenden Spezifizierung und Differenzierung im nächsten Arbeitsschritt des VorAB-Verbundes bedürfen. Die Ergebnisse geben jedoch eine Reihe an Hinweisen zu den Stadt-Land-Bezügen der der Akteur*innen mit Blick auf deren Handlungshintergründe und -motive, ihre Wirtschafts-, Vernetzungs- und Teilhabepraktiken und -verständnisse. Sie liefern zudem zahlreiche Anknüpfungspunkte für die in VorAB fokussierten Perspektiven auf Demokratie, Bewertung und Gerechtigkeit.

Wie sich das Beziehungsgeflecht der Akteur*innen in dem Spannungsgefüge zwischen Stadt und Land in der Region Lübeck zusammenführend beschreiben lässt, wird im nächsten Kapitel visualisiert.

4. Exkurs: Forschen im Lockdown

Uta v. Winterfeld und Daniela Gottschlich

Eigentlich ist alles wunderbar. Das Projekt fängt an, der Winter ist bald vorbei – und dann kommt Corona. Dieses unsichtbare Virus, von dem die Einen sagen, es komme von außen, sei fremd und breche schicksalsgleich über uns herein. Die Anderen halten dagegen, dass das Virus menschengemacht und Ausdruck krisenhafter gesellschaftlicher Naturverhältnisse sei.

Die wissenschaftliche Resonanz auf die Krise ist groß. Und Wissenschaft wird schneller. Es dauert nur eine kleine Weile, und schon erscheint ein Buch über die „Corona-Gesellschaft“ (Volkmer; Werner 2020). Unsere Reflexionen sind eher klein, versuchsweise bescheiden und fragend: Was heißt Corona für unsere Forschung? Verändert sich unser „Forschungsgegenstand“ – die Region Lübeck mitsamt ihren regionalen Vernetzungen? Wie geht es unseren avantgardistischen Akteur*innen, was bedeutet Corona für sie? Und was heißt hier „Krise“?

4.1 Wie forschen wir jetzt?

In gewissem Sinne haben wir Glück. Wir können das Kick-Off-Treffen noch gerade so „wirklich“ in Lübeck machen. Und wir stehen am Anfang, in der Phase der Sondierung. Das Virus trifft uns nicht mitten in der „akut“ regionalen Forschungs- und Vernetzungsphase.

Dennoch sind die Auswirkungen erheblich. Die „wirklichen“ Begegnungen müssen virtuell organisiert werden. Hierzu hören und lesen wir, wie großartig diese virtuelle Welt sei und dass die kommunikativen Verluste in der sozialen Abschottung des Lockdowns digital wunderbar kompensiert werden könnten. Fast nach dem Motto: Je digitaler, je resilienter. Wenn wir auch insbesondere von der Möglichkeit der Videokonferenz im digitalen Homeoffice profitieren, sind wir ganz so begeistert nicht und halten deshalb mit drei Argumenten dagegen.

Erstens sind die kommunikativen Verluste für uns Forschungssubjekte enorm. Eine grobe Schätzung besagt, dass im digitalen Raum etwa 90 % verloren gehen. Keine Körpersprache. Kein Geruch. Keine Raumatmosphäre. Keine Zwischentöne. Keine Gelegenheiten, eventuelle Missverständnisse zwischendurch bilateral zu klären. Hubert Knoblauch und Martina Löw formulieren die Grenzen der digitalen Mediatisierung in raumsoziologischer Perspektive so:

> „Wie schal, holprig und formal fühlen sich selbst die freundschaftlichen Skype-Sitzungen an, wie wenig erwärmend der letzte Tweet und wie trostlos das Telefongespräch mit der Verwandten, die an Krebs stirbt, aber nicht besucht werden darf.“ (Knoblauch; Löw 2020, S. 97)

Wir halten uns als Forschungsverbund videokonferenzelnd wacker und versuchen doch gleichzeitig, so weit wie die Pandemie es zulässt, Präsenz-Elemente einzubauen – und sei es bi- oder trilateral.

Zweitens entdecken wir unser „Forschungsobjekt“, die Region, vom Schreibtisch aus. Damit geht eine Falle einher, die ohnehin in der Beziehung zwischen Forschungssubjekten und Forschungsobjekten lauert: Die Falle der Abstraktion. Das Absehen von den wirklichen Gegebenheiten, davon, dass „Forschungsobjekte“ etwas Eigenes sind, das es kennenzulernen und wahrzunehmen gilt. Von Akteur*innen und ihrem Tun erhält man über ihre Webseiten zwar erste, spannende Einblicke, doch das Medium eignet sich weniger für die Darstellung von Konflikten, Problemen und Ambivalentem. Stattdessen dominiert die modellhaft-virtuelle Vorstellung. Dem können wir im Lockdown kaum entgehen. Als er gelockert wird, versuchen wir es im Hindernis umfahrenden Slalom, beharren auf „Dienstreisen im Ausnahmefall“ und erkunden die Region, sei es mit dem Fahrrad und sei es mit Abstand und Begegnungen draußen.

Drittens – hier sind wir unsicher und auch nicht ganz einig – scheint die digitale Kommunikation, die blinden Flecken im Umgang mit der Pandemie zu vergrößern. Diese Art der Kommunikation tendiert eher zur Schließung und eignet sich schlechter für die Öffnung eines gemeinsamen Reflexionsraumes. Dabei wäre wichtig, kritisch zu reflektieren, inwiefern das Virus eben nicht schicksalsgleich über uns hereinbricht, sondern uns im Gegenteil daran gemahnt, gesellschaftliche Naturverhältnisse grundlegend zu überdenken und anders zu gestalten. Dieser Aspekt wird in der Auseinandersetzung von immer mehr Stimmen eingebracht (etwa beim Global Sustainability Strategy Forum 2020[111]). Damit könnte Corona zum Treiber eines gesellschaftlichen Wandels werden, der auch andere Formen des Wirtschaftens umfasst.

4.2 Was passiert im Raum und in „unserer Region“?

Die räumlichen Ausprägungen und Folgen der Pandemie spielen in einem von Hubert Knobloch und Martina Löw als „Dichotopie“ bezeichneten Spannungsfeld. Es ist die Spannung zwischen zwei verschiedenen Raumlogiken (Knoblauch; Löw 2020, S. 91). Einerseits erfolgt eine territoriale Schließung und es herrscht die Raumlogik des „Containers“. Diese Container enthalten entweder das Virus und werden unter Quarantäne gestellt – oder sie fungieren als abgeschlossener Schutz- und Nahraum, der sich gegen das Virus abschottet. Andererseits handelt es sich bei einer Pandemie um ein global verbreitetes Phänomen. Im globalisierten Raum aber herrscht Entgrenzung. Er wird geprägt durch „Netzwerkräume“, in denen „distante Elemente“ in Beziehung gesetzt werden und die Differenz der Elemente ein wesentliches Kennzeichen eben dieser Räume ist (ebd.). In diesem Spannungsfeld argumentieren Hubert Knobloch und Martina Löw weiter damit, dass einerseits die „Präsenz-Öffentlichkeit“ auf soziale Kleinsteinheiten heruntergebrochen wird (Container- oder Territorial-Logik) und dieser Schließung andererseits die grenzenlose digitale Mediatisierung (globale bzw. Netzwerklogik) in ihrer auch vernetzenden Funktion an die Seite und teils gegenübergestellt wird.

Wenngleich dieses Spannungsfeld als räumlicher Zugang zur Pandemie einleuchtet, so fehlt diesem Zugang das zentrale Element der Raumgröße, das Element von „Scale“. Der katholische Dissident und Kritiker Ivan Illich hat es in den 1970er Jahren so formuliert, dass eine räumlich kleine Einheit so beschaffen sein müsse, dass von allen Punkten aus die Kirchturmspitze sichtbar sei. Auch kleine regionale Räume haben administrative Grenzen überschreitenden Charakter und sind nicht nur durch das eher der Containerlogik folgende Government geprägt, sondern auch durch eher der Netzwerklogik folgende Governance. Hier zeigt sich ein weiteres Spannungsfeld. Einerseits „gewinnt“ die Region, wenn globale Versorgungsketten zusammenbrechen und sich die „Raumwiderstände“ erhöhen. Auch Potenziale nachhaltiger Regionalentwicklung werden verstärkt gesucht und ihr Ausbau unterstützt, wenn Fähigkeiten zur Eigen- und Nahversorgung gebraucht werden. Ein Indiz dafür ist etwa die Ausstrahlung eines Films im Kontext von „Gesellschaft“ und „Plan B“ im ZDF im Juni 2020[112]. Hier werden europäische Initiativen zu alternativer und regionaler Versorgung und Kreislaufwirtschaft gezeigt. Auch die oben erwähnte Erzeuger-Verbraucher-Genossenschaft „Landwege“ aus der Region Lübeck wird als eine solche Initiative vorgestellt. Andererseits „verliert“ die Region, weil wesentliche Elemente für regionale Vernetzung und Governance fehlen. Regionale Kooperation braucht Kontinuität und Pflege (siehe oben, die Aussage von Herrn Kuhmann auf S. 17). Und, wichtiger noch: „Governance muss durch

[111] https://www.iass-potsdam.de/de/news/global-sustainability-strategy-forum-corona-und-nachhaltigkeit, zuletzt geprüft am 19.01.2021.

[112] Der Film „Lieferkonzepte mit Zukunft. Versorgungswege neu gedacht“ von Eva Münstermann und Frédérique Veith ist unter https://www.zdf.de/gesellschaft/plan-b/plan-b-lieferkonzepte-mit-zukunft-102.html#xtor=CS5-22 in der Mediathek des ZDF zu sehen, zuletzt geprüft am 19.01.2021.

Vertrauen wachsen.“ (Blecken; Melzer 2020: 9). Beides wird in Zwangsbegrenzungen bis hin zur Zwangsisolation erschwert, wenn nicht unmöglich gemacht. Dies gilt insbesondere für den Aufbau neuer Netzwerke.

Dies führt zu der Frage, wie es eigentlich unseren regionalen und avantgardistischen Akteur*innen in Zeiten von Corona geht und ergeht?

Hier droht sich die Katze in den Schwanz zu beißen, weil ja unsere Forschung im Homeoffice (siehe 4.1) nicht gerade dazu angetan ist, diese Frage zu erhellen. Kleine Anhaltspunkte sind uns aber doch untergekommen. Zunächst einmal spiegelte sich auch auf den Webseiten wider, was unter Coronabedingungen alles nicht mehr geht: Viele Akteur*innen aus dem Transformationsfeld Landwirtschaft beispielsweise sagten Workshops, Bildungs- und Kulturveranstaltungen ab, Bistros und Hofcafés wurden geschlossen, Ferienwohnungen blieben leer.

Neben den in den Kapiteln 2.2 und 2.3 dargelegten Äußerungen in einigen Telefoninterviews gab es mit den regionalen Partner*innen mit Ausnahme von Knut Sturm zwar Kontakt, allerdings nur eingeschränkt. Freilich freuen wir uns über das Interesse der BürgerEnergie Lübeck an unserem Projekt, doch dem nachzugehen und die gemeinsame Arbeit in eine Kontinuität zu bringen, ist unter Coronabedingungen sehr viel schwieriger. Wir hoffen daher und freuen uns auf die Möglichkeit zur „wirklichen“ Begegnung in 2021.

Das Team der Fredeburg erlaubte uns nicht nur, Bilder für unsere Homepage zu nutzen, sondern schickte uns auch einen Weihnachtsbrief, in dem es zweierlei Hilfe gegen die Krise hervorhob: Zum einen die

> „Erd-Verbundenheit. Der Umgang mit dem Boden, den Pflanzen und den Tieren, das Säen, Pflanzen, Pflegen und Ernten der vielen Kulturen, die wunderbare Umgebung, in der wir arbeiten und leben dürfen, all das hat uns glücklich gemacht und Kraft gegeben“ (Domäne Fredeburg 2020 [113]).

Zum anderen:

> „Der Wert einer lebens-freudigen Gemeinschaft, in der keiner alleine ist und vieles gemeinsam getragen werden kann, ist uns noch kostbarer geworden. Wir hätten viele Herausforderungen in diesem Jahr nicht geschafft, wenn nicht alle unsere Mitarbeitenden und Auszubildenden so zuverlässig und treu zu uns gestanden hätten.“ (ebd.)

Auch unsere Arbeit an der Akteursrecherche (siehe Kapitel 3) und der Austausch zwischen der Naturwaldakademie und diversu wären nicht nur weniger vergnüglich, sondern auch weniger aufschlussreich gewesen, hätte es nicht während des Sommers drei Präsenz-Treffen in Lübeck und in Lüneburg gegeben. Ebenso ermöglichte die bereits erwähnte Dienstreise im Ausnahmefall den Kontakt zu Akteur*innen in der Region.

Die Dienstreise spielte räumlich überwiegend an der Landesgrenze zwischen Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern. Erhöhte Polizei-Präsenz war zu beobachten. Denn die Überschreitung der Grenze nach MV war und ist teils gar nicht und teils nur eingeschränkt möglich.

Nun bedeutet Corona wohl für alle: „Aufrechterhalten des Lebens- und Arbeitsalltags unter widrigen bis widrigsten Bedingungen“. Unser regionaler Partner Knut Sturm braucht im Lockdown länger für seinen Weg zur Arbeit. Denn er wohnt im Kreis Herzogtum Lauenburg und sein Weg zur Arbeit in der Stadt Lübeck führt in einem kleinen Abschnitt durch MV. In den starren Zeiten der Lockdowns wird er auf seinem Weg zur Arbeit täglich angehalten und kontrolliert.

[113] Weihnachtsbrief der Domäne Fredeburg 2020, https://www.domaene-fredeburg.de/fileadmin/user_upload/Dokumente/DF_Weihnachtsbrief2020.pdf, zuletzt geprüft am 25.02.2021.

Diese exekutiv durchgeführten Kontrollen, so erzählt Knut Sturm während einer gemeinsamen Autofahrt (von seinem Wohnort zu seiner Arbeitsstelle) gehen einher mit sozialer Kontrolle und fördern eine fragwürdige, ja im Grunde üble soziale Eigenschaft: Das Denunziantentum, das im Internet auch unter „Denunziantentum Corona“ schon bekannt ist. Knut Sturm erinnert es an historisch schwarze deutsche Zeiten. Für regionale Governance, für Vernetzung und Vertrauensbildung ist es giftig – wenn nicht tödlich. So bleibt zu fragen, wie Menschen geschützt werden können, ohne dass die exekutiv durchgeführten Schutzmaßnahmen den sozialen Zusammenhalt schwächen und Solidarität in ihr Gegenteil verkehren – zumal gelebte Solidarität gegenüber den verletzlichen Personengruppen, die existenziell von Corona bedroht sind, besonders wichtig ist.

4.3 Was heißt hier Krise – und wie soll sie „bewältigt“ werden?

> „Ich glaube, das Virus hat uns an eine Zeitenwende gebracht. Beides ist jetzt möglich, das Strahlende und das Schreckliche.“ (v. Schirach 2020: 58)[114]

Möglich sind Denunziantentum und Rücksichtslosigkeit ebenso wie Solidarität und gegenseitige Hilfe. Doch es wäre falsch und hieße, der vorherrschenden Krisenbewältigungsstrategie auf den Leim zu gehen, wenn das „sozial Strahlende“ dem individuellen Verhalten überlassen bliebe:

> „Vor lauter individueller Eigenverantwortung für die Reproduktion des Sozialen geraten die strukturellen Ursachen der Krise ebenso aus dem Blick wie die Vernachlässigung öffentlicher Verantwortung.“ (Lessenich 2020, S. 180)

Ein Merkmal der versuchten Kriseneindämmung ist die Verlagerung öffentlicher Aufgaben in private Haushalte. Dort soll nach Kräften übernommen werden, was insbesondere Schulen und Kindertagesstätten im Lockdown nicht mehr vermögen. Mehr noch:

> „Aus marxistisch-feministischer Perspektive war das Zuhause immer ein Ort, um neue Formen der Ausbeutung zu erproben und zu erfinden. Die Corona-Krise wird, so ist zu vermuten, die Formen der Arbeitskraftnutzung dauerhaft verändern.“ (Speck 2020, S. 144)

Für das VorAB-Projekt ergeben sich zwei Perspektiven zur Stärkung des Sozialen. Erstens können lokale Netzwerke und Bündnisse zwischen avantgardistischen Akteur*innen gemeinwohlorientiere Wege aufzeigen, wenn globale Märkte und Versorgungswege versagen (siehe auch Baier; Müller 2020, S. 384). In den vergangenen Monaten haben wir zahlreiche Beispiele, die mit viel Fantasie und Innovationsreichtum der Krise getrotzt haben, gesehen. Doch ersetzt dies öffentliche Verantwortung gerade nicht, sondern es bräuchte zweitens zusätzlich einen Staat bzw. Kommunen, die sich „als Anwältinnen von (Sorge-)Arbeit und Engagement jenseits des Marktes verstehen“ (ebd., S. 390). Andrea Baier und Christa Müller schlagen daher eine „erweiterte Daseinsvorsorge“ und einen „Sozialstaat im Quartier“ vor (ebd.).

Neben der Frage, wer wie welche Last bei der Bewältigung der Krise schultern sollte und welche neuen Strukturen es dafür bräuchte, braucht es eine kritische Reflexion der Ursachen – nicht zuletzt um weitere Pandemien zu verhindern:

> „Ein Mann in Wuhan, einer Stadt in der Hubei-Provinz in China, verzehrt ein Schuppentier oder eine Fledermaus. So springt das Virus auf den Menschen über.“ (Kluge 2020, S. 9)

[114] Ferdinand von Schirach und Alexander Kluge haben am 30. März 2020 virtuell zwei Gespräche zur Corona-Pandemie geführt, die in einem kleinen Buch auch gedruckt erschienen sind (von Schirach; Kluge 2020). Zitiert wird jeweils die Person, die gerade spricht.

Sicher sei das nicht, entgegnet Ferdinand von Schirach. Die Fledermaus (Überträger von Sars-CoV-1) sei es diesmal nicht. Vielleicht auch nicht das Schuppentier:

> „Das Einzige, was man weiß: Die Ursache solcher Ansteckungen liegt fast immer in einer zu großen Nähe des Menschen zum Tier, ganz gleich in welcher Region der Welt." (von Schirach 2020, S. 10)

Dies ist in zweifacher Hinsicht sowohl für den VorAB-Verbund als auch für das gesamte Forschungsprogramm Stadt-Land-Plus von erheblicher Bedeutung. Erstens bestätigt es die eingangs erwähnte Einschätzung, dass dieses Virus nicht schicksalsgleich von außen hereinbreche oder vom Himmel falle, sondern Ausdruck krisenhafter innergesellschaftlicher Naturverhältnisse sei. Zweitens ist ein zentrales regionales Konfliktfeld angesprochen: Die Flächennutzung. Wenn die Corona-Krise Ausdruck von zu intensiver menschlicher Flächennutzung und Tierhaltung ist, dann erscheint eine Extensivierung von beidem nicht nur ökologisch und ethisch geboten, sondern existenziell notwendig.

Im „Memorandum Post-Corona-Stadt"[115] (Libbe et al. 2020) wird dies ähnlich gesehen. Entwicklungstrends und Auswirkungen der Corona-Pandemie sind im Juni 2020 auf einem gemeinsamen Workshop verschiedener Förderinitiativen des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) diskutiert worden. Die Ergebnisse sind im Memorandum zusammengefasst. U. a. heißt es: „Als zentrales Problem zeigt sich die Knappheit der Ressource Fläche" (ebd., S. 4). Auch sehen wir uns als Verbund darin bestätigt, wie wichtig „Suffizienz" („genug" bzw. „weniger") als Strategie nachhaltiger Regionalentwicklung ist. Im Memorandum wird konstatiert, dass sich „städtebauliche Dichte" in der Pandemie mit Blick auf die Infektionszahlen nicht als nachteilig erwiesen habe (ebd., S. 1), sondern dass Hotspots v. a. aufgrund „erzwungener Nähe" (z. B. Sammelunterkünfte) und „prekärer Arbeitsverhältnisse" (z. B. in Fleischfabriken) entstehen und dass hierauf primäre soziale Antworten zu finden seien (ebd.). Zugleich verdeckt diese Einschätzung unserer Ansicht nach jedoch einen wichtigen Aspekt für Stadt-Land-Beziehungen: Wenn sich städtische Verdichtung und Nähe als Gefahr erweisen, wenn hingegen das Land als „sicherer Ort" erscheint, dann ist damit womöglich nicht nur eine „Zeitenwende" verbunden, sondern auch eine Wende der räumlichen Beziehungen zwischen Stadt und Land. Die Frage nach fairen und resilienten Stadt-Land-Beziehungen stellt sich mit gesteigerter Relevanz.

[115] Siehe Libbe et al. (2020): Memorandum Post-Corona-Stadt. Für eine suffiziente und resiliente Entwicklung von Städten und Regionen, 6 Seiten. https://www.nachhaltige-zukunftsstadt.de/downloads/20200729_Memorandum_Post-Corona-FINAL_BMBF.pdf, zuletzt geprüft am 25.02.2021.

5. Konstellationsanalyse „Faire und resiliente Region Lübeck“

Susanne Schön und Joke Czapla

Die Konstellationsanalyse „Faire und resiliente Stadt-Land-Beziehungen in der Region Lübeck“ bildet den jeweiligen Analyse-, Synthese- und Erkenntnisstand des transdisziplinären Verbundprojekts VorAB ab. Bis zum Ende der Projektlaufzeit werden Abbildung (Kartierung) und Analyse immer vorläufigen Charakter haben, weil neue Erkenntnisse laufend eingearbeitet werden.

Ziele der Konstellationsanalyse sind:

1. Das inter- und transdisziplinäre Wissen, das im Verbund und in der Region zu Problemlagen und Ansatzpunkten für faire und resiliente Stadt-Land-Beziehungen vorhanden ist, aufeinander zu beziehen und sich ein gemeinsames Bild von der gegenwärtigen Situation zu erarbeiten (Status quo-Konstellation).
2. Aus der Analyse der regionalen Problemlagen gemeinsam mit regionalen Akteurinnen und Akteuren strategische Ansatzpunkte und mögliche Maßnahmen zur Verbesserung der Stadt-Land-Beziehungen auszuarbeiten (Zielkonstellation), die sich zu konkreten regionalen Initiativen entwickeln können.

Die folgenden Entwürfe geben dementsprechend den gegenwärtigen Kenntnisstand wieder.

5.1 Status quo-Konstellation

VorAB arbeitet mit der These, dass drei grundlegende Problemlagen eine faire und resiliente Ausgestaltung der Stadt-Land-Beziehungen erschweren: Bewertungshierarchien, Gerechtigkeits- und Demokratiedefizite.

Die Status quo-Konstellation (siehe Abbildung 4) greift diese Ausgangsthese als Analysestruktur auf. Der hier dargestellte Arbeitsstand ist gewissermaßen als Präzisierung der Ausgangsthesen zu verstehen.

Bewertungsprobleme (nicht nur) in den Stadt-Land-Beziehungen (S-L-B)

- Ein grundlegendes Bewertungsproblem liegt in der mangelnden Wertschätzung von Ökosystemleistungen, Gemeinwohlleistungen, ökologischen und/ oder regionalen Produkten, der Urproduktion, dem Tierwohl, Resilienzstrukturen und Infrastrukturleistungen (Energiewirtschaft). Diese Nicht-Wertschätzung konstituiert sich auch, aber nicht ausschließlich zwischen Städter*innen auf der einen und Landbewohner*innen auf der anderen Seite, sondern sie verläuft auch innerhalb und quer zu den beiden Gruppen. Allerdings zieht sie sich durch alle drei Transformationsfelder Wald, Energie und Landwirtschaft. Die mangelnde Wertschätzung hat dabei abgestufte Nuancen: Von Abwertung über Nicht-Anerkennung bis zur Nicht-Wahrnehmung und „Beschweigung“.
- Eine deutliche Stadt-Land-Hierarchie ist demgegenüber in der Höher-Bewertung städtischen Wissens und städtischer Haltungen (fortschrittliche Stadtbevölkerung) gegenüber einer latenten oder offenen Geringschätzung ländlichen (Erfahrungs-)Wissens (rückschrittliche Landbevölkerung) zu erkennen. Die existenzielle Verbundenheit zwischen Stadt und Land wird nicht oder nur unzureichend gesehen, die Leistungen (vor allem) des Lands nicht hinreichend anerkannt.
- Mangelnde Wertschätzung und Bewertungshierarchien führen zu wechselseitiger Reaktanz: Die Nicht-Wertschätzung/ Abwertung der eigenen Leistungen/ Haltungen/ Kompetenzen führt

teilweise zu reziproker Nicht-Wertschätzung/ Abwertung der Leistungen/ Haltungen/ Kompetenzen des jeweils Anderen.

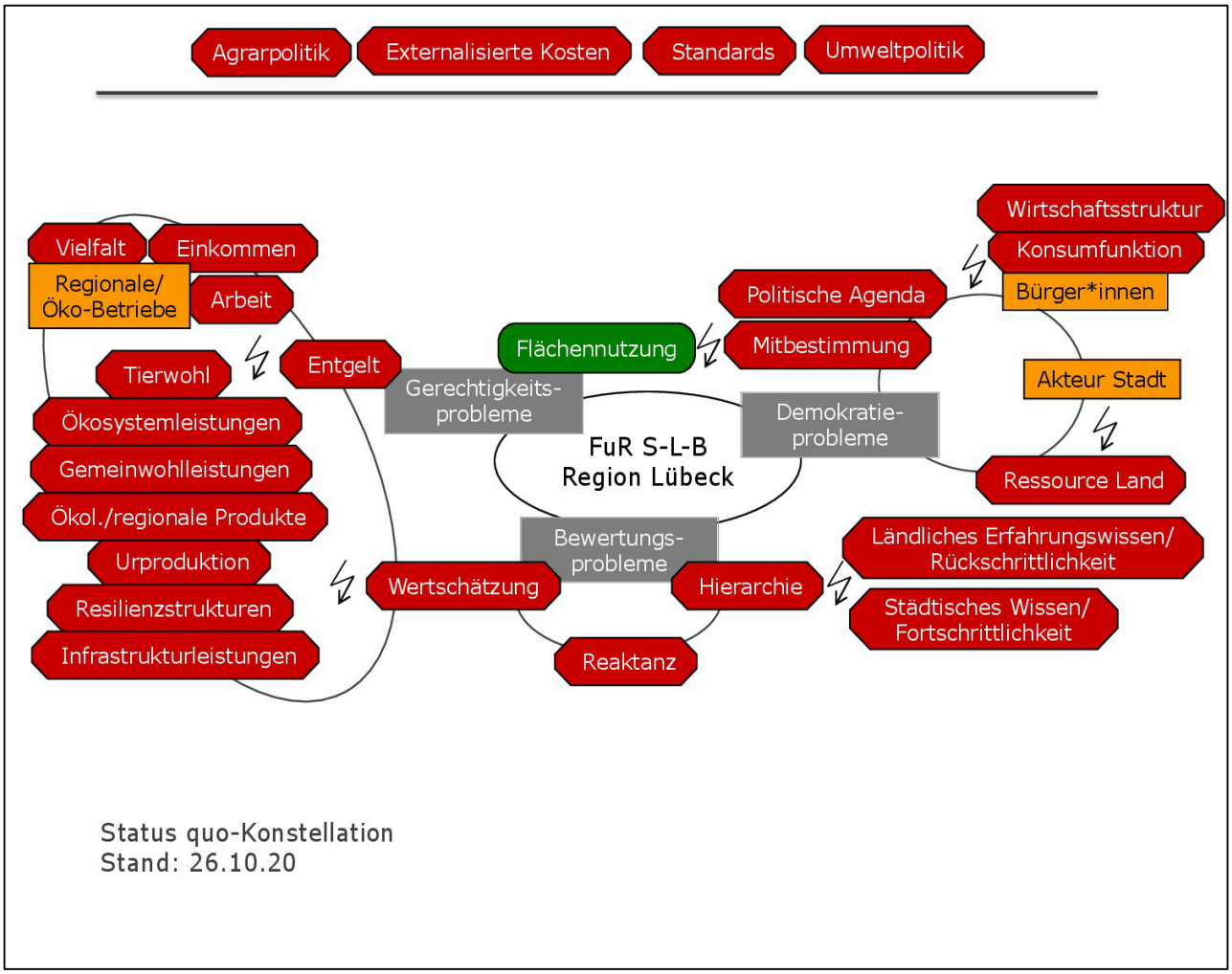

Abbildung 4 Status quo-Konstellation „Faire und resiliente Stadt-Land-Beziehungen in der Region Lübeck“

Gerechtigkeitsprobleme

- Durch das dominierende Wirtschaftssystem im Allgemeinen und die Ausgestaltung der Agrar- und Umweltpolitik im Besonderen gibt es ein grundsätzliches Gerechtigkeitsgefälle zwischen öko-sozialen und konventionellen Bewirtschaftungsformen, das wesentlich durch die Externalisierung von Kosten (wie Löhnen, Umweltschäden etc.) bestimmt wird und zu Wettbewerbsverzerrungen durch massive Preisunterschiede führt. Dieses Gerechtigkeitsproblem wirkt auf Stadt und Land sowie auf alle drei Transformationsfelder. Es kann auf der Ebene der Stadt-Land-Beziehungen nicht gelöst, sondern allenfalls regional gemildert werden.
- Die mangelnde Wertschätzung von Ökosystemleistungen, Gemeinwohlleistungen, ökologischen und/ oder regionalen Produkten, der Urproduktion, dem Tierwohl, von Resilienzstrukturen und Infrastrukturleistungen schlägt sich daher auch in einer mangelnden finanziellen Entgeltung dieser Zusatzleistungen nieder. Betrieblich-individuell getragene (Mehr-)Kosten für Gemeinwohl, ökologischen Umbau, Bildung etc. und allgemeiner Nutzen fallen hier auseinander. Auch dies ist kein spezifisches Stadt-Land-Problem.

- Allerdings setzt diese ungerechte Lastenteilung die wald- und landbewirtschaftenden Betriebe, die diese zusätzlichen Leistungen erbringen, unter ökonomischen Druck. Attraktive Arbeitsplätze und Einkommensmöglichkeiten auf dem Land werden ebenso dadurch bedroht wie die vielfältigen Zusatzangebote der Avantgardist*innen. Dies begünstigt einen Strukturwandel zugunsten größerer Strukturen.
- Ein Gerechtigkeitsproblem gibt es darüber hinaus bei der Austragung von Flächennutzungskonkurrenzen zwischen Stadt und Land: Die wachsende Stadt und der industrielle Platzbedarf haben häufig Vorrang vor landwirtschaftlichen Nutzflächen, auch der energiewirtschaftliche Platzbedarf wird ganz überwiegend vom Land bedient, so dass in allen drei Transformationsfeldern die Stadt stärker auf Kosten des Landes lebt.

Demokratieprobleme

- Auf der Verwaltungsebene beziehen sich Stadt und Land selten aufeinander. Es gibt nur lose regionale Kooperationen. Die Region selbst hat kaum demokratische Institutionen, ist auf der demokratischen Ebene nicht legitimiert und hat zunächst geringe Handlungsmöglichkeiten. Analog zur Wissenshierarchie gibt es auch eine Politikhierarchie zwischen Stadt und Land: Das Land hat im regionalen Gestaltungsprozess, insbesondere bei Flächennutzungsfragen, oft die schwächere Stimme. Land wird in erster Linie als Ressource für die Stadt oder für beispielsweise die Energiewende angesehen. Land jenseits dieser Zwecke wird als „Eigenes“ hingegen kaum wahrgenommen.
- Auch für Bürger*innen gibt es kaum Mitsprache- und Mitgestaltungsmöglichkeiten bei der Landnutzung. Insbesondere die Städter*innen werden tendenziell auf ihre Rolle als Konsument*innen und Wirtschaftsbürger*innen (also Bourgeois, nicht Citoyenne) reduziert. Regionalwirtschaftliches bzw. nachhaltiges Handeln ist Handeln gegen dominierende Logiken und Praktiken einer unfairen und nicht resilienten Wirtschafts- und Politikstruktur.
- In diesem Sinne wichtige Fragen spielen auf der regionalen politischen Agenda noch keine große Rolle. Solche Fragen sind beispielsweise: Warum müssen kommunale Wälder überhaupt Gewinne erwirtschaften? Wer bestimmt darüber, wie Wald-, Energie- und Landwirtschaft praktiziert werden?

5.2 Strategische Ansatzpunkte

Welche dieser Problemlagen lassen sich auf regionaler Ebene überhaupt lösen?

Die Status quo-Konstellationsanalyse deutet (derzeit) auf folgende strategische Ansatzpunkte für die Ausgestaltung fairer und resilienter Stadt-Land-Beziehungen in der Region Lübeck hin:

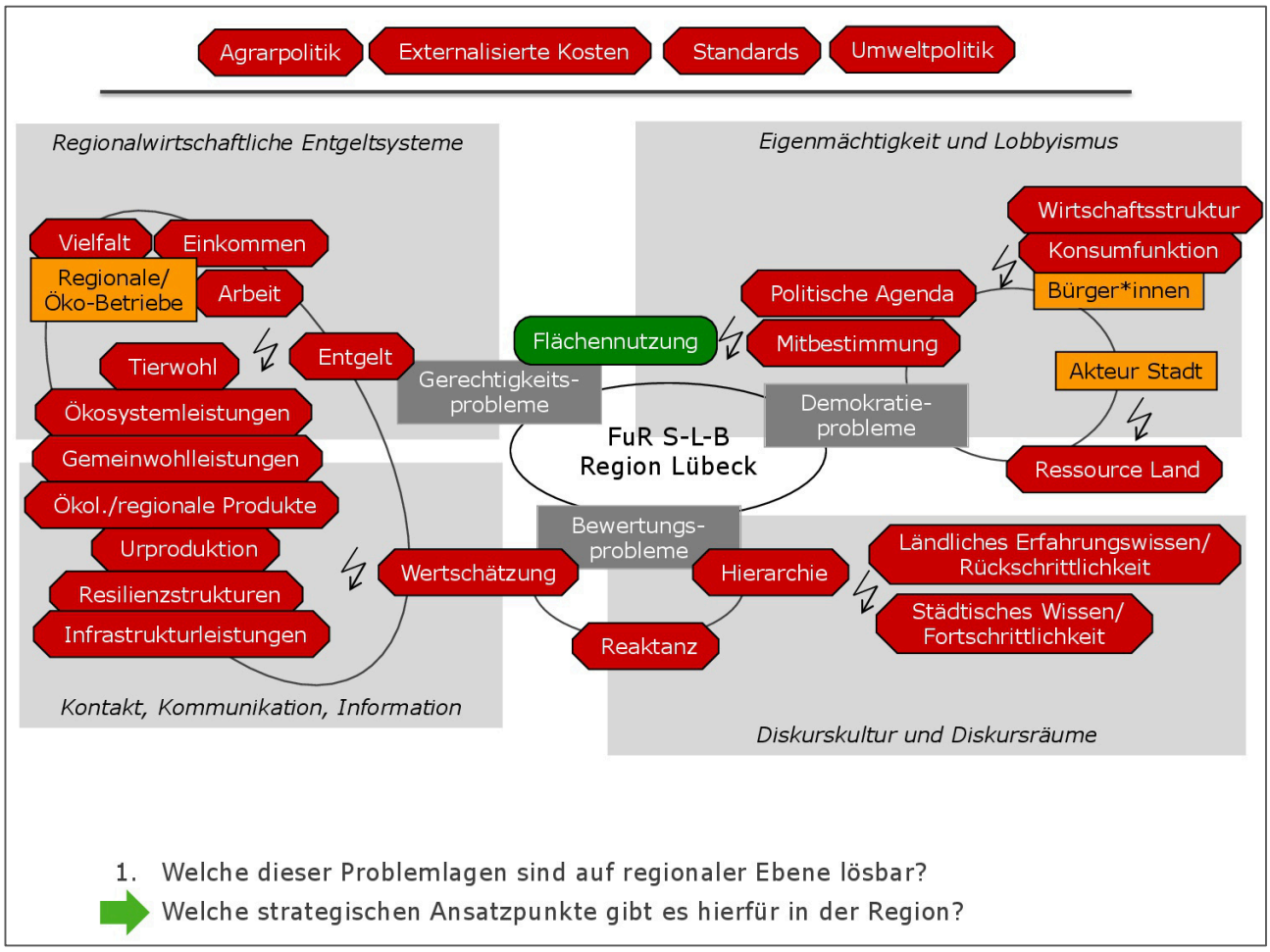

Abbildung 5 Strategische Ansatzpunkte für faire und resiliente Stadt-Land-Beziehungen in der Region Lübeck

Wertschätzung

Wertschätzung kann man nicht verordnen. Zwei Strategien könnten für die Verringerung der Bewertungshierarchien jedoch fruchtbar sein:

- Mehr Nähe zwischen Städter*innen und Landbewohner*innen zu ermöglichen: Im regionalen Kontakt, in der regionalen Kommunikation und mit mehr wechselseitiger Information erleben, was wertvoll ist.
- In der Region einen weniger konfrontativen Diskurs um das, was wertvoll ist, ermöglichen und einüben.

Gerechtigkeit

- Als wichtigster Ansatzpunkt für fairere Stadt-Land-Beziehungen erscheint die Ausweitung regionalwirtschaftlicher (monetärer und nicht-monetärer) Entgeltsysteme für all die Zusatzleistungen, die die Öko- und Regionalbetriebe erbringen.

Demokratie

- Auf der regionalen Ebene scheint der erfolgversprechendste Ansatzpunkt zu sein, dass die regionalen Avantgardist*innen und engagierte Konventionelle ihre eigenen Zusammenhänge, Fähigkeiten und Stärken ausbauen und ihre dann stärkere Stimme – im Sinne von Lobbyismus – für die Änderung von Strukturen und Regeln, die sie behindern, einsetzen.

5.3 Zielkonstellation

Im Hinblick auf die Ausgestaltung fairer und resilienter regionaler Stadt-Land-Beziehungen ist nun die nächste Frage: Welche Gestaltungs- und Verbesserungspotenziale bergen die regionalen Akteur*innen – unter den gegebenen Rahmenbedingungen?

In der Zielkonstellation sind erste Ideen entlang der vier strategischen Ansatzpunkte kartiert[116]:

- Der Aufbau eines regionalwirtschaftlichen Entgeltsystems rund um die Lübecker Waldwirtschaft könnte ausgehend vom Stadtwald Lübeck und dem angeschlossenen Holzhof regionale Verarbeiter*innen, Läden und Mietwerkstätten einbeziehen und perspektivisch durch weitere Kreisforsten erweitert werden.
- Ein regionales Entgeltsystem für die Landwirtschaft könnte ausgehend von gut 30 Ökohöfen und ihren Direktvermarktungsaktivtäten durch weitere regionale Vermarkter, die regionalen Produkten Platz einräumen, ergänzt werden.
- Höfe, die über die Lebensmittelproduktion hinaus Freizeit- und Bildungsaktivitäten anbieten, könnten sowohl zum regionalwirtschaftlichen Entgeltsystem als auch zum strategischen Ansatzpunkt Kontakt, Kommunikation, Information Beiträge leisten.

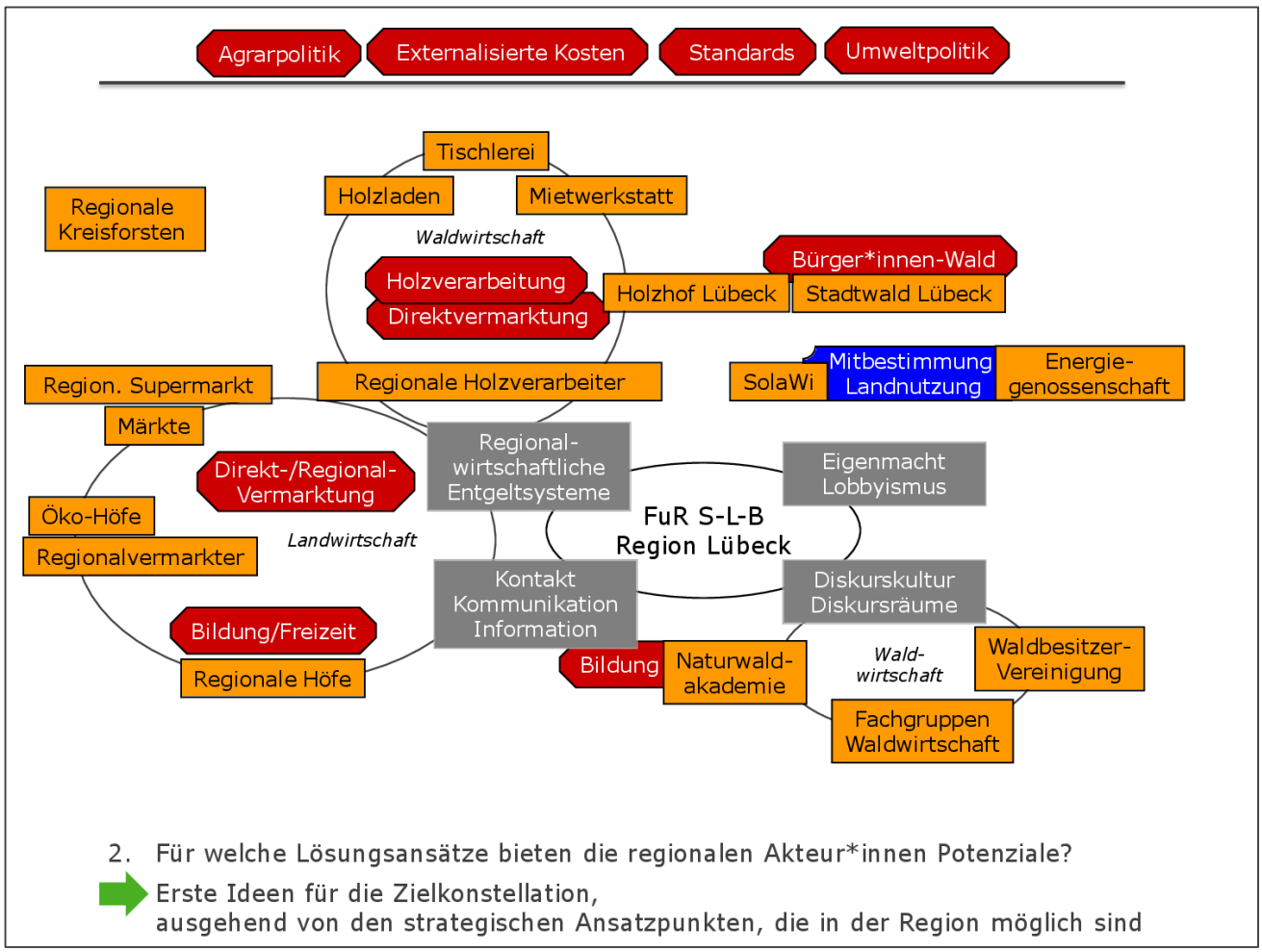

Abbildung 6: Erster Entwurf der Zielkonstellation „Faire und resiliente Stadt-Land-Beziehungen in der Region Lübeck“

[116] Die Zielkonstellation im Transformationsfeld Energie ist noch in Bearbeitung und in der vorliegenden Version der Konstellationsanalyse nicht mit aufgeführt.

- Die der Solidarischen Landwirtschaft zugehörigen Betriebe (SoLaWi) können ebenfalls wichtige Beiträge zu den strategischen Ansatzpunkten „Kontakt, Kommunikation, Information“ und „Regionalwirtschaftliche Entgeltsysteme“ leisten. Sie sind hier jedoch beim strategischen Ansatzpunkt „Eigenmacht/ Lobbyismus“ kartiert, weil sie – wie auch die Energiegenossenschaften – beispielgebend für mehr Mitbestimmung/ Mitgestaltung/ Mitverantwortung bei der Landnutzung sein können. Das gilt auch für den Ansatz des sogenannten „Bürger*innen-Wald“. Hinter diesem Begriff verbergen sich ganz unterschiedliche Konzepte und juristische Formen. Ihnen allen ist jedoch gemein, dass sie Wald als Gemeinschaftseigentum der Bürger*innen begreifen und fordern, seine Bewirtschaftung an Gemeinwohlaspekten auszurichten.
- Bleibt der strategische Ansatzpunkt „Diskurskultur und Diskursräume“. Hier wäre denkbar, dass unter Beteiligung der Naturwaldakademie (die auch zu Kommunikation und Information beiträgt), von waldwirtschaftlichen Fachgruppen und Waldbesitzervereinigungen ein solch neuer Diskursraum eröffnet und die verschiedenen Perspektiven und Interessen erörtert werden.

Als kleines Zwischenfazit bleibt festzuhalten, dass – obschon die derzeitigen Analysen noch sehr vorläufig sind – bei der Betrachtung der regionalen Verhältnisse zahlreiche Ansatzpunkte für eine fairere und resilientere Ausgestaltung der Stadt-Land-Beziehungen aufscheinen. Das weitere Eintauchen in die Region und der in der nächsten Forschungsphase sehr viel intensivere Austausch mit regionalen Akteur*innen wird zeigen, ob sich dieser vorläufige Eindruck verfestigt, inwiefern die regionalen Akteur*innen an dieser Gestaltungs- und Entwicklungsaufgabe interessiert sind und worin sie gegebenenfalls für sich und für die Region Potenziale sehen.

6. Ausblick

Uta v. Winterfeld

Nun sind wir mit unserer sondierenden Analyse von Verhältnissen in der Region Lübeck an ein vorläufiges Ende gelangt. Eine erste Ab- und Einschätzung trägt zumeist allgemeine und teils holzschnittartige Züge. Gleichwohl ist sie uns aufgrund der Pandemie abstrakter geraten und stärker vom Schreibtisch aus – als Desktop- und Internetrecherche – erfolgt, als wir beabsichtigt hatten.

Wir hoffen, dass uns das Virus nicht mehr allzu lange davon abhält, in der Region präsent zu sein. Denn in unserem nun folgenden Arbeitspaket 2 werden wir Beziehungen zwischen den Akteur*innen wie auch zwischen Stadt und Land vertiefend analysieren. Dazu gehört auch, das regionale Geschehen in unserer Forschung mit Leben zu füllen, die Erfahrungen der dort avantgardistisch handelnden Menschen kennenzulernen und ihren Erzählungen zuzuhören. Die analytische Vertiefung erfolgt daher insbesondere auf der empirischen Ebene. Interviews mit regionalen Akteur*innen und Expert*innen, Fokusgruppen, teilnehmende Beobachtungen in den drei Transformationsfeldern und eine kleine Salonreihe sind geplant.

Zugleich liegt auf der konzeptionellen Ebene eine Schärfung der Perspektive bzw. unserer analytischen Brille nahe. Bei unserer ersten Sondierung von Stadt-Land-Verhältnissen ist deutlich geworden, dass für die Beziehungen und Konstellationen nicht nur Stadt und Land, sondern als zweiter räumlicher Kontext auch das Verhältnis von Groß und Klein relevant sind. So müssen sich auch Avantgardist*innen in der Landwirtschaft mit Förderstrukturen der EU auseinandersetzen, die große Betriebe begünstigen. Ähnlich ist es im Energiebereich, wo die Ausweisung geeigneter Flächen zum Ausbau der Erneuerbaren Energien eher auf die Bedarfe großer Energieerzeuger und weniger auf die der kleinen Energiegenossenschaften abgestellt ist. Ein dritter Kontext liegt darin, dass es sich bei VorAB-Region zugleich um eine Grenzregion handelt. Sie umfasst ein „altes“ (Schleswig-Holstein) und ein „neues“ (Mecklenburg-Vorpommern) Bundesland. Daher werden wir überprüfen, inwieweit neben Stadt und Land, Groß und Klein auch das Verhältnis West und Ost für vorsorgendes Handeln relevant, möglicherweise auch prägend ist.

Weiter kann bei einer analytischen Schärfung möglicherweise die Ebene der „Mentalitäten“ bedeutsam werden. Sie sind Teil des Bewertungsproblems, denn neben der ökonomischen Bewertung gibt es auch Werthaltungen und paradigmatische Orientierungen, beispielsweise das Wachstumsparadigma. Solcherart Mentalitäten prägen das Handeln, die Beziehungen wie auch Konzepte und Planungen mit.

Schließlich hat sich bei der Akteursanalyse gezeigt, dass eine Region stark von den Tätigkeiten der Akteur*innen und ihren Vernetzungen geprägt wird, weshalb Hans Heinrich Blotevogel von „Tätigkeitsregionen“ (1996) spricht. Damit wird auf der regionalanalytischen Ebene der Bereich „Arbeiten und Tätigkeiten“ bedeutsam.

Mit Blick auf unsere weiteren Forschungstätigkeiten beginnt die erste Etappe unserer regionserforschenden Reise mit der Analyse der regionalen Strukturen und der Stadt-Land-Beziehungen hinsichtlich ihres Gerechtigkeits-, Demokratie-, und Bewertungsproblems. Angesichts der großen Problembegriffe liegt eine Fokussierung auf konkrete regionale Ausprägungen nahe, wie sie in Kapitel 3 herausgearbeitet worden sind. Dazu gehören Fragen der Land- und Flächennutzung ebenso wie Fragen nach regionalen Leit- und Entwicklungsvorstellungen.

Derzeit ist offen, inwieweit sich die Arbeit an den Problemfeldern in die zweite Etappe hineinzieht. Denn die Ermittlung von Blockaden, Konflikten, Synergien und Voraussetzungen für die Ausgestaltung fairer und resilienter Stadt-Land-Beziehungen ist zweifach angelegt. Zunächst gilt es, die eher düstere Landschaft der Blockaden und Konflikte zu erkunden, während die helleren Gefilde der Synergien und

Voraussetzungen anschließend erschlossen werden. Insgesamt geht es sowohl um akteursspezifische als auch um institutionelle Elemente. Inwieweit können beispielsweise neue Vernetzungen zwischen Akteur*innen zur Lösung von Blockaden und Konflikten beitragen? Inwieweit können neue institutionelle Arrangements oder kleine Gesellschaftsverträge Synergien erzeugen und neue Voraussetzungen für nachhaltige Regionalentwicklung schaffen?

Auch wenn die transformative Potenzialanalyse erst die fünfte Etappe und damit den Schlusspunkt der vertiefenden Analyse bildet, wird an dieser Stelle zu erwähnen Zeit, dass die Ergebnisse der Erkundungen in die Potenzialanalyse einfließen. Sie wird daher nicht erst in der letzten Reiseetappe als zusätzliches Terrain bearbeitet, sondern sie wird als übergreifendes Dach auch über die anderen Etappen gespannt.

Auch wenn wir Reisevorbereitungen treffen und das Gepäck schnüren, können unsere Pläne durchkreuzt werden. Pandemisch, weil wir doch stärker in den virtuellen Raum gezwungen werden, als es für diese Arbeitsphase gut sein kann. Angesichts der aktuellen Einschränkungen im Dezember 2020 behelfen wir uns hier mit versuchsweisem Optimismus: Es hat eine Zeit vor dem virulenten Virus gegeben und es wird auch eine danach kommen. Unsere Pläne können aber auch von „unseren“ regionalen Expert*innen und Partner*innen durchkreuzt werden. Denn es mag sein, dass sie uns bei allen Vorannahmen und Vorhaben etwas ganz anderes erzählen. Unsere regionale Forschung mit Leben zu füllen heißt auch, offen für Überraschungen und unvorhergesehene Wendungen zu sein. Sie werden uns in unseren Interviews und in unseren teilnehmenden Beobachtungen begegnen. Sie werden in der dritten Etappe der transdisziplinären Salons und in der vierten Etappe der regionalen Erzählungen Raum greifen. Wir sind also zur Offenheit für die regionalen Akteur*innen und Ereignisse aufgefordert – und wir freuen uns darauf.

7. Literatur

Ahaus, Björn D. (2019): Urbane Agent_innen des Wandels für soziale Innovationen der Nachhaltigkeit. Eine qualitative Studie über Eigenschaften, Rollen und Netzwerke von Promotor_innen der Bürgergesellschaft im zentralen Ruhrgebiet. Dissertation. Universität Stuttgart, Stuttgart. Institut für Sozialwissenschaften.

Altrock, Uwe; Güntner, Simon; Huning, Sandra; Nuissl, Henning; Peters, Deike (Hg.) (2005): Landliebe-Landleben. Ländlicher Raum im Spiegel von Sozialwissenschaften und Planungstheorie. Planungsrundschau c/o Juniorprofessur Stadterneuerung. Cottbus.

Antoni-Komar, Irene; Kropp, Cordula; Paech, Niko (2019): Transformative Unternehmen und die Wende in der Ernährungswirtschaft. Marburg: Metropolis (Theorie der Unternehmung, 72).

Asendorpf, Dirk; Grefe, Christiane (2020): Wo die Vielfalt sprießt. Gelingt es, Landwirtschaft und Artenschutz zu versöhnen? Eine Reise zu vier Höfen, deren Projekte Hoffnung machen. In: *Die ZEIT*, 05.11.2020, S. 32–34.

Baier, Andrea; Müller, Christa (2020): Die Do-it-Yourself (DIY)-Community in Zeiten von Corona. Plädoyer für eine demokratisierte Daseinsvorsorge. In: Michael Volkmer und Karin Werner (Hg.): Die Corona-Gesellschaft. Analysen zur Lage und Perspektiven für die Zukunft. Bielefeld: transcript, S. 383–393.

Bätzing, Werner (2020): Das Landleben. Geschichte und Zukunft einer gefährdeten Lebensform. München: Beck.

BBEn (2020): Das Ökosystem der Bürgerenergie. Aus den Erfahrungen von Bürgerenergiegemeinschaften lernen. Bündnis Bürgerenergie e.V. Online verfügbar unter https://www.buendnis-buergerenergie.de/fileadmin/user_upload/News/2020/Broschu__re_Bu__rgerenergie_2020_WEB_final.pdf, zuletzt geprüft am 20.11.2020.

BDEW Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft e.V. (2020): Beitrag der Erneuerbaren Energien zur Deckung des Stromverbauchs in Deutschland. Online verfügbar unter https://www.bdew.de/media/documents/EE_Q1_2019_2020_31Mrz2020.pdf, zuletzt geprüft am 02.02.2021.

Beddington, John; Berry, Steven; Caldeira, Ken; Cramer, Wolfgang; Creutzig, Felix; Duffy, Phil et al. (2018): Letter from Scientists to the EU Parliament Regarding Forest Biomass. Online verfügbar unter https://www.euractiv.com/wp-content/uploads/sites/2/2018/01/Letter-of-Scientists-on-Use-of-Forest-Biomass-for-Bioenergy-January-12-2018.pdf, zuletzt geprüft am 29.06.2020.

Berners-Lee, Tim; Fischetti, Mark (1999): Der Web-Report. Der Schöpfer des World Wide Webs über das grenzenlose Potential des Internets. München: Econ.

Biesecker, Adelheid (2000): Kooperative Vielfalt und das "Ganze der Arbeit". Überlegungen zu einem erweiterten Arbeitsbegriff. Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH, Querschnittsgruppe Arbeit und Ökologie. Berlin (WZB papers).

Biesecker, Adelheid; Hofmeister, Sabine (2006): Die Neuerfindung des Ökonomischen. Ein (re)produktionstheoretischer Beitrag zur sozial-ökologischen Forschung. München: oekom-Verl. (Ergebnisse sozial-ökologischer Forschung, 2).

Blecken, Lutke; Melzer, Michael (2020): Workshop Governance - Mechanismen für Stadtregionale Entwicklungsprozesse, Bericht Querschnittsvorhaben Stadt-Land-Plus, gefördert vom BMBF. Online verfügbar unter https://www.zukunftsstadt-stadtlandplus.de/files/zukunftsstadt-statdtlandplus/Statusseminare%20Workshops/Querschnittsthemen%20Workshops/Strukturen%20und%20Prozesse/2020%20Hamburg/Bilder_Gov_WS_Mai2020/Protokoll%20SLP-Online-Workshop%20Governance%2019.05.2020.pdf, zuletzt geprüft am 03.10.2020.

Bliss, Friederike R.; Johanning, Anja; Schicke, Hildegard (2006): Communities of Practice – Ein Zugang zu sozialer Wissensgenerierung. Deutsches Institut für Erwachsenenbildung (DIE). Online verfügbar unter http://www.die-bonn.de/esprid/dokumente/doc-2006/bliss06_01.pdf, zuletzt geprüft am 25.11.2020.

Blotevogel, Hans Heinrich (1996): Auf dem Wege zu einer „Theorie der Regionalität". Die Region als Forschungsobjekt der Geographie. In: Gerhard Brunn (Hg.): Region und Regionsbildung in Europa. Konzeptionen der Forschung und empirische Befunde. Baden-Baden: Nomos Verl.-Ges (Schriftenreihe des Instituts für Europäische Regionalforschungen, 1), S. 44–68.

BMBF; BMEL (2020): Nationale Bioökonomiestrategie. Hg. v. Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) und Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL). Berlin. Online verfügbar unter https://www.bmbf.de/upload_filestore/pub/BMBF_Nationale_Biooekonomiestrategie_Langfassung_deutsch.pdf, zuletzt geprüft am 21.10.2020.

BMEL (2014): Der Wald in Deutschland – Ausgewählte Ergebnisse der dritten Bundeswaldinventur. Hg. v. Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL). Berlin. Online verfügbar unter https://www.bmel.de/SharedDocs/Downloads/DE/Broschueren/bundeswaldinventur3.pdf?__blob=publicationFile&v=3, zuletzt geprüft am 07.01.2021.

BMEL (Hg.) (2018): Klima schützen. Werte schaffen. Ressourcen effizient nutzen (Charta für Holz 2.0). Online verfügbar unter https://www.charta-fuer-holz.de/fileadmin/charta-fuer-holz/dateien/service/mediathek/Web_Broschuere_Charta-fuer-Holz_3._Aufl_2018.pdf, zuletzt geprüft am 21.10.2020.

BMEL (2020a): Brüssel gibt grünes Licht für Waldhilfen (Pressemitteilung, 123/2020). Online verfügbar unter https://www.bmel.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2020/123-waldhilfen.html, zuletzt geprüft am 14.01.2021.

BMEL (Hg.) (2020b): Rahmenplan der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ 2020-2023. Online verfügbar unter https://www.bmel.de/SharedDocs/Downloads/DE/Broschueren/rahmenplan-2020-2023.pdf?__blob=publicationFile&v=5, zuletzt geprüft am 19.10.2020.

BMELV (2011): Waldstrategie 2020 - Nachhaltige Waldbewirtschaftung – eine gesellschaftliche Chance und Herausforderung. Hg. v. Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV). Bonn. Online verfügbar unter https://www.bmel.de/SharedDocs/Downloads/DE/Broschueren/Waldstrategie2020.pdf?__blob=publicationFile&v=5, zuletzt geprüft am 21.10.2020.

BMUB; BfN (2014): Naturbewusstsein 2013. Bevölkerungsumfrage zu Natur und biologischer Vielfalt. Hg. v. Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB) und Bundesamt für Naturschutz (BfN). Berlin-Bonn.

BMWi (2020): Förderprogramme - Holzrücken mit Pferden. Hg. v. Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi). Online verfügbar unter https://www.foerderdatenbank.de/FDB/Content/DE/Foerderprogramm/Land/Mecklenburg-Vorpommern/holzruecken-mit-pferden.html, zuletzt geprüft am 19.10.2020.

Boddenberg, Moritz; Gunkel, Lenard; Schmitz, Sarah; Vaessen, Franziska; Blättel-Mink, Birgit (2017): Jenseits des Marktes – Neue Praktiken der Versorgung in Zeiten der Krise. Das Beispiel Solidarische Landwirtschaft. In: Patrick Sachweh und Sascha Münnich (Hg.): Kapitalismus als Lebensform? Deutungsmuster, Legitimation und Kritik in der Marktgesellschaft. Wiesbaden: Springer VS, S. 245–272.

Bolay, Eberhard; Reichle, Berthold (2011): Waldpädagogik. Handbuch der waldbezogenen Umweltbildung. Teil 1: Theorie. 2. Aufl. Baltmannsweiler: Schneider Hohengehren.

Brand, Karl-Werner (2017): Zur Problematik der Steuerung sozial-ökologischer Transformationsprozesse. In: Karl-Werner Brand (Hg.): Die sozial-ökologische Transformation der Welt. Ein Handbuch. Frankfurt: Campus Verlag, S. 117–154.

Braun, Annette (2000): Wahrnehmung von Wald und Natur. Wiesbaden: Springer VS.

Brocchi, Davide (2019): Nachhaltige Transformation im Quartier. In: Oliver Niermann, Olaf Schnur und Matthias Drilling (Hg.): Ökonomie im Quartier. Von der sozialräumlichen Intervention zur Postwachstumsgesellschaft. Wiesbaden: Springer VS, S. 249–268.

Brunner, Jan (2019): Land Grabbing in Ostdeutschland: Ursachen, Auswirkungen, Widerstand. GLOCON. Berlin (GLOCON Country Report Series, 3).

Bürger-Arndt, Renate; Ohse, Bettina; Meyer, Katharina; Höltermann, Anke (2012): Ökosystemdienstleistungen von Wäldern: Workshopbericht Internationale Naturschutzakademie Insel Vilm 16.-19. November 2011. Hg. v. Bundesamt für Naturschutz (BfN). Bonn (BfN-Skripten, 320). Online verfügbar unter https://www.bfn.de/fileadmin/BfN/service/Dokumente/skripten/Skript_320.pdf, zuletzt geprüft am 07.01.2021.

Christmann, Gabriela (2017): Raumentwicklung. In: Jürgen Howaldt, Ralf Kopp, Stefan Böschen et al. (Hg.): Innovationen für die Gesellschaft. Neue Wege und Methoden zur Entfaltung des Potenzials sozialer Innovation. Dortmund: Sozialforschungsstelle Dortmund (sfs), S. 22–27.

Deter, Alfons (2020): Preisanstieg bei Agrarland hat sich verlangsamt. Hg. v. topagrar online. Online verfügbar unter https://www.topagrar.com/management-und-politik/news/preisanstieg-bei-agrarland-hat-sich-verlangsamt-11946402.html, zuletzt geprüft am 22.12.2020.

Die Ministerpräsidentin des Landes Schleswig-Holstein (Hg.) (1998): Regionalplan für den Planungsraum I. Schleswig-Holstein Süd, Kreise Herzogtum Lauenburg, Pinneberg, Segeberg und Stormarn. Online verfügbar unter https://www.schleswig-holstein.de/DE/Fachinhalte/L/landesplanung_raumordnung/Downloads/regionalplaene/planungsraum1/regionalplan_planungsraum1.pdf;jsessionid=AD088162C6A34BB7590EDBCF1876A389.delivery1-replication?__blob=publicationFile&v=1, zuletzt geprüft am 15.12.2020.

Diefenbacher, Hans; Douthwaite, Richard (1998): Jenseits der Globalisierung. Handbuch für lokales Wirtschaften. Mainz: Matthias-Grünewald-Verlag.

Diekmann, Jochen; Schill, Wolf-Peter; Püttner, Andreas; Walker, Marion; Kirrmann, Sven; Maier, Magnus (2019): Vergleich der Bundesländer: Analyse der Erfolgsfaktoren für den Ausbau der Erneuerbaren Energien 2019 – Indikatoren und Ranking. Endbericht. Forschungsprojekt des DIW Berlin und des ZSW Stuttgart. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung. Berlin (Politikberatung kompakt, 145). Online verfügbar unter

https://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.698754.de/diwkompakt_2019-145.pdf, zuletzt geprüft am 23.02.2021.

Diemer, Matthias (2001): Wildniserfahrung als menschliches Entwicklungspotential. In: Evangelische Akademie Tutzing (Hg.): Wildnis vor der Haustür. Ergebnisse des Workshops 4. - 6. Oktober 2001 in Zwieselerwaldhaus. Grafenau: Morsack-Verlag, S. 116–127.

Dirksmeier, Peter (2009): Urbanität als Habitus. Zur Sozialgeographie städtischen Lebens auf dem Land. Bielefeld: Transcript-Verl. (Urban studies).

Domanski, Dmitri; Kaletka, Christoph (2018): Lokale Ökosysteme sozialer Innovation verstehen und gestalten. In: Hans-Werner Franz und Christoph Kaletka (Hg.): Soziale Innovationen lokal gestalten. Wiesbaden: Springer VS (Sozialwissenschaften und Berufspraxis), S. 291–308.

Eckhardt, Jennifer; Kaletka, Christoph; Pelka, Bastian (2017): Inclusion through digital social innovations. Modelling an ecosystem of drivers and barriers. In: Margherita Antona und Constantine Stephanidis (Hg.): Universal access in human-computer interaction. Proceedings, Part I. Cham: Springer (Lecture notes in computer science, 10279), S. 67–84.

Egnolff, Mareike (2015): Die Sehnsucht nach dem Ideal. Landlust und Urban Gardening in Deutschland. Dissertation. Universität des Saarlandes, Saarbrücken.

Elsen, Susanne (2014): Genossenschaften als transformative Kräfte auf dem Weg in die Postwachstumsgesellschaft. In: Carolin Schröder (Hg.): Genossenschaften und Klimaschutz. Akteure für zukunftsfähige, solidarische Städte. Wiesbaden: Springer VS (Bürgergesellschaft und Demokratie, 41), S. 31–48.

Engel, Toya; Klindworth, Katharina; Knieling, Jörg (2018): Einflüsse von Pionieren auf gesellschaftliche Transformationsprozesse im Handlungsfeld Energie. In: Hans-Werner Franz und Christoph Kaletka (Hg.): Soziale Innovationen lokal gestalten. Wiesbaden: Springer VS (Sozialwissenschaften und Berufspraxis), S. 215–232.

ERL 2003 ⍰ siehe Regionalbeirat für die Region Lübeck (Hg.) (2003)

Fachagentur Nachwachsende Rohstoffe e. V. (FNR) (Hg.) (2019): Förderung und Entlastung privater Waldeigentümer im Bereich Wald und Forstwirtschaft. Eine Übersichtsdarstellung für die Praxis. Online verfügbar unter https://www.fnr.de/fileadmin/kiwuh/dateien/Brosch_Foerderung_Privatwald_web.pdf, zuletzt geprüft am 13.11.2020.

Felber, Christian (2014): Die Gemeinwohl-Ökonomie. Eine demokratische Alternative wächst. Leipzig, Wien (Österreich): Deuticke.

Fördergemeinschaft Ökologischer Landbau Berlin-Brandenburg e. V. (2015): Bio auf Wachstumskurs in der Metropolregion: Fakten, Trends und Rahmenbedingungen. Online verfügbar unter https://www.bio-berlin-brandenburg.de/aktuelles/presse/bio-auf-wachstumskurs-in-der-metropolregion-fakten-trends-und-rahmenbedingungen/, zuletzt geprüft am 12.12.2020.

Forschungsverbund "Blockierter Wandel?" (Hg.) (2007): Blockierter Wandel? Denk- und Handlungsräume für eine nachhaltige Regionalentwicklung. München: oekom-Verl. (Ergebnisse sozial-ökologischer Forschung, 6).

Fraunhofer IBP; Fraunhofer IWES (Hg.) (2017): Wärmewende 2030: Schlüsseltechnologien zur Erreichung der mittel- und langfristigen Klimaschutzziele im Gebäudesektor. Studie. Agora Energiewende. Online verfügbar unter https://static.agora-energiewende.de/fileadmin2/Projekte/2016/Sektoruebergreifende_EW/Waermewende-2030_WEB.pdf, zuletzt geprüft am 02.01.2021.

FVA BW (2020): Die Stadt im Wald - Die Bedeutung des Waldes während der Corona-Pandemie. Unveröffentlichte Studie, ppt-Präsentation. Hg. v. Forstliche Versuchs- und Forschungsanstalt Baden-Württemberg (FVA BW). Online verfügbar unter https://www.fva-bw.de/fileadmin/user_upload/Presse/PDFs/20200714_praesentation_corona_wald.pdf, zuletzt geprüft am 21.10.2020.

Giddens, Anthony (1997): Die Konstitution der Gesellschaft. Grundzüge einer Theorie der Strukturierung. 3. Aufl. Frankfurt/Main: Campus-Verl. (Theorie und Gesellschaft, 1).

Gillwald, Katrin (2000): Konzepte sozialer Innovation. Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB). Berlin (WZB Discussion Paper, P 00-519).

Giurca, Alexandru; Kleinschmit, Daniela (2020): Übergang zu einer forstbasierten Bioökonomie? Ein Vergleich von Deutschland und Finnland. In: Wilfried Konrad, Dirk Scheer und Annette Weidtmann (Hg.): Bioökonomie nachhaltig gestalten. Perspektiven für ein zukunftsfähiges Wirtschaften. Wiesbaden: Springer VS (Technikzukünfte, Wissenschaft und Gesellschaft / Futures of Technology, Science and Society), S. 163–183. Online verfügbar unter https://doi.org/10.1007/978-3-658-29433-5_7.

Gottschlich, Daniela; Katz, Christine (2020): Relationalität, Naturgestaltung und Caring. Die Bedeutung feministischer Utopien zur Bearbeitung der sozial-ökologischen Krise. In: Benjamin Görgen und Björn Wendt (Hg.): Sozial-ökologische Utopien. Diesseits oder jenseits von Wachstum und Kapitalismus? Hamburg: VSA, S. 303–325.

Hansestadt Lübeck (2014): Grundsatzvereinbarung für eine „Stadt-Umland-Kooperation Lübeck“. Online verfügbar unter https://www.luebeck.de/de/rathaus/politik/pil/bi/___tmp/tmp/45-181-136166157173/166157173/01030321/21-Anlagen/01/Anlage_Grundsatzvereinbarung.pdf, zuletzt geprüft am 21.01.2021.

Haxeltine, Alex; Avelino, Flor; Pel, Bonno; Dumitru, Adina; Kemp, René; Longhurst, Noel et al. (2016): A framework for Transformative Social Innovation. TRANSIT Working Paper # 5 (TRANSIT: EU SSH.2013.3.2-1, Grant agreement no: 613169).

Helbrecht, Ilse (2019): Urbanität – Ruralität. Der Versuch einer prinzipiellen Klärung und Erläuterung der Begriffe. In: *derive, Zeitschrift für Stadtforschung* 76 (3), S. 6–13.

Held, Michael (1998): Der Nationalpark Bayerischer Wald und seine Akzeptanz: Situationsbericht. In: Norbert Wiersbinski (Hg.): Zur gesellschaftlichen Akzeptanz von Naturschutzmaßnahmen. Bonn (BfN-Skripten, 2), S. 23–26.

Henkel, Gerhard (2012): Das Dorf. Landleben in Deutschland - gestern und heute. Stuttgart: Konrad Theiss Verlag.

Herrenknecht, Albert (2003): Zwischenland. Die neuen Zwischen-Welten zwischen Dorf und Stadt. In: *Pro-Region-online – Zeitschrift für den Ländlichen Raum* (1).

Hilbert, Jörg (2017): Geschäftemacherei mit Bäumen. NDR (Panorama 3). Online verfügbar unter https://www.ndr.de/fernsehen/sendungen/panorama3/Geschaeftemacherei-mit-Baeumen,wald788.html, zuletzt geprüft am 22.11.2020.

Hooghe, Liesbet; Marks, Gary (2001): Multi-Level Governance and European Integration. New York, Oxford: St. Martin's Press.

Ibisch, Pierre L.; Welle, Torsten; Blumröder, Jeanette S.; Sommer, Jörg (2020a): Wälder sind Kohlenstoffspeicher. Holzverbrennung ist nicht klimaneutral. Online verfügbar unter https://naturwald-akademie.org/wp-content/uploads/2020/03/ePaper_Holzverbrennung-ist-nicht-klimaneutral_31-M%C3%A4rz20_fin.pdf, zuletzt geprüft am 14.01.2021.

Ibisch, Pierre L.; Welle, Torsten; Blumröder, Jeanette S.; Wohlleben, Tobias; Sommer, Jörg (2020b): Eckpunkte zur Waldstrategie 2050. Kommentierung der Positionen des Wissenschaftlichen Beirat für Waldpolitik des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft.

ILEK LUP (2016) → siehe Landkreis Ludwigslust-Parchim (Hg.) (2016)

ILEK NWM (2016) → siehe Landkreis Nordwestmecklenburg (Hg.) (2016)

INKOTA (Hg.) (2019): Positionspapier: Agrarökologie stärken. Für eine grundlegende Transformation der Agrar- und Ernährungssysteme. Online verfügbar unter https://www.webshop.inkota.de/file/1887/download?token=xEIeTw1T, zuletzt geprüft am 22.12.2020.

Innenministerium des Landes Schleswig-Holstein (Hg.) (2004): Regionalplan 2004 für den Planungsraum II. Schleswig-Holstein Ost, Kreisfreie Stadt Lübeck, Kreis Ostholstein. (Landesplanung in Schleswig-Holstein, 30). Online verfügbar unter https://schleswig-holstein.de/DE/Fachinhalte/L/landesplanung_raumordnung/Downloads/regionalplaene/planungsraum2/regionalplan_planungsraum2.pdf;jsessionid=C58ADB468B06C497F04011E07B52FB2A.delivery2-master?__blob=publicationFile&v=1, zuletzt geprüft am 15.12.2020.

Innenministerium des Landes Schleswig-Holstein (Hg.) (2010): Umweltbericht und zusammenfassende Erklärung. Anlage zum Landesentwicklungsplan Schleswig-Holstein 2010. Teil C. Kiel. Online verfügbar unter https://www.schleswig-holstein.de/DE/Fachinhalte/L/landesplanung_raumordnung/Downloads/landesentwicklungsplan/landesentwicklungsplan_sh_2010_anlage_umwelt.pdf?__blob=publicationFile&v=4, zuletzt geprüft am 17.01.2021.

Innenministerium des Landes Schleswig-Holstein (Hg.) (2010): Landesentwicklungsplan Schleswig-Holstein 2010. Online verfügbar unter https://www.schleswig-holstein.de/DE/Fachinhalte/L/landesplanung_raumordnung/Downloads/landesentwicklungsplan/landesentwicklungsplan_sh_2010.pdf?__blob=publicationFile&v=1, zuletzt geprüft am 03.08.2020.

Jenal, Corinna (2019): „Das ist kein Wald, Ihr Pappnasen!“ – Zur sozialen Konstruktion von Wald. Perspektiven von Landschaftstheorie und Landschaftspraxis. Wiesbaden: Springer VS (RaumFragen: Stadt – Region – Landschaft).

Kahla, Franziska; Holstenkamp, Lars; Müller, Jakob R.; Degenhart, Heinrich (2017): Entwicklung und Stand von Bürgerenergiegesellschaften und Energiegenossenschaften in Deutschland. Leuphana Universität Lüneburg (Arbeitspapierreihe Wirtschaft & Recht, 27).

Katz, Christine (2010): Natur ist was man daraus macht! Naturvorstellungen von forstlichen Akteuren in der waldbezogenen Umweltbildung. In: Maria Hehn, Christiane Katz, Marion Mayer und Till Westermayer (Hg.): Abschied vom grünen Rock? Forstverwaltungen, waldbezogene Umweltbildung und Geschlechterverhältnisse im Wandel. München: oekom, S. 61–94.

Kersting, Franz-Werner; Zimmermann, Clemens (Hg.) (2015): Stadt-Land-Beziehungen im 20. Jahrhundert. Geschichts- und kulturwissenschaftliche Perspektiven. Paderborn: Ferdinand Schöningh (Forschungen zur Regionalgeschichte, Band 77).

Kilper, Heiderose; Christmann, Gabriela B. (2016): Schlüsselfiguren als Triebkräfte in der Raumentwicklung – konzeptionelle Überlegungen für ein analytisches Modell. In: *IRS aktuell* 87, S. 5–7.

Kirchhoff, Thomas; Vicenzotti, Vera (2017): Von der Sehnsucht nach Wildnis. In: Thomas Kirchhoff, Nicole Christine Karafyllis, Dirk Evers, Brigitte Falkenburg, Myriam Gerhard, Gerald Hartung et al. (Hg.): Naturphilosophie. Ein Lehr- und Studienbuch. Tübingen: Mohr Siebeck (UTB, 4769), S. 313–322.

Kirchhoff, Thomas; Vicenzotti, Vera; Voigt, Annette (Hg.) (2012): Sehnsucht nach Natur. Über den Drang nach draußen in der heutigen Freizeitkultur. Bielefeld: transcript-Verlag (Edition Kulturwissenschaft, Band 15).

Klemisch, Herbert; Boddenberg, Moritz (2016): Genossenschaftliche Prosumermodelle. Potenziale für eine verbraucherfreundliche Gestaltung der Energiewende. In: Christian Bala und Wolfgang Schuldzinski (Hg.): Prosuming und Sharing – neuer sozialer Konsum. Aspekte kollaborativer Formen von Konsumtion und Produktion: Verbraucherzentrale Düsseldorf, S. 153–172.

Knoblauch, Hubert; Löw, Martina (2020): Dichotopie. Die Refiguration von Räumen in Zeiten der Pandemie. In: Michael Volkmer und Karin Werner (Hg.): Die Corona-Gesellschaft. Analysen zur Lage und Perspektiven für die Zukunft. Bielefeld: transcript, S. 89–99.

Kristof, Kora (2010): Models of change. Einführung und Verbreitung sozialer Innovationen und gesellschaftlicher Veränderungen in transdisziplinärer Perspektive. Zürich: vdf-Hochschulverl.

Kristof, Kora (2017): Change Agents in gesellschaftlichen Veränderungsprozessen. In: Julia-Lena Reinermann und Friederike Behr (Hg.): Die Experimentalstadt. Kreativität und die kulturelle Dimension der Nachhaltigen Entwicklung. Wiesbaden: Springer VS, S. 165–179.

Kropp, Cordula; Stinner, Sven (2018): Wie weit reicht die transformative Kraft der urbanen Ernährungsbewegung? In: *SuN - Soziologie und Nachhaltigkeit* (2), S. 27–50.

Kuhlmann, Wolfgang; Putt, Peg (2018): Are Forests the New Coal? A Global Threat Map of Biomass Energy Development. In: *Environmental Paper Network (EPN)*. Online verfügbar unter https://plattform-wald-klima.de/wp-content/uploads/2018/11/Threat-Map-Briefing-Are-Forests-the-New-Coal.pdf, zuletzt geprüft am 18.01.2021.

Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern (2015): Energiepolitische Konzeption für Mecklenburg-Vorpommern. Gesamtkonzept für eine integrierte Energie- und Klimaschutzpolitik der Landesregierung. Schwerin. Online verfügbar unter https://www.regierung-mv.de/Landesregierung/em/Energie/Landesenergiekonzept/ zuletzt geprüft am 04.02.2021.

Landesverband Erneuerbare Energien Mecklenburg-Vorpommern e.V. (LEE-MV) (2018): Die Energiewende in Mecklenburg-Vorpommern - wirtschaftlich erfolgreich, sozial und ökologisch verantwortlich. Vortrag 3/2018. Landesverband Erneuerbare Energien Mecklenburg-Vorpommern e.V., 2018. Online verfügbar unter https://lee-mv.de/daten/downloads/PEnW2018.pdf, zuletzt geprüft am 25.02.2021.

Landkreis Ludwigslust-Parchim (Hg.) (2016): Integriertes ländliches Entwicklungskonzept für den Landkreis Ludwigslust-Parchim. Parchim. Online verfügbar unter https://www.kreis-lup.de/export/sites/LUP/.galleries/PDF-LUP1/PDF-FD60/ILEK/Hauptdokument_ILEK-LUP_01-2016.pdf, zuletzt geprüft am 22.12.2020.

Landkreis Nordwestmecklenburg (Hg.) (2016): Integriertes ländliches Entwicklungskonzept für den Landkreis Nordwestmecklenburg. Wismar. Online verfügbar unter https://docplayer.org/26044738-Integriertes-laendliches-entwicklungskonzept-ilek-fuer-den-landkreis-nordwestmecklenburg.html, zuletzt geprüft am 22.12.2020.

Laschewski, Lutz; Schürmann, Carsten; Braun, Gerald; Peters, Manuela; Schwennigcke, Bastian; Warszycki, Pawel (2015): Ist-Analyse zu Arbeitsplätzen und Wertschöpfung. Studie im Auftrag der SPD Landtagsfraktion Mecklenburg-Vorpommern „Regionale Einkommens- und Wertschöpfungseffekte im Sektor der Erneuerbaren Energien“. Hanseatic Institute for Entrepreneurship and Regional Development, Universität Rostock (HIE-RO). Rostock.

Latour, Bruno (1996): On Actor-network Theory. A few Clarifications. In: *Soziale Welt* 47 (4), S. 369–382.

Latour, Bruno (2007): Eine neue Soziologie für eine neue Gesellschaft. Einführung in die Akteur-Netzwerk-Theorie. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Lehmann, Albrecht (1999): Von Menschen und Bäumen. Die Deutschen und ihr Wald. Reinbek: Rowohlt.

Lehmann, Albrecht (2001a): Landschaftsbewusstsein. Zur gegenwärtigen Wahrnehmung natürlicher Ensembles. In: Rolf Wilhelm Brednich, Annette Schneider und Ute Werner (Hg.): Natur - Kultur. Volkskundliche Perspektiven auf Mensch und Umwelt. Münster: Waxmann, S. 147–154.

Lehmann, Albrecht (2001b): Mythos Deutscher Wald. In: *Der Bürger im Staat* 51 (1), S. 4–9.

Lehmann, Albrecht (2004): Mythos Wald. In: *politische ökologie* 89 (22), S. 12–16.

Lehmann, Albrecht (2010): Der deutsche Wald. Kulturmuster und Identitätssymbol. In: Otto Depenheuer und Bernhard Möhring (Hg.): Waldeigentum. Dimensionen und Perspektiven. Heidelberg: Springer (Bibliothek des Eigentums, Band 8), S. 3–19.

Lehmann, Albrecht; Schriewer, Klaus (Hg.) (2000): Der Wald – ein deutscher Mythos? Perspektiven eines Kulturthemas. Berlin: Reime (Lebensformen, 16).

LEP MV (2016) → siehe Ministerium für Energie, Infrastruktur und Landesentwicklung Mecklenburg-Vorpommern (Hg.) (2016)

LEP SH (2010) → siehe Innenministerium des Landes Schleswig-Holstein (Hg.) (2010)

Lessenich, Stephan (2020): Allein solidarisch? Über das Neosoziale an der Pandemie. In: Michael Volkmer und Karin Werner (Hg.): Die Corona-Gesellschaft. Analysen zur Lage und Perspektiven für die Zukunft. Bielefeld: transcript, S. 177–183.

Libbe, Jens; Bendlin, Lena; Riechel, Robert; Bartke, Stephan; Eckert, Karl; Fahrenkrug, Katrin et al. (2020): Memorandum Post-Corona-Stadt. Für eine suffiziente und resiliente Entwicklung von Städten und Regionen. Online verfügbar unter https://www.nachhaltige-zukunftsstadt.de/downloads/20200729_Memorandum_Post-Corona-FINAL_BMBF.pdf, zuletzt geprüft am 28.01.2021.

Liburkina, Ruzana; Otto, Laura (2020): Lebensmittel, Landwirtschaft, Lieferketten in der Krise: Verantwortung situieren. In: Alexander Brink, Bettina Hollstein, Marc C. Hübscher und Christian Neuhäuser (Hg.): Lehren aus Corona – eine Einführung. Impulse aus der Wirtschafts- und Unternehmensethik: Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG (Zeitschrift für Wirtschafts- und Unternehmensethik Journal for Business, Economics & Ethics, Sonderband), S. 227–238.

Linke, Simone (2015): Sozialräumliche Segregation in ländlich bezeichneten Räumen. In: Florian Weber und Olaf Kühne (Hg.): Fraktale Metropolen. Stadtentwicklung zwischen Devianz, Polarisierung und Hybridisierung. Wiesbaden: Springer VS (Hybride Metropolen), S. 245–270.

Loske, Reinhard (2016): Neue Formen kooperativen Wirtschaftens als Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung. In: Christian Bala und Wolfgang Schuldzinski (Hg.): Prosuming und Sharing – neuer sozialer Konsum. Aspekte kollaborativer Formen von Konsumtion und Produktion: Verbraucherzentrale Düsseldorf, S. 31–62.

Maurin, Jost (2020): Bauernprotest in Schleswig-Holstein: Symbol von Naziwegbereitern. In: *taz*, 15.06.2020. Online verfügbar unter https://taz.de/Bauernprotest-in-Schleswig-Holstein/!5689633/, zuletzt geprüft am 22.12.2020.

Ministerium für Energie, Infrastruktur und Landesentwicklung Mecklenburg-Vorpommern (Hg.) (2016): Landesraumentwicklungsprogramm Mecklenburg-Vorpommern. Online verfügbar unter https://www.regierung-mv.de/serviceassistent/download?id=1576266, zuletzt geprüft am 03.08.2020.

Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Fischerei Mecklenburg-Vorpommern (2002): Gutachtliches Waldentwicklungsprogramm für Mecklenburg-Vorpommern. Online verfügbar unter https://www.wald-mv.de/static/Wald-mv/Dateien/Forstbehoerde/Forstpolitik/Gutachterliches_Waldentwicklungsprogramm_MV.pdf, zuletzt geprüft am 06.11.2020.

Ministerium für Inneres, ländliche Räume, Integration und Gleichstellung des Landes Schleswig-Holstein (o. J.): Gesamträumliches Plankonzept zur Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplanes (LEP) 2010 Kapitel 3.5.2 sowie zum vierten Entwurf der Teilaufstellung der Regionalpläne der Planungsräume I, II und III in Schleswig-Holstein (Sachthema Windenergie an Land). Kiel.

Ministerpräsidentin des Landes Schleswig-Holstein (Hg.) (2004): Nachhaltigkeitsstrategie Zukunftsfähiges Schleswig-Holstein. Landesregierung Schleswig-Holstein. Online verfügbar unter https://www.schleswig-holstein.de/DE/Fachinhalte/N/nachhaltigeentwicklung/Downloads/ZukunftsfaehigesSH.pdf?__blob=publicationFile&v=1, zuletzt geprüft am 07.01.2021.

Mölders, Tanja; Burandt, Annemarie; Szumelda, Anna (2017): Einführung in das Politikfeld Ländliche Entwicklung – Zwischen Wettbewerbsfähigkeit und Nachhaltigkeit. In: Daniela Gottschlich und Tanja Mölders (Hg.): Politiken der Naturgestaltung. Ländliche Entwicklung und Agro-Gentechnik zwischen Kritik und Vision. Wiesbaden: Springer VS, S. 65–69.

Monstadt, Jochen (2004): Die Modernisierung der Stromversorgung. Regionale Energie- und Klimapolitik im Liberalisierungs- und Privatisierungsprozess. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Morisse-Schilbach, Melanie; Werland, Stefan (2009): Forstwissenschaften und die globale Governance des Waldes. In: *Waldökologie, Landschaftsforschung und Naturschutz* (8), S. 107–117.

Müller, Kay (2020): Ökologische Landwirtschaft: Von den Dänen lernen. Hg. v. Der Nordschleswiger. Online verfügbar unter https://www.nordschleswiger.dk/de/deutschland/oekologische-landwirtschaft-von-daenen-lernen, zuletzt geprüft am 22.12.2020.

Münstermann, Eva; Veith, Frédérique (2020): Lieferkonzepte mit Zukunft. Versorgungswege neu gedacht. Film: ZDF. Online verfügbar unter https://www.zdf.de/gesellschaft/plan-b/plan-b-lieferkonzepte-mit-zukunft-102.html#xtor=CS5-22, zuletzt geprüft am 02.10.2020.

Nachhaltigkeitsstrategie (2004) → siehe Ministerpräsidentin des Landes Schleswig-Holstein (Hg.) (2004)

Naturwald Akademie (2017): Förderung von Naturschutz im Wald. Online verfügbar unter https://naturwald-akademie.org/wp-content/uploads/2017/07/2017-07_NA_F%C3%B6rderung_von_Naturschutz_im_Wald-web.pdf, zuletzt geprüft am 13.11.2020.

Neu, Claudia (2014): Ländliche Räume und Daseinsvorsorge – Bürgerschaftliches Engagement und Selbstaktivierung. In: Frieder Dünkel, Michael Herbst und Thomas Schlegel (Hg.): Think rural! Dynamiken des Wandels in peripheren ländlichen Räumen und ihre Implikationen für die Daseinsvorsorge. Wiesbaden: Springer VS, S. 117–124.

Parth, Christian (2018): „Das ist die Mitte der Gesellschaft". Zehntausende demonstrieren am Hambacher Forst – gegen die Rodung und eine Politik, die den Mehrheitswillen ignoriere. Sie feiern diesen Tag als Zäsur in der Klimapolitik. Hg. v. Zeit Online. Online verfügbar unter https://www.zeit.de/gesellschaft/2018-10/hambacher-forst-demonstration-rodung-rwe-armin-laschet, zuletzt geprüft am 14.01.2021.

Paulus, Julia (Hg.) (2018): 'Bewegte Dörfer'. Neue soziale Bewegungen in der Provinz 1970-1990. Paderborn: Ferdinand Schöningh (Forschungen zur Regionalgeschichte, Band 83).

Regionalbeirat für die Region Lübeck (Hg.) (2003): Entwicklungskonzept Region Lübeck (ERL). Leitbild und Handlungsrahmen. Online verfügbar unter https://digital.zlb.de/viewer/rest/image/33656558/6101_erl_2003.pdf/full/max/0/6101_erl_2003.pdf, zuletzt geprüft am 30.09.2020.

Regionaler Planungsverband Westmecklenburg (Hg.) (o. J.): Regionales Energiekonzept Westmecklenburg. Kurzfassung. Online verfügbar unter https://www.region-westmecklenburg.de/PDF/Kurzfassung_Regionales_Energiekonzept_Westmecklenburg.PDF?ObjSvrID=3263&ObjID=168&ObjLa=1&Ext=PDF&WTR=1&_ts=1565941830, zuletzt geprüft am 04.02.2021.

Regionaler Planungsverband Westmecklenburg (2018): Regionales Raumentwicklungsprogramm Westmecklenburg. Teilfortschreibung. Entwurf des Kapitels 6.5 Energie zur 2. Stufe des Beteiligungsverfahrens. Schwerin.

Rehse, André (2020): Supermarktketten diktieren Preise. Hg. v. SWR am 26.03.2020. Online verfügbar unter https://www.swr.de/wissen/odysso/supermarktketten-diktieren-preise-100.html, zuletzt geprüft am 22.12.2020.

Rentsch, Gudrun (1988): Die Akzeptanz eines Schutzgebietes. Untersucht am Beispiel der Einstellung der lokalen Bevölkerung zum Nationalpark Bayerischer Wald. Kallmünz/Regensburg: Laßleben (Münchener geographische Hefte, 57).

Resch, Alexandra (2020): Richtig handeln. In: *LandInForm* (1), S. 18–20.

Richter, Ralph (2016): Social Innovations in Rural Life Worlds. In: Vanessa Miriam Carlow (Hg.): Ruralism. The future of villages and small towns in an urbanizing world. Berlin: Jovis, S. 140–147.

Rifkin, Jeremy (2007): Das Verschwinden des Eigentums. Warum wir weniger besitzen und mehr ausgeben werden. 3. Aufl. Frankfurt am Main: Campus.

RP I SH (1998) → siehe Die Ministerpräsidentin des Landes Schleswig-Holstein (Hg.) (1998)

RP II SH (2004) → siehe Innenministerium des Landes Schleswig-Holstein (Hg.) (2004)

RREP WM (2001) → siehe Regionaler Planungsverband Westmecklenburg (2011)

Rückert-John, Jana; Jaeger-Erben, Melanie (2016): Alternative Konsumformen als Herausforderungen für die Verbraucherpolitik. In: Christian Bala und Wolfgang Schuldzinski (Hg.): Prosuming und Sharing – neuer sozialer Konsum. Aspekte kollaborativer Formen von Konsumtion und Produktion: Verbraucherzentrale Düsseldorf, S. 63–84.

Rupf, Hubert (1960): Wald und Mensch im Geschehen der Gegenwart. In: *Allgemeine Forstzeitschrift* (15), S. 545–552.

Rüter, Sebastian (o. D.): Der Umweltbeitrag der Holznutzung. Informationsdienst Holz. Online verfügbar unter https://informationsdienst-holz.de/urbaner-holzbau/kapitel-3-zukunftsfaehiger-baustoff/der-umweltbeitrag-der-holznutzung/, zuletzt geprüft am 23.11.2020.

Saeftel, Markus (2018): Wohngebiet statt Wald am Heidenkopf. Bürger kritisieren, wie die Stadtverwaltung und die GIU den Architekten für das Neubaugebiet auswählten. Hg. v. Saarbrücker Zeitung. Online verfügbar unter https://www.saarbruecker-zeitung.de/saarland/saarbruecken/saarbruecken/buerger-sor-gen-sich-wegen-plaene-fuer-heidenkopf_aid-33429369, zuletzt geprüft am 07.12.2018.

Sarmiento, Eric R. (2016): Synergies in alternative food network research: embodiment, diverse economies, and more-than-human food geographies. In: *Agriculture and Human Values* (34), S. 485–497.

Schama, Simon (1996): Der Traum von der Wildnis. Natur als Imagination. München: Kindler.

Schatzki, Theodore R.; Knorr-Cetina, Karin; Savigny, Eike von (Hg.) (2001): The practice turn in contemporary theory. London: Routledge.

Schriewer, Klaus (2015): Natur und Bewusstsein. Ein Beitrag zur Kulturgeschichte des Waldes in Deutschland. Münster: Waxmann.

Schubert, Christoph (2018): Soziale Innovationen im ländlichen Raum. Zivilgesellschaft und kommunale Verwaltungsstruktur als begünstigende und hemmende Faktoren. In: Hans-Werner Franz und Christoph Kaletka (Hg.): Soziale Innovationen lokal gestalten. Wiesbaden: Springer VS (Sozialwissenschaften und Berufspraxis), S. 367–384.

Schürer, Julia: Ökologische Landwirtschaft. Schleswig-Holstein: 6 Prozent mehr Ökoanbaufläche. Hg. v. agarheute vom 25.02.20202. Online verfügbar unter https://www.agrarheute.com/management/betriebsfuehrung/schleswig-holstein-6-prozent-mehr-oekoanbauflaeche-565364, zuletzt geprüft am 22.12.2020.

Sieverts, Thomas (1998): Zwischenstadt. Zwischen Ort und Welt Raum und Zeit Stadt und Land. Braunschweig, Wiesbaden: Vieweg+Teubner Verlag.

Sinner, Karl-Friedrich (1999): Aktuelle Konflikte im Nationalpark Bayerischer Wald als Beispiel für unseren gesellschaftlichen Umgang mit Wildnis. In: *Bayerische Akademie für Naturschutz und Landschaftspflege - Laufener Seminarbeitrag* (2), S. 11–13.

Spanier, Heinrich (2015): Zur kulturellen Konstruiertheit von Wildnis. In: *Natur und Landschaft* (9/10), S. 475–479.

Speck, Sarah (2020): Zuhause arbeiten. Eine geschlechtersoziologische Betrachtung des >Homeoffice< im Kontext der Corona-Krise. In: Michael Volkmer und Karin Werner (Hg.): Die Corona-Gesellschaft. Analysen zur Lage und Perspektiven für die Zukunft. Bielefeld: transcript, S. 135–141.

Spellerberg, Annette (2014): Was unterscheidet städtische und ländliche Lebensstile? In: Peter A. Berger, Carsten Keller, Andreas Klärner und Rainer Neef (Hg.): Urbane Ungleichheiten. Neue Entwicklungen zwischen Zentrum und Peripherie. Wiesbaden: Springer VS (Sozialstrukturanalyse), S. 199–232.

Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein (2017): Agrarstruktur 2016 in Schleswig-Holstein. Betriebszahlen und Arbeitskräfte rückläufig, Pachtpreise weiter steigend (Statistik informiert…, 7/2017).

Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein (2019): Statistisches Jahrbuch Schleswig-Holstein 2018/2019. Kapitel 12: Gesamtwirtschaft.

Statistisches Amt Mecklenburg-Vorpommern (2019): Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung der Wirtschaftsbereiche in den kreisfreien Städten und Landkreisen. 2000 - 2017. Schwerin (Statistische Berichte, VGR der Länder, P213 2017 00).

Steinführer, Annett (2015): Bürger in der Verantwortung. Veränderte Akteursrollen in der Bereitstellung ländlicher Daseinsvorsorge. In: *Raumforschung und Raumordnung* 73 (1), S. 5–16.

Stodieck, Friedhelm (2020): Entwicklungen & Trends 2019. Das (noch) vorherrschende Agrarmodell erweist sich als nicht zukunftsfähig. In: *Der kritische Agrarbericht 2020*, S. 33–48. Online verfügbar unter https://www.kritischer-agrarbericht.de/fileadmin/Daten-KAB/KAB-2020/KAB2020_33_48_Stodieck.pdf, zuletzt geprüft am 22.12.2020.Stoltenberg, Ute (2009): Mensch und Wald. Theorie und Praxis einer Bildung für nachhaltige Entwicklung am Beispiel des Themenfeldes Wald. München: oekom-Verl.

Stroh, Hanna; Megerle, Heidi Elisabeth (2016): Wahrnehmung von Wald und Wildnis am Beispiel des Lotharpfads im Nationalpark Nordschwarzwald. In: Olaf Kühne, Heidi Megerle und Florian Weber (Hg.): Landschaftsästhetik und Landschaftswandel. Wiesbaden: Springer VS (RaumFragen: Stadt – Region – Landschaft), S. 139–157.

Sturm, Knut (1993): Prozeßschutz - ein Konzept für naturschutzgerechte Waldwirtschaft. In: *Zeitschrift für Ökologie und Naturschutz* (2), S. 181–192.

Sturm, Knut (2013): Grundlagen und Ziele des integrativen Prozessschutz-Waldbaus. In: Stefan Lehrke, Götz Ellwanger, Axel Buschmann, Wenke Frederking, Cornelia Paulsch, Eckhard Schröder und Axel Ssymank (Hg.): Natura 2000 im Wald. Lebensraumtypen, Erhaltungszustand, Management. Bonn - Bad Godesberg (Naturschutz und Biologische Vielfalt, 131).

Suda, Michael; Pauli B., Mages V., Klins U. (1998): Wald, Holz und Forstwirtschaft im Spiegel der öffentlichen Meinung. In: *Forstliche Forschungsberichte München* (172), S. 49–68.

Thibaut, Bernhard (1998): Region/Regionalpolitik. In: Dieter Nohlen, Rainer-Olaf Schultze und Suzanne S. Schüttemeyer (Hg.): Lexikon der Politik. Band 7, Politische Begriffe. Frankfurt a.M. und Wien: Lizenzausgabe der Büchergilde Gutenberg, S. 550–551.

Thüringer Landesamt für Landwirtschaft und Ländlichen Raum (o. J.): Begriff: Marktfrüchte. Online verfügbar unter https://tlllr.thueringen.de/landwirtschaft/pflanzenproduktion/marktfruechte, zuletzt geprüft am 04.02.2021.

Toffler, Alvin (1983): Die dritte Welle - Zukunftschance. Perspektiven für die Gesellschaft des 21. Jahrhunderts. München: Goldmann.

v. Gleich, Arnim; Lucas, Rainer; Schleicher, Ruggero; Ullrich, Otto (1992): Blickwende in der Technologiepolitik. Naturumgang, Bedürfnisse und räumliche Entwicklungsperspektiven für die Region Bergisches Land. Hg. v. Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales NRW. Westdeutscher Verlag: Opladen (Sozialverträgliche Technikgestaltung, Materialien und Berichte, 32).

v. Schirach, Ferdinand; Kluge, Alexander (2020): Trotzdem. München: Luchterhand.

Velten, Sarah (2019): Governing for Sustainable Agriculture in the EU: Promoting Multi-Stakeholder Collaboration. Dissertation. Leuphana Universität Lüneburg. Online verfügbar unter https://pub-data.leuphana.de/frontdoor/deliver/index/docId/910/file/Dissertation_Sarah_Velten_final1.pdf, zuletzt geprüft am 22.12.2020.

Vogelpohl, Anne (2011): Städte und die beginnende Urbanisierung. Henri Lefebvre in der aktuellen Stadtforschung. In: *Raumforschung und Raumordnung* 69 (4), S. 233–243.

Volkmer, Michael; Werner, Karin (Hg.) (2020): Die Corona-Gesellschaft. Analysen zur Lage und Perspektiven für die Zukunft. Bielefeld: transcript.

Walk, Heike (2014): Klima-Governance. Demokratietheoretische Herausforderungen auf unterschiedlichen Ebenen. In: Stefan Böschen, Bernhard Gill, Cordula Kropp und Katrin Vogel (Hg.): Klima von unten. Regionale Governance und gesellschaftlicher Wandel. Frankfurt am Main: Campus-Verl., S. 83–100.

Walk, Heike; Müller, Melanie; Rucht, Dieter (2015): PROMETHEUS. Menschen in sozialen Transformationen am Beispiel der Energiewende. Eine Literaturstudie im Auftrag der 100 prozent erneuerbar stiftung. Berlin.

WBGU (2011): Welt im Wandel. Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation. Hauptgutachten. 2., veränd. Aufl. Berlin: Wiss. Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU). Online verfügbar unter https://issuu.com/wbgu/docs/wbgu_jg2011, zuletzt geprüft am 21.01.2021.

Welle, Torsten; Sturm, Knut; Bohr, Yvonne; Hofmann, Sebastian (2018): Alternativer Waldzustandsbericht. Eine Waldökosystemtypen-basierte Analyse des Waldzustandes in Deutschland anhand naturschutzfachlicher Kriterien. Naturwald Akademie. Lübeck.

Wenger, Elisabeth (1998): Communities of Practice. Learning, Meaning and Identity. New York: Cambridge University Press.

Westermayer, Till (2010): Staatliche Forstverwaltungen im Wandel: Organisationsreformen und Geschlecht. In: Maria Hehn, Christiane Katz, Marion Mayer und Till Westermayer (Hg.): Abschied vom grünen Rock? Forstverwaltungen, waldbezogene Umweltbildung und Geschlechterverhältnisse im Wandel. München: oekom, S. 121–146.

Wikipedia (Hg.) (2019): Ackerzahl. Online verfügbar unter https://de.wikipedia.org/wiki/Ackerzahl, zuletzt geprüft am 22.12.2020.

Wikipedia (Hg.) (2020): Aktion Grüne Kreuze. Online verfügbar unter https://de.wikipedia.org/wiki/Aktion_Grüne_Kreuze, zuletzt geprüft am 22.12.2020.

Wippel, Bernd; Dieguez, Laura; Ranacher, Lea; Stern, Tobias (2016): Es fehlt an Wissen über die Holznutzung. In: *Holz-Zentralblatt* (38), S. 907.

Wissel, Silke (2016): Perspektiven für Wildnis in der Stadt. Naturentwicklung in urbanen Räumen zulassen und kommunizieren. Hg. v. Deutsche Umwelthilfe. Online verfügbar unter https://www.duh.de/fileadmin/user_upload/download/Projektinformation/Kommunaler_Umweltschutz/Wild_Cities/Wildnis_in_der_Stadt_final_kl.pdf, zuletzt geprüft am 23.11.2020.

Witte, Eberhard (1999): Das Promotoren-Modell. In: Jürgen Hauschildt und Hans Georg Gemünden (Hg.): Promotoren. Champions der Innovation. 2., erweiterte Auflage. Wiesbaden, s.l.: Gabler Verlag, S. 9–41.

Anhang 1. Leitfaden für Regionalinterviews mit kommunalen Vertreter*innen aus den Regionalplanungs- und Umweltverwaltungen

von Uta v. Winterfeld und Helen Hebing, Wuppertal Institut

Intro und zur Einstimmung:

Vorstellung des Projekts, der Personen und der Vorgehensweise (in Corona-Zeiten)

1. Zur Geschichte der „Region Lübeck“

a) Vor langer Zeit, im Jahr 2003, ist ein „Entwicklungskonzept Region Lübeck (ERL) Leitbild und Handlungsrahmen“ ausgearbeitet worden. Ist es Ihnen bekannt?* Oder haben Sie davon gehört? Wenn nicht – können Sie sich etwas darunter vorstellen?

b) Vor nicht ganz so langer Zeit ist im Jahr 2014 eine „Stadt-Umland-Kooperation Lübeck: Grundsatzvereinbarung“ getroffen worden. Wissen Sie davon und etwas dazu, was aus dieser Vereinbarung geworden ist?

2. Zur gegenwärtigen „Region Lübeck“

a) Welche „wirklichen“ interkommunalen Kooperationen oder Kooperationsbeziehungen gibt es derzeit?
b) Sind sie eher formell oder eher informell oder beides oder dazwischen?
c) Wie schätzen sie die Qualität dieser Kooperationen ein?
d) Was läuft gut und was läuft weniger gut?

3. Zu möglichen Zukünften der „Region Lübeck“

a) Welche kommunen übergreifenden regionalen Kooperationen halten Sie, aus der Geschichte und Gegenwart heraus gedacht, für möglich und sinnvoll?
b) Eher utopisch gedacht – wie könnten zukünftige regionale Kooperationen mit dem Ziel sozial fairer und ökologisch nachhaltiger und resilienter Stadt-Land-Beziehungen aussehen?

Schlussfrage:

Gibt es etwas, das Sie uns – auch in Corona-Zeiten – mit auf den „Projektweg“ geben möchten?

Wie fanden Sie das Gespräch?

Back-Up-Fragen

Zu 1 für den Fall, dass das ERL und/ oder die Grundsatzvereinbarung bekannt sind:
Zu 1a)

1) hatte das ERL Auswirkungen auf die Stadt-Land-Beziehungen?
2) Wenn, welche?
3) Haben sich durch das ERL bzw. dessen Erarbeitung Verknüpfungen jeglicher Art ergeben, die auch darüber hinausbestehen geblieben sind
4) Oder hatte es, anders gefragt, überhaupt keine Auswirkungen?
5) Was denken Sie, warum das ERL keinen „Erfolg“ hatte?

Zu 1b)

1) Fänden Sie es sinnvoll, einen stärkeren Fokus als bisher auf die Grundsatzvereinbarung zu legen?

Anhang 2. Prototypische Steckbriefe[117]

von Eva Blaise, Daniela Gottschlich, Nina Katz und Constanze Borghoff

Akteur*innen des Trafo-feldes LaWi	av, av/ko, ko	Position in der Wertschöpfungskette/ Direktvermarktung	Ort/ Landkreis	Aktivitäten/ Kernkompetenz	Selbstverständnis/ Motive	Besitzverhältnisse/ Betriebsgröße/	Kooperationen
Lämmerhof Naturprodukte GmbH & Co.KG	av	• Urproduktion • Handel/ Direktvermarktung • Verarbeitung • Dienstleistungen • Kultur-Veranstaltungen	Panten (Hof) und Mannhagen (Hofladen)/ Hzgt. Lauenburg	• Ökologische Landwirtschaft (Tierhaltung, Obst-, Gemüse- und Getreideanbau) • Verkauf eigener Produkte (Hofladen) • Bildung: Kreativwerkstatt, Führungen und Seminare • Beratung und Unterstützung anderer Betriebe • Naturschutz • Kultur-veranstaltungen	• Verbindung von Landwirtschaft und Naturschutz • Förderung ökologischer Landwirtschaft • Erhalt „liebenswerter“ Landschaft • Regionaler Handel und Vernetzung mit benachbarten Akteuren • Wertschätzung für qualitativ hochwertige Produkte	• Ca. 500 ha (davon ca. 350 ha Ackerland und 150 ha Grünland und Naturschutzflächen) • 80 Rinder und 90 Mastschweine	• 12 regionale Partnerschaften aus der Landwirtschaft • 6 regionale Partnerschaften in der Verarbeitung • 8 regionale, 2 weitere Handelskooperationen (u.a. EVG Landwege) • Naturschutzverbände • Bio-Siegel • Budesverband Naturkost Naturwaren • Förderpreis Naturschutzhöfe

[117] Für das Transformationsfeld Landwirtschaft finden sich im Gegensatz zu Wald und Energie zwei Steckbriefe, weil in diesem Feld bereits zwei Praxispartner*innen des Projektes feststehen.

Akteur*innen des Trafo-feldes LaWi	av, av/ko, ko	Position in der Wertschöpfungs-kette/ Direktvermarktung	Ort/ Landkreis	Aktivitäten/ Kernkompetenz	Selbstverständnis/ Motive	Besitzverhältnisse/ Betriebsgröße/	Kooperationen
Domäne Fredeburg	av	• Urproduktion • Handel/ Direkt-vermarktung • Verarbeitung (Käserei, Getreideauf-bereitung) • Bildungs- und Kultur-Veranstaltungen • Dienstleistungen (Tourismus)	Fredeburg, Kreis Herzogtum Lauenburg	• Ökologische Landwirtschaft (Tierhaltung, Obst-, Gemüse- und Getreideanbau, Saatgutvermehrung und -züchtung, Anbau samenfester Sorten) • Verkauf eigener Produkte (Hofladen & Hofcafé) • Bildung: Führungen, Vorträge & pädagogische Angebote (u.a. für Schulklassen) • Naturschutz • Kultur-veranstaltungen (KulturLandWirtSchaft e.V.) • Gästezimmer	• Respektvoller Umgang mit der Natur als Basis der bio-dynamischen Landwirtschaft nach den Demeter-Grundsätzen • Von Unterstützung, Respekt und Austausch geleitete Hofgemeinschaft • Überwindung von Dichotomien (z.B. Mensch/ Natur, Ökonomie/ Ökologie)	• 162 ha Land (darunter etwa 12 ha Knicks, Feuchtbiotope und Hoffläche. 55 ha bewirtschaften Dauergrünland, 95 ha Ackerland) • Rinderherde besteht aus 95 Tieren, davon sind 35 Milchkühe • 50 Mastschweine • 14 Vorwerker Hühner und ein Hahn • Gänse	• Zu anderen Demeter Höfen, z.B. Demeter-Hof „Vogelfängerkaten“ (für Weihnachts-gänse) • Bio-Hofmetzgerei Tonn in Büchen (dort werden die Hoftiere geschlachtet)

Akteur*innen des Trafo-feldes Energie	av, av/ko, ko	Energieform (Wind, Solar, Biomasse)	Ort/ Landkreis	Aktivitäten	Selbstverständnis/ Motive	Besitzverhältnisse/ Betriebsgröße/ Energieproduktivität	Kooperationen
BürgerEnergie Lübeck eG	av	• Wasserkraft • Photovoltaik • Windkraft	Sitz in der Hansestadt Lübeck Außenstelle in Reinbek: AG BürgerEnergie Sachsenwald Anlagen: • Lübeck (SH) • Reinbek, Kreis Stormarn (SH) • Laase, Kreis Bützow (MV)	• Wasserkraftanlage in einer alten Kornmühle (Lübeck, Mühlendamm) • Photovoltaikanlagen auf den Dächern eines Reiterhofs (Reinbek) und einer Agrar-genossenschaft (Laase) • Beteiligung am Bürgerwindpark Schönberg (MV) • In Planung zwei große PV-Anlagen (Lübeck)	• Gemeinsam: Zusammenarbeit der Mitglieder und Partner*innen auf gleichem Niveau • Nachhaltig: Umweltfreundliche, klimaverträgliche, zukunftsfähige Energieversorgung • Regional: Regionale Wertschöpfung und dezentrale Strukturen	• Wasserkraftanlage Lübeck: ca. 150 MWh/a • Photovoltaikanlage Reinbek: ca. 340 MWh/a • Photovoltaik-anlagen Laase: ca. 360 MWh/a • CO2-Einsparung insgesamt: ca. 500 t • Ökostrom für insgesamt ca. 600 Haushalte	• Stadt Lübeck • Reiterhof Büchsenschinken, Reinbek • Agrargenossenschaft, Laase • Regionale Partnerbetriebe

Akteur *innen des Trafo-feldes Wald	av, av/ko, ko	Position in der Wertschöpfungskette/ Direktvermarktung	Ort/ Landkreis	Aktivitäten/ Kernkompetenz	Selbstverständnis/ Motive	Besitzverhältnisse / Betriebsgröße	Kooperationen
Lübecker Stadtwald	av	• **Urproduktion** • Bearbeitung (Holzhof) • Weiterverarbeitung (Holzhof) • Dienstleistungen • Handel/ Direktvermarktung	Lübeck Flächen auch in Ostholstein, Stormarn, Nordwest-mecklenburg, Herzogtum Lauenburg	• Ökologische Waldnutzung (Wertholzernte) / Prozessschutz • Holzhandel & regionaler Holzhof • Betreuung Stiftungswald • Bildung: Führungen	• Fiskalische Verwaltung (vermögens-verwaltend) • Ökosystemare Perspektive → Minimierung von Störungen →Naturnähe • Gemeinwohl-orientierung • „Best practice"-Bsp. für integrative Waldnutzung	Kommunalwald 4.600 ha Waldfläche auf 5 Landkreisen	• Stadtverwaltung • Landkreise: ➢ Ostholstein ➢ Stormarn ➢ Nordwest-mecklenburg ➢ Herzogtum Lauenburg • Gesellschaft der Freunde des Stadtwaldes Lübeck e.V. • Naturwald Akademie • Greenpeace • Ecosia • Kreisjägerschaft • Stadtwald Göttingen